Außerdem erhielten Stimmen:
Wilhelm Kaisen . . . . . . . . . . . . . . . . 220 Stimmen
Willy Knothe . . . . . . . . . . . . . . . . 217 Stimmen
Valentin Baur . . . . . . . . . . . . . . . . 168 Stimmen
Robert Görlinger . . . . . . . . . . . . . . . 167 Stimmen
Einige Stimmen entfielen auf den Genossen Fritz Erler, ohne daß er als Kandidat nominiert war.

Für die Kontrollkommission wurden ebenfalls insgesamt 354 Stimmen abgegeben. Die Verhältnisse sind die gleichen wie bei der Vorstandswahl. Es ist jedoch keine Stimme als ungültig erklärt worden, so daß 354 gültige Stimmen abgegeben worden sind. Die Kontrollkommission umfaßt neun Mitglieder. Es wurden nach der Reihenfolge somit gewählt.
Fritz Ulrich . . . . . . . . . . . . . . . . . . 349 Stimmen
Walter Damm . . . . . . . . . . . . . . . . . 348 Stimmen
Ernst Herder . . . . . . . . . . . . . . . . . 347 Stimmen
Jakob Steffan. . . . . . . . . . . . . . . . . 347 Stimmen
Gustav Bradtke . . . . . . . . . . . . . . . . 345 Stimmen
Georg Richter. . . . . . . . . . . . . . . . . 344 Stimmen
Adolf Schönfelder . . . . . . . . . . . . . . 344 Stimmen
Christian Wittrock . . . . . . . . . . . . . . 340 Stimmen
Heinrich Höcker . . . . . . . . . . . . . . . 331 Stimmen

Damit ist die Aufgabe der Mandatsprüfungskommission erledigt.
Vorsitzender Meitmann: Wir danken dem Genossen Voelker für seinen Bericht und hoffen, daß die Parteibücher zurückgegeben werden können.

Genossinnen und Genossen! Jetzt beginnen wir unsere Tagung. Auf der Tagesordnung steht der Punkt 6, das Referat des Genossen Hermann Veit. Parteivorstand und Parteiaussehuß haben sich mit der weiteren Abwicklung dieses Referats beschäftigt und machen dem Parteitag den Vorschlag auf Wunsch des Sozialausschusses, daß anschließend an das Referat des Genossen Veit als erster Diskussionsredner der Genosse Prof. Preller sprechen soll und ihm fünf Minuten mehr, als der ordnungsmäßigen Diskussion sonst zugeteilt sind, gegeben werden. Ist der Parteitag damit einverstanden? Danke schön. Dann bitte ich Genossen Veit, das Wort zu nehmen zu seinem Vortrag:

## Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik - der Weg zur Vollbeschäftigung

Hermann Veit, Stuttgart: Genossinnen und Genossen, werte Gäste!' Das wirtschaftspolitische Verhalten der Bundesregierung ist keine Wirtschaftspolitik, wenn man darunter eine ständige Programmierung' der im Interesse des Volksganzen von der Wirtschaft $\mathbf{z u}$ erfüllenden Aufgaben und die Wahl der Methoden versteht, die zu ihrer Erfüllung angewendet werden müssen. Die Bundesregierung hat kein Programm für die Wirtschaft und braucht sich konsequenterweise auch nicht mit den Methoden der Programmerfüllung zu beschäftigen. Ich vermag es jedenfalls nicht als Programm anzusprechen, wenn der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung eine blühende Wirtschaft als Voraussetzung einer dauerhaften Sozialpolitik postuliert, denn dieser Wunsch enthält an geistiger Substanz kaum mehr als das „vivat, floreat, crescat" studentischer Kommersreden. Sicherlich wünscht jeder Deutsche eine Blüte der Wirtschaft. Ich fürchte aber, daß mit dem Begriff der blühenden Wirtschaft die maßgeblichen Kreise, die hinter der Regierung stehen, eine grundsätzlich andere Vorstellung verbinden als die großen Massen des nur die Arbeitskraft besitzenden Volkes. (Sehr richtig.) Diese Programmlosigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft kommt nicht von ungefähr. Sie ist weder auf Säumigkeit noch auf Unfähigkeit zurückzuführen, sondern sie ist gewollt als das tragende und zusammenhaltende Element der nicht einheitlich ausgerichteten Kräfte der Regierung und der sie beherrschenden Kreise. Diese Abstinenz der sonst machtpolitisch
keineswegs enthaltsamen Regierung gibt zu denken, und es will mir scheinen, daß die Regierung sich der Wirtschaftspolitik nicht etwa enthält, um auf deutsche Wirtschaftspolitik überhaupt zu verzichten, sondern daß sie verzichtet zugunsten von Dritten, die an Stelle der Regierung die deutsche Wirtschaftspolitik machen. (Beifall.) Es sind die Kreise, die den Wahlkampf der Regierungsparteien mit Millionenbeträgen finanziert haben, (sehr richtig) in der Erwartung, daB es sich- um eine äußerst rentierliche Anlage handelt. (Sehr gut.) Das Milliardengeschenk der Steuerreform beweist, daß sie richtig kalkuliert haben. Ihre Wirtschaftspolitik ist Interessentenpolitik und mit dem Bestreben nach Gewinn und Reichtum verbinden sie das Streben nach der politischen Macht, denn in der unvollkommenen Demokratie der kapitalistischen Wirtschaft gibt Reichtum auch politische Macht, die Armut aber entmachtet die Menschen. Selbstverständlich wird die Rückübertragung wirtschaftspolitischer Macht an diejenigen, von denen sie kommt, nicht offen zugegeben, sondern mit schmückenden Beiworten getarnt, um die die Machthaber nie verlegen waren, wenn es galt, das Volk in Sicherheit zu wiegen.

Hitler nannte seine Diktatur die beste Demokratie der Welt, und die Sowjetrepublik der Ostzone führt die Bezeichnung deutsch und demokratisch. Der Wahrheitsgehalt ist nicht viel größer, wenn die z. Z. bei uns herrschende Wirtschaftsform "soziale Marktwirtschaft" firmiert. Sie ist weder eine echte Marktwirtschaft, noch ist sie sozial. Mit der Bezeichnung Marktwirtschaft soll der Unterschied zur Zwangswirtschaft herausgestellt und klar gemacht werden, daß nicht mehr behördliche mit Zwang verbundene Vorschriften Produktion und Verteilung bestimmen, sondern die auf dem Markt sich gegenübertretenden Kräfte des Angebots und der Nachfrage, die zusammen den Preis bilden.

Der Mechanismus dieses so gebildeten Preises aber sei die Steuerungsapparatur der Wirtschaft, die angeblich am besten von allen denkbaren Steuerungsmethoden funktionieren. Denn der hohe Preis einer knappen Ware drängt die Nachfrage zurück und reizt zur Steigerung der Produktion, während der niedere Preis einer überreichlich vorhandenen Ware die Nachfrage anlockt und die Produktion einschränkt, so daß in beiden Fällen die Tendenz zum Ausgleich vorhanden ist. Der Konsument, so wird ohne logische Folgerichtigkeit behauptet, sei der wahre $\mathrm{Be}-$ herrscher des Marktes. Er bestimme täglich in demokratischer Weise durch Abgabe seines Stimmzettels, nämlich des Geldes, die Richtung, Menge und den Preis der Produktion. Prof. Erhard ist neulich im Bundestag auf dem Weg der Glorifizierung des Verbrauchers noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat ihm die Krone auf das aus Geldmangel ungeschorene Haupt gestülpt und ihn mit Majestät angeredet. Dieser „idealen" Wirtschaftsform, in der die Wirtschaft automatisch gesteuert wird, und in der infolgedessen dem Wirtschaftsminister für 40000 ,- DM im Jahr kaum etwas zu tun übrig bleibt als die Entbehrlichkeit seiner Bürokratie und seiner eigenen Person ständig zu beweisen, stellt man den Popanz gegenüber, den angeblich die Sozialisten wollen, und den man bald mit Zwangswirtschaft, bald mit Planwirtschaft, Kollektivismus oder Sozialismus bezeichnet und der uns, so prophezeit man, mit Sicherheit in die Knechtschaft führt. Die Erzeuger dieses Popanzes sind aber entweder Böswillige oder Analphabeten des Sozialismus oder die lieben Zeitgenossen, die ihr Wissen um den Marxismus in Gänsefüßchen aus der Zeit mit herübergerettet haben, als sie noch, nicht nur im Geiste, sondern sehr körperlich in den Reihen Horst Wessels mitmarschiert sind, und die jetzt in gleicher Gesinnungstüchtigkeit, die Demokratie im Herzen tragend, in den Reihen der Regierungsparteien teils hinter schwarz-rot-goldenen, teils hinter schwarz-weiß-roten Fahnen wiederum mitmarschieren. Ob mit Hitler oder mit Adenauer, in jedem Fall geht es gegen den Sozialismus.

Wir sind für die Zwangswirtschaft nicht verantwortlich. Als sie installiert wurde, dieser Wechselbalg des in Not geratenen Kapitalismus, saßen die Sozialisten in den Konzentrationslagern und Gefängnissen, während mancher zur Zeit geschwórene Gegner dieser Wirtschaftsreform, der heute in der Bundesbürokratie oder in den Reihen der Regierungsparteien für die sogenannte Wirtschaftsfreiheit
kämpft, damals an den gesetzgeberischen Arbeiten und Verwaltungsmaßnahmen zur Ein- und Durchführung der Zwangswirtschaft mit ganzem Herzen für Führer, Volk und Vaterland mitgearbeitet hat. Damals ging es ja auch um den Endsieg des Regimes, das den Marxismus scheinbar besiegt hatte und diesem Ereignis und Großdeutschland waren die Messe der Zwangswirtschaft wert. Für die Zwangswirtschaft soll sich das deutsche V́olk bei den Wirtschaftskreisen bedanken, die Hitler in den Sattel gẹsetzt und daran ungeheuer verdient haben. Die Sozialdemokratie trägt daran keine Schuld.

Ebenso unwahr wie die Unterstellung, wir seien die Verfechter der Zwangswirtschaft, ist die immer wiederkehrende Gleichstellung von Zwangswirtschaft und Planwirtschaft. Gewiß tun wir uns schwer mit diesem Wort, ebenso wie mit dem Begriff Sozialismus, weil sie beide durch Mißbrauch verfälscht worden sind. Aber muß ich meinen guten Namen ändern, weil ein anderer unter meinem Namen Verbrechen begangen hat?

Haben nicht auch im Namen des Christentums blutige Kreuzzüge, Hexenprozesse und die Foltern der Inquisition Unheil und Unrecht über die Menschheit gebracht, ohne daß der unvergängliche Ideengehalt dieser Lehre darunter auf die Dauer gelitten hat?

Die Planwirtschaft des freiheitlichen Sozialismus hat den Zwang weder zur Voraussetzung noch als Methode und sie soll ja gerade dazu dienen, die Situationen zu vermeiden, in denen die kapitalistische Wirtschaftsweise zu den Mitteln des Zwanges greifen mußte, weil die Automatik versagte.

Ich habe diese beiden Entstellungen unseres Wollens herausgegriffen, weil die gegnerische Propaganda sich nicht mit unserem wirklichen Wollen auseinanderzusetzen pflegt, sondern mit diesen Fälschungen, die leichter zu treffende Zielscheiben sind, als der Ideengehalt des Sozialismus.

Aber nun zurück zur sozialen Marktwirtschaft. Das Volk habe sich bei der Wahl vom 14. August für sie entschieden, behauptet der Bundeskanzler. Wenn man, was richtig gewesen wäre, dem Volke am 14. August die Frage der Wirtschaftspolitik hätte stellen wollen, wäre es dann nötig gewesen, die Kirche im vorparlamentarischen Raum zur Beeinflussung des Volkes einzuspannen und dazu noch falsche Kulturparolen auszugeben? Nein, Herr Bundeskanzler, einer klaren Entscheidung über die Wirtschaftspolitik sind Sie aus dem Wege gegangen und Sie haben alles getan, um die Fronten zu vernebeln.

Warum nennt man die bei uns herrschende Wirtschaftsform „soziale Marktwirtschaft"? Ist das Wort sozial ein Essentiale der Marktwirtschaft? Offenbar und nach allen Erfahrungen nicht. Denn der Markt ist jenseits von Gut und Böse und liegt nicht auf der Ebene, auf der das Sittengesetz wirken kann. Der Markt fragt nicht nach der Dringlichkeit' der Bedürfnisse und kennt keine soziale Differenzierung. Wenn aber das Soziale der Marktwirtschaft nicht immanent ist, so bedeutet das Beiwort sozial eine Unterscheidung dieser Marktwirtschaft von anderen, die das Beiwort nicht tragen.

Wo aber liegt der Unterschied? Welche Tatsachen haben die sozial indifferente Marktwirtschaft plötzlich in die Höhen der Ethik und der Menschlichkeit geführt? Diese Frage ist bisher nicht beantwortet worden. Die Verteidiger der sozialen Marktwirtschaft erklären, daß eine noch zu realisierende Forderung die Marktwirtschaft sozial machen werde, und das sei die Forderung auf Monopolbekämpfung und Ordnung des Wettbewerbs in dem Sinne, daß wieder auf allen Gebieten der Wirtschaft ein echter Wettbewerb ermöglicht und gewährleistet werde.

Wenn aber die sozialen Marktwirtschaftler selbst der Auffassung sind, diese Forderung müsse erst. verwirklicht werden, um die Marktwirtschaft sozial werden zu lassen, dann ist der Beweis erbracht, daß sie es jetzt noch nicht ist und auch nicht sein kann, daß die Bezeichnung somit in der Gegenwart falsch und die $\mathrm{Be}-$ völkerung irregeführt ist. (Sehr richtig, starker Beifall.)

Gebt es nur zu, ihr christlichen Volkswirte, die Etikette auf euren Flaschen ist falsch, sie enthalten keinen neuen Geist, sondern. das schale, abgestandene Ge-
tränk, das unserem Volk schon wiederholt speiübel gemacht hat und dessen nochmaligen Genuß es nicht überleben wird. Ihr betreibt, um im Bilde zu bleiben, eine Restauration, die Restauration des monopol- und kartelldurchsetzten Spätkapitalismus.

Ihr wendet ein, das sei nicht euer Ziel, wenn auch zuzugeben sei, daß z. Z . noch Monopole, Oligopole und Kartelle auf vielen Märkten keinen echten und unbeschränkten Wettbewerb gestatten, aber der werde schon kommen, wenn einmal die von euch geplante Gesetzgebung gegen Monopole und Kartelle und zur Ordnung des $\mathrm{W}_{\mathrm{W}}$ ettbewerbes in Kraft getreten sei. Dann werde auch die Planwirtschaft der Unternehmer beseitigt, dann zwänge die Konkurrenz die Betriebe zur höchsten Leistung und niedersten Preisen zum Segen für den Verbraucher, dessen Realeinkommen dadurch steige, und so erfülle sich euer Wunsch nach eine sozialen Marktwirtschaft.

Warum, fragen wir, warten die Herren so lange, wenn sie den Zauberstab in Händen haben, durch den sich eine unsoziale Marktwirtschaft in eine soziale verwandelt?

Haben wir soviel Zeit? Man komme nicht mit dem Emwand, daß eine solche Gesetzgebung sehr schwierig sei und daher Zeit koste. Die Kompetenz zur Gesetzgebung besteht seit der Errichtung des bizonalen Wirtschaftsrats, also seit nahezu drei Jahren. Die politischen Kräfte, die die bizonale Verwaltung getragen haben, sind eiwa die gleichen, wie sie zur Zeit in den Regierungsparteien verkörpert sind. Daß die Währungsreform kommt, wußte man lange voraus und sicherlich war man auch schon lange vorher entschlossen, den Sprung in die freie Wirtschaft zu wagen. Was in aller Welt hat die Herren gehindert, mit dem gleichen Mut, mit dem man von heute auf morgen in die freie Wirtschaft sprang, auch den Sprung in die Monopol- und Kartellbekämpfung zu wagen? Nun, offenbar reichte der Mut, der für das eine genügte, für das andere nicht aus. Vielleicht hörte man die Stimme seiner Herren. Vielleicht wollte man auch nicht, um es unter dem Banner der sozialen Marktwirtschaft zuzulassen, daß sich ein kleiner Teil des Volkes auf Kosten der großen Massen, deren kleine Kopfgeldausstattung er magnetisch an sich zog, in der hemmungslosesten Weise bereicherte.

Glauben die Vertreter der sogenannten sozialen Marktwirtschaft ernsthaft an die soziale Wirkung ihrer Gesetzesprogramme? Glauben sie ernsthaft, daß das Rad der Geschichte um hundert Jahre zurückgedreht werden könnte und daß der altgewordene Kapitalismus, dessen Adern vom Kalk der Monopole und der Kartelle starr und verengt sind, plötzlich durch ein Gesetz der deutschen Bundesregierung zu einem springlebendigen Jüngling werde? Die Kreise, die an das Wunder glauben oder zu glauben vorgeben, die Marktwirtschaft durch Wiederherstellung des Wettbewerbs mit einer sozialen Funktion ausstatten zu können, glauben plötzlich offenbar auch an die Behörden, an die von ihnen ständig so geschmähte Bürokratie. Sie, deren Versagen gegenüber dem vielfältigen Leben, das die Wirtschaft darstellt, man in diesen Kreisen immer mit höhnischem Lächeln glaubte feststellen zu können, sie ist plötzlich imstande, in die intimsten Herzensangelegenheiten der Wirtschaft machtvoll einzugreifen, nämlich dort, wo die Mächtigen der Wirtschaft die Karten mischen für das angeblich so freie Spiel der Kräfte am Markt. (Sehr gut!) Aber selbst wenn die Behörde imstande wäre, die Aufgabe zu erfüllen, ist der Glaube an die Wiederherstellung eines völlig freien Wettbewerbs eine Illusion. Der Liberalismus hat sich im Prozeß der historischen Dialektik die Antithese paradoxer Weise durch die Vertragsfreiheit gesetzt. Von ihr machte die kapitalistische Wirtschaft in vielfältiger Weise Gebrauch, um die Freiheit des Wettbewerbs einzuschränken.

Im Schutze dieser Verträge wuchsen die Großbetriebe heran, und es sind keine fixen Ideen, sondern wirklich die fixen Kosten, die ihre Stellung im Wettbewerb so außerordentlich prekär machen. Selbst wenn mạn durch Einschränkung der Vertragsfreiheit eine Korrektur der rechtlichen Situation vornehmen würde, an den

Tatsachen, die inzwischen geschaffen worden sind, läßt sich so leicht nichts ändern, es sei denn, daß man mit Röpke an die Bekämpfung des Großeigentums, an die Dezentralisation der Betriebe, ja sogar an die Zerschlagung der Großstädte herangehen will.

Aber, Herr Röpke, ich fürchte, daß dieser Ihr Neoliberalismus, wenn überhaupt, so nicht ohne eine Planwirtschaft durchzuführen ist, die weit über unsere Absichten hinausgeht. Hier, aber nicht nur hier, zeigt sich, daß der Neoliberalismus staatliche Intervention mannigfacher Art voraussetzt, daß er also in Wirklichkeit kein Liberalismus ist, sondern Interventionismus. Da Interventionen aber ohne Planung Flickwerk wären, kommen Sie, meine Herren Neoliberalen - sehen Sie sich vor - , bedenklich in die Nähe unserer Argumente.

Ist die Konkurrenz überhaupt das tragende Prinzip der Wirtschaft, daß man ihr sogar eine soziale Funktion zuschreiben kann? Ich zitiere folgendes Urteil über die Konkurrenz: „Sie ist ein Ordnungs- und Steuerungsprinzip im engeren Bereich der arbeitsteiligen Marktwirtschaft, aber kein Prinzip, auf dem man eine Gesellschaft als Ganzes aufbauen könnte. Soziologisch-moralisch ist sie sogar ein gefährliches Prinzip, das eher auflöst als verbindet." Das steht nicht etwa im Kapital von Karl Marx, sondern in der Gesellschaftskrise der Gegenwart von Wilhelm Röpke und müßte seinen deutschen Musterschülern zu denken geben. Wir sind keineswegs gegen den Wettbewerb und möchten auch nicht seine guten Funktionen missen. Aber es ist eine Illusion, wenn man glaubt, ihn zum beherrschenden, ja sogar ethische Funktionen erfüllenden Prinzip der Volkswirtschaft machen zu können.

Ebenso ist es eine Illusion, wenn nicht Schlimmeres, von der Demokratie der Konsumenten zu sprechen.

Gegenüber dieser Art von Demokratie, wo eine kleine Minderheit hundert- und tausendfaches Stimmrecht im Vergleich zur übergroßen Mehrheit des Volkes besitzt, - war das preußische Dreiklassenwahlrecht geradezu ein Ausbund demokratischer Gleichberechtigung. (Sehr gut!) Das ist keine Demokratie, sondern Plutokratie in Reinkultur. (Beifall.)

Haben wir so begrifflich entwickelt, daß die Marktwirtschaft nicht sozial ist, und daß sie auch durch eine vollständige Wiederherstellung des Wettbewerbs wenn das möglich und wünschenswert wäre - nicht sozial werden kann, so wollen wir jetzt an Hand unserer Erfahrungen in den letzten zwei Jahren das Ergebnis überprüfen. Dabei muß man sich vor dem Fehler hüten, die Wirkungen der Geldreform und der Einführung eines wieder funktionsfähigen Geldes als Folgen der Marktwirtschaft anzusehen. Wir sind bei Abwägung von Ursache und Wirkung nicht so ungerecht, daß wir alle positiven Seiten der Wirtschaftsentwicklung auf die Geldreform und die negativen auf die Marktwirtschaft zurückführen, wie es im umgekehrten Sinne die Anhänger der sozialen Marktwirtschaft tun, die jeglichen Fortschritt der Wirtschaft als ihr Verdienst buchen und alle Schäden und Mängel entweder der Geldreform oder den Besatzungsmächten oder, wenn das alles nicht zieht, dem verlorenen Kriege zur Last legen.

Zweifellos hat die ungeheure Verdienstchance, die sich der freien Wirtschaft mit der Aufhebung von Rationierungsvorschriften und Preisbildungen bot, anspornend auf die Produktion ausgewirkt. Es wird auch nicht bestritten, daß Lebenswille und Arbeitsfreude gehoben werden, wenn das Geld in erwünschten Konsum umgesetzt und wieder etwas gekauft werden kann. Es war auch unser Wunsch, daß die von uns nicht gewollte und gehaßte Zwangswirtschaft sobald als möglich verschwindet - oder nicht zugunsten der Wiederherstellung einer sich selbst überlassenen, teils von blinden Gesetzen des Kräftespiels, teil von übermầchtigen Wirtschaftsgruppen dirigierten Wirtschaft - , sondern zugunsten einer Wirtschaftsform, in der planende und lenkende menschliche Ordnung das wirtschaftliche Geschehen nach dem sozial Notwendigen und Gerechten ausrichtet.

Wir waren ferner der Meinung, daß der Ubergang von der einen in die andere - Wirtschaftsweise behutsam und etappenweise zu vollziehen war und nicht mit der

Brachialgewalt, deren sich Professor Erhard bedauerlicherweise noch rühmt, und die dazu geführt hat, daß, wie schon Schumacher sagte, die Armen ärmer und die Reichen reicher geworden sind. (Beifall.)

Wodurch ist es denn gelungen, die Schlangen vor den Wirtschaftsämtern zu beseitigen und die Åmter selbst aufzulösen? Weil man Millionen von Menschen von der Bezugsberechtigung einfach ausgeschlossen hat, indem man nur noch den sehr ungleichmäßig verteilten Bezugschein Geld als gültig bezeichnete. Ist das eine soziale Wirtschaft, in der die einen sich alles kaufen können, was sie nur wünschen, während die anderen nicht einmal in der Lage sind, ihren Hunger zu stillen? (Sehr gut!)

Dieser plötzliche und ungesicherte Ubergang in die freie Marktwirtschaft hatte eine zweite Auswirkung. Professor Erhard hatte zwar im Wirtschaftsrat prophezeit, die Preise würden nicht steigen, - es sei denn, daß ein Wunder geschehe.

Das Wunder geschah. Es wäre ein Wunder gewesen, wenn es nicht geschehen wäre. (Heiterkeit.) Die Preise kletterten nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, die in der Wirkung durch deren Unelastizität gesteigert waren, gewaltig in die Höhe. Die Bevölkerung, deren Geldvermögen auf etwa ${ }^{1 / 20}$ zusammengestrichen war, wurde auf diese Weise gezwungen, den Rest ihres Besitzes denen auszufolgen, die es durch gesetzwidrige Hortungen von Sachwerten verstanden hatten, ihr Vermögen zu erhalten. (Beifall.) So floß der Milliardenstrom des umgetauschten Geldes und des Kopfgeldes in die Kassen der Besitzer von Produktionsstätten und Lagern und ermöglichte es ihnen, aus dem Gewinn in verhältnismäßig kurzen Wirtschaftsabschnitten Finanzierungen durchzuführen, die in einer gesunden Wirtschaft nur langfristig möglich sind. Eine ungeheure sozial durch nichts gerechtfertigte Vermögensumschichtung war die Folge. Ist die Wirtschaft sozial, in der ein Arbeiter den Umtauschbetrag von drei Monatslöhnen aus der Reichsmarkzeit auf den Tisch legen mußte, um nur ein einziges Paar von den Hunderten von Schuhen kaufen zu können, die er in diesen drei Monaten in der Fabrik gefertigt hatte? Eine dritte Auswirkung des plötzlichen Übergangs in eine andere Wirtschaftsform war die Tatsache, daß Milliardenbeträge an der Steuer vorbeigingen, so daß den öffentlichen Kassen die Mittel für notwendige Investitionen und zur Erfüllung dringender sozialer Verpflichtungen fehlten, während gewisse Kreise unseres Volkes einen überfriedensmäßigen Luxus treiben durften. Und schließlich eine vierte Auswirkung: Dadurch, daß man die Kapitalansammlung vollständig unkontrolliert dem freien Spiel der Kräfte überließ und sich auch keine Mühe gab, die Verwendung dieser neu gebildeten Kapitalien für volkswirtschaftlich dringende Investitionen sicherzustellen, erfolgten die Investitionen nicht in der Weise, daß die strukturellen Unausgeglichenheiten unserer Volkswirtschaft ausgeglichen und sie dem Ziel des Marshallplanes, bis zum Jahre 1952 aus eigener Kraft lebensfăhig zu sein, angepaßt werden konnte. Die Folgen zeigen sich in erschreckender Weise in dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Unfähigkeit, dieser Krankheit unserer Volkswirtschaft zu begegnen. Zwei Millionen Arbeitslose sind nicht nur eine schwere finanzielle Belastung der öffentlichen Kassen, sie sind auch nicht nur ein die Wirtschaft lähmender Ausfall an Kaufkraft, sie sind vor allem eine für ein verarmtes Volk untragbare Einbuße an Produktivkraft, deren Volumen für die Lebenshaltung eines Volkes ausschlaggebend ist. Ist eine Wirtschaft sozial, in der es Millionen Menschen nicht gestattet ist, sich durch Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen und in der ständig Hunderttausende in der Angst vor einem gleichen Schicksal leben müssen?

Theoretische Uberlegungen und die Erfahrungen der Praxis führen somit zum gleichen Ergebnis: Diese Marktwirtschaft ist nicht sozial und wird es nie sein. Eine Wirtschaftsform, die als Motor und Steuerung nur das Gewinnstreben kennt, kann nicht zu ethischen Ergebnissen führen. Diese Wirtschaftsform ist auch mit den Lehren des Christentums nicht zu vereinbaren, und die Spannungen zwischen der christlichen Lehre und der Realität haben nicht zuletzt hierin ihre Ursache. Sie können nicht überbrückt werden durch charitatives Verhalten oder Sonntagschristentum.

Wer die Lehre Christi in dieser Wirtschaftsform realisieren will, wird durch die Gesetze des Marktes zum wirtschaftlichen Tod verurteilt. Wer aber die Gesetze des Marktes befolgt, wird häufig sein christliches Gewissen strapazieren müssen.

Aus dieser Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Verfassung und der sie gestaltenden Kräfte steigen ernste Gefahren auf, die unserem Volke ökonomisch, sozial und politisch drohen. Okonomisch, weil diese Wirtschaftsform nicht in der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit die Aufgaben lösen kann, die schweren strukturellen Schäden des Wirtschaftskörpers zu beseitigen. Infolgedessen wird sie das Problem der Arbeitslosigkeit ebensowenig bewältigen können, wie die Aufgabe, unseren Export so zu steigern, daß wir 1952 oder nicht allzu lange danach die Lebensfähigkeit erreicht haben. Da die Lebensfähigkeit und die Vollbeschäftigung voneinander nicht zu trennende gleichwertige Voraussetzungen unseres wirtschaftlichen Aufstiegs sind, wirken sich die Unlösbarkeit oder die verzögerte Lösung des einen Problems zwangsläufig auf das andere aus und die Schwierigkeiten multiplizieren sich, wenn beide Probleme nicht lösbar sind. Sozial erwachsen uns die Gefahren eines in Klassen zerrissenen Volkes, das die Güte der Staatsführung an der Unterschiedlichkeit der Lebenshaltung zu messen pflegt und seinen Unmut über das Ergebnis des Vergleichs in der Beurteilung der Demokratie ausdrückt. Die daraus entstehenden politischen Gefahren liegen auf der Hand. Sie sind um so größer, als ein gewaltiger Gegner der Demokratie auf dem Sprunge liegt und entschlossen ist, das Mißtrauen gegenüber der demokratischen Staatsform zu nutzen.

Das sind die Wirkungen der angeblich sozialen Marktwirtschaft in der Gegenwart und ihre Aussichten für die Zukunft. Mit der Behauptung, die menschliche Freiheit wieder herzustellen und sie zu garantieren, ist sie eingeführt worden. In Wirklichkeit war sie nur die Freiheit für eine kleine Gruppe des Volkes, auf Kosten der großen Massen ungeheure Gewinne zu machen. Mit der Parole des Kampfes gegen die Bevormundung durch den Staat wurde erneut die wirtschaftliche Macht großer Interessengruppen über das Volk etabliert und damit die wirtschaftliche Unfreiheit der Arbeitnehmer. Die Quote des Unternehmergewinnes aus dem Sozialprodukt ist erheblich gestiegen, der Lohnanteil stark gefallen. Das ist die nüchterne Bilanz der sozialen Marktwirtschaft. Und über all dem hängt die schwarze Gewitterwolke der vollständigen politischen und wirtschaftlichen Unfreiheit eines an der Demokratie verzweifelten Volkes.

Diesem Vakuum an volkswirtschaftlicher Konzeption mit seinen schweren Gefahren für Wirtschaft und Volk, diesem nur schlecht getarnten Interessenstandpunkt stellen wir unsere sozialdemokratische Auffassung von den Aufgaben und Methoden einer sich am Menschen und nur an ihm orientierten Wirtschaftspolitik gegenüber. (Beifall.) Ohne Übertreibung und ohne billiges Eigenlob können wir feststellen, daß wir die einzige Partei sind, die mit solchen Maßstäben ihre Wirtschaftspolitik ausrichtet, während die bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht aus reinen Interessenvertretern bestehen, allenfalls bei grundsätzlicher Bejahung des derzeitigen Wirtschaftssystems zu sozialem Flickwerk mehr oder weniger bereit sind. Von den Kommunisten brauche ich in diesem Zusammenhang nicht zu sprechen, denn sie machen keine deutsche, sondern russische Politik und konsequenterweise ist auch ihre Wirtschaftspolitik nach russischen Interessen orientiert. (Beifall.) Nicht Deutsche, sondern nur Statthalter der Sowjetunion können es fertig bringen, sich noch untertänigst für den Großmut zu bedanken, daß man aus der ausgeplünderten Zone noch weitere Milliarden bezahlen darf, nachdem bereits ein Vielfaches des Betrages geleistet worden ist, den Sowjetrußland als seine Kriegsentschädigungsforderung beziffert hatte. (Beifall.) Unsere wirtschaftspolitischen Forderungen sind keine Utopien. Sie sind untermauert durch die Erkenntnisse der modernen volkswirtsćhaftlichen Wissenschaft und können in ihrer wissenschaftlichen Fundierung den Kampf mit anderen wissenschaftlichen Theorien sehr wohl aufnehmen. Aber bei allen Bestrebungen, die nationale Wurzel unseres politischen Wollens zu pflegen und nie zu vernachlässigen, muß doch die gewaltige und sich immer wieder verjüngende Kraft einer großen Bewegung, die sich die Umgestaltung der menschlichen Gesell-
schaft zum Ziel gesetzt hat, aus dem Emotionalen einer erhabenen Idee strömen. So sehr wir die wissenschaftliche Auseinandersetzung schätzen und so sehr wir sie brauchen, um unsere Vorstellungen über Methoden und Tagesfragen ständig zu revidieren, so wenig darf der Kampf um den Sozialismus auf die Ebene theoretischer Streitgespräche verschoben werden, zu denen das Volk wie zu Fußballspielen oder Boxkämpfen geht - wenn auch nicht so zahlreich - und wo es seine Gunst verteilt, je nachdem, wie stark der eine oder andere im Geben oder Nehmen ist. Auch, wenn es keine Wirtschaftswissenschaft gäbe, wären wir Sozialisten. Es waren nicht die kühlen, verstandesmäßigen Uberlegungen, die unsere Väter in den Stand setzten, die Verfolgungen auf Grund des Sozialistengesetzes zu ertragen und Rationalität hätte nicht ausgereicht, die Hölle der Konzentrationslager oder gar den Tod auf dem Schaffott oder am Galgen eher zu dulden, als sich den Willen brechen zu lassen, wenn nicht in diesen Männern das Feuer der Idee geglüht hätte. (Beifall.)

Wenn es einmal verlöschen würde, würde die Menschheit ihren Namen nicht mehr verdienen. Diese Idee fließt aus der Achtung vor dem Menschen und seiner Würde, aus der Liebe zum Mitmenschen und aus einem untrüglichen Gefühl für Gerechtigkeit.

Vergleichen wir die Wirklichkeit mit der Idee, so stellen wir fest: Die menschliche Gesellschaft teilt sich in Besitzende und solche, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. Aber während es in früheren primitiven Zeiten dem einzelnen möglich war, seine Arbeitskraft durch unmittelbare Verbindung mit den Naturschätzen einzusetzen und sich so seine Existenzmittel zu erarbeiten, ist heute der Mensch durch ein Netz von Gesetzen vom Zugang zu allen Naturschätzen getrennt. Durch dieses Netz wird er nur hindurchgelassen; wenn er eine Gegenleistung bezahlt. Dazu ist er aber nicht immer imstande, weil er nichts hat als seine Arbeitskraft und weil es in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung häufig vorkommt, daß nicht einmal die Arbeitskraft abgenommen wird. Der so betroffene Mensch kann nichts produzieren, weil ihm der Zugang zu den Produktionsmitteln verwehrt ist. Er kann keinen Acker bestellen, um sich wenigstens die Lebensmittel selbst zu erzeugen, weil das Gesetzesnetz ihn vom Eigentum am Boden trennt; er kann nicht auf die Jagd gehen oder Fische fangen, weil auch das ihm das Gesetz ohne Gegenleistung verwehrt. Er muß entweder verhungern oder das Netz und damit das Gesetz brechen, das heißt zum Verbrecher werden, weil er leben will. Weil die menschliche Gesellschaft vor dieser Alternative zurückschreckt, zahlt sie aus dem Volkseinkommen eine unter dem Existenzminimum liegende kleine Unterstützung, die nur zur Lebensverlängerung, aber nicht zu einem menschenwürdigen Leben ausreicht und die die seelische Last, unnütz zu sein und ausgestoßen aus dem Kreise der Schaffenden, nicht behebt. Das ist kein naturgegebener unabänderlicher Zustand, sondern ist zurückzuführen auf menschliche Einrichtungen, menschliche Organisationen, menschliche Gesetze und vor allem menschliche Unterlassungen. Das kann und darf nicht so bleiben. (Beifall.) Die Arbeit wird der Menschheit nie ausgehen und die Existenzmittel für alle sind vorhanden oder können ohne Schwierigkeiten beim derzeitigen Stand der Technik geschaffen werden. Es ist also nur eine Frage menschlicher Organisation, diese Zustände zu ändern. Die freie Wirtschaft hat das Problem nicht lösen können, also müssen wir zu den Korrekturen schreiten, die die Lösung ermöglichen. Denn sonst droht uns die immer mögliche Lösung in der absoluten Unfreiheit der Diktatur und des kollektiven Zwanges. Die Sicherheit der Menschen ist durch die Entwicklung im Zeitalter und nach den Gesetzen des Kapitalismus verloren gegangen.

Die zyklischen Bewegungen der Wirtschaft mit ihrem Auf und Nieder von Konjunktur und Depression bedrohen jedesmal die Existenz von vielen Millionen Menschen. Der Schrei nach Sicherheit wird die Sehnsucht nach der Freiheit ersticken, wenn es nicht gelingt, die Sicherheit in der Freiheit zu garantieren und Freiheit und Sicherheit miteinander zu verbinden. Deswegen fordern wir Vollbeschäftigung, das heibt, das Recht und die Verwirklichung des Rechts auf die Arbeit für alle.

Das Verlangen nach Sicherheit erschöpft sich aber nicht in dem Anspruch auf den Arbeitsplatz. Es denkt jeder an die Zeit, wo er einmal, sei es vorübergehend, sei es auf die Dauer, aus physischen Gründen nicht mehr arbeiten kann. Die Gemeinschaft des Volkes hat an die zu denken, die jetzt schon in dieser Lage sind, darunter an das Heer derjenigen, die der Krieg um ihre Arbeitskraft gebracht hat. Es genügt nicht, mit dem Bundeskanzler zu sagen: „Wir wollen so sozial wie möglich sein."

Es gibt soziale Pflichten eines Volkes, die in jedem Fall erfüll werden müssen und deswegen fordern wir, daß wir so sozial sind als notwendig ist. Dazu ist wiederum erforderlich, die Wirtschaft nicht sich selbst und den Gesetzen des Gewinnstrebens zu überlassen, sondern ordnend so einzugreifen, daß das Maximum an volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gewährleistet ist. Dann wird es auch gelingen, das sozial Notwendige möglich zu machen. Diese Ordnung der Wirtschaft besteht in einer vorausschauenden Planung, die die Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung feststellt und, soweit möglich ohne Zwang, die Wirtschaft im Rahmen dieser Planung steuert. Die Steuerung durch die Automatik des Preises hat immer und immer wieder versagt und die Menschheit von Krise zu Krise getrieben. Die politische Entwicklung des 20. Jahrhunderts, das Aufkommen der Diktaturen und die ideologische Aufspaltung der Menschheit mit allen Gefahren des damit verbundenen Fanatismus haben darin ihre Ursache. Entweder gelingt es, die Mängel des Steuerungsmechanismus in einem freiheitlichen System zu beseitigen oder die Steuerung wird durch das Kommando über eine unfreie Menschheit ersetzt. Deswegen fordern wir Planung und Lenkung. Sie ist nur möglich, wenn die Schlüsselpositionen der Wirtschaft sich nicht mehr in privater Hand, sondern im Eigentum des Volkes befinden. Es ist ein Irrtum, zu glauben, der Staat könne die privaten Schlüsselindustrien ebenso lenken wie die Betriebe, die im Eigentum des Volkes stehen. Bei Aufrechterhaltung des privaten Eigentums an den Bastionen der Wirtschaft wird der Kampf um die Lenkung mit Sicherheit so enden, daß nicht der Staat die Wirtschaft, sondern einige Wirtschaftsgewaltige den Staat lenken. Auch die für eine europäische Wirtschaftseinheit notwendige Integration einzelner Grundstoffindustrien ist auf privater Grundlage nicht möglich, wenn man nicht den Europagedanken durch europäische Kartelle diskreditieren will. Und man soll sich nicht der Illusion hingeben, daß die in den Anfängen naturgemäß schwache Föderativgewalt Europas mit internationalen Kartellen privater Unternehmen leichter und besser fertig werden könnte, als es den Nationalstaten mit ihren nationalen Monopolen gelungen ist. Deswegen fordern wir Uberführung der Schlüsselpositionen der deutschen Wirtschaft in das Eigentum des Volkes. Dann können die Betriebe und Unternehmungen, die nicht zu den Schlüsselpositionen gehören, in privater Hand bleiben. Aber auch sie sind im Hinblick auf das faktische Produktionsmonopol der Unternehmer keine rein privaten Angelegenheiten, sondern gehen als Grundlagen des Produktionsvolumens der Volkswirtschaft und der Existenz der arbeitenden Menschen das ganze Volk an. Deswegen kann die Verfügung in $\mathrm{Be}-$ trieben von einer gewissen Größe in personeller, sozialer und bei grundsätzlichen Entscheidungen auch in wirtschaftlichen Dingen nicht dem Unternehmer allein überlassen bleiben. Deswegen fordern wir das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Volkswirtschaft. Sie ist das Mittel, um die Arbeiterschaft aus der Funktion des Produktionsfaktors in die Sphäre der wirtschaftspolitischen Willensbildung und damit der wirtschaftlichen Verantwortung zu heben und so eine Kluft zu schließen, die, je länger sie dauert, desto mehr das Volk spaltet.

Es ist ein neuer Weg, der viel guten Willen auf beiden Seiten voraussetzt. Aber der neue Wege muß gegangen werden, weil wir wissen, wohin die alten Geleise führen.

So rundet sich das Bild eines umfassenden Planes, der immer vom Menschen ausgehend, den Menschen Maß und Ziel sein läßt.

Aber ich will mich nicht damit begnügen, lediglich die Forderungen zu formulieren, sondern versuchen, ihnen wenigstens andeutungsweise die Wege zu ihrer Verwirklichung zu zeigen.

Uber das.Problem der Vollbeschäftigung hat ein vom wirtschaftspolitischen Ausschuß des Parteivorstandes eingesetzter Unterausschuß wertvolle Vorarbeit geleistet, die zur Grundlage einer vom wirtschaftspolitischen Ausschuß dem Parteivorstand vorgelegten Ausarbeitung gemacht worden ist. Der Antrag des Parteivorstandes liegt Ihnen vor und ich brauche deswegen nicht auf alle Einzelheiten einzugehen. Daß die Bundesregierung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bisher versagt hat, ist kein Zufall, denn mit dem von ihr vertretenen Prinzip der freien Marktwirtschaft ist das Problem nicht zu lösen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert einen Plan und wie sollte man erwarten, daß eine Regierung, für die das wirtschaftliche Planen ein rotes Tuch ist, sich wirksam auf diesem Gebiet betätigt. Man sieht es dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung an, mit welcher Unlust man ans Werk gegangen ist und wie wenig entschlossener Wille dahinter steckt. Es würde der Konzeption der Regierung und ihrer Theoretiker weit eher entsprechen, dem Volke zu sagen, daß die Arbeitslosigkeit eine gesetzmäßige Folge wirtschaftlicher Daten ist und daß man es dem Selbstheilungsprozeß überlassen müsse, ob und in welchem Umfang dieser Zustand beseitigt werden könne. Das zu sagen, hat man begreiflicherweise nicht den Mut, weil man weib, daß dann ein Sturm der Entrüstung diese Regierung hinwegfegen würde. Infolgedessen haben sich Antiplaner zu einem Plan und die Anhänger der freien Wirtschaft zur Staatsintervention entschließen müssen. Die Geschichte geht oft sonderbare Wege und ist gelegentlich nicht ohne Humor. Wie widerwillig die Regierung gewesen, beweist die Zeitdauer, die man gebraucht hat, bis man endlich zugab, daß das Anwachsen der Arbeitslosigkeit beunruhigend wurde. Und erst eine sozialdemokratische Interpellation im Bundestag brachte die Dinge in Fluß. Wie wenig das Regierungsprogramm wirkt, zeigt die viel zu geringe Abnahme der Arbeitslosenziffer trotz günstigen saisonalen und konjunkturellen Bedingungen.

Demgegenüber enthält unser Programm eine klare Vorstellung von den Ursachen der Arbeitslosigkeit und den Methoden ihrer Beseitigung, ferner die organisatorischen Vorschläge zur straffen und koordinierenden Zusammenfassung der Maßnahmen, die Mittel der Kapitalbildung und -lenkung und schließlich die Uberlegungen, die zur Abwehr gefährlicher Konsequenzen angestellt werden müssen. Wir lehnen die Palliativmittel ab, mit denen versucht wird, die Arbeitslosigkeit zu mildern, in dem Gruppen von Arbeitnehmern, etwa die Frauen oder die Heimatvertriebenen zugunsten anderer Gruppen benachteiligt werden. (Beifall.) Wir müssen darin den sehr durchsichtigen Versuch erkennen und brandmarken, die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft selbst zuzuschieben und durch Anstachelung des Gruppenegoismus die Arbeiterschaft zu spalten. Allen diesen Versuchen muß mit Entschiedenheit entgegengefreten werden. (Sehr gut.) Es können nur konstruktive, von der Wurzel ausgehende Lösungen helfen. In erster Linie, weil am raschesten wirksam, müssen vorhandene Arbeitsplätze besetzt werden. Soweit dies aus Gründen ungenügender Finanzierung bisher nicht möglich war, muß das Zentralbanksystem über das bisherige ungenügende Maß hinaus durch Kreditschöpfung und durch den Erwerb langfristiger Schuldtitel finanzielle Hilfestellung leisten, wobei allerdings die Grenze des Währungsschutzes zu beachten ist. Da die Mittel aber sofort in Produktion umgesetzt werden, ist diese Gefahr gering und sollte nicht übertrieben werden. Mit solchen sofort in der Produktion zu verwendenden Mitteln sollen sowohl Exportfinanzierungen erfolgen als auch dem Wohnungsbau und bestehenden Flüchtlingsunternehmungen wirksame Hilfe geleistet werden. Aber auch von der Konsumseite her kann der Anreiz zur Ausnützung brachliegender Kapazitäten erfolgen, indem Leistungen des Lastenausgleichs, wie Hausratshilfe, Aufbauhilfe und Gemeinschaftshilfe vorfinanziert werden.

Das Hauptgewicht wird aber im Hinblick auf die schweren strukturellen Schäden unserer Volkswirtschaft, aber auch im Hinblick auf die im Interesse unserer Lebensfähigkeit notwendige Steigerung des Sozialprodukts um 30 bis 40 Prozent auf die

Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt werden müssen und das ist das Problem der Investitionen. Die bisherige Investitionspolitik war sowohl was die Schaffung neuer Arbeitsplätze anlangt als auch unter dem Gesichtspunkt der Erreichung der Lebensfähigkeit im Sinne des Marshallplans unzureichend. Der Grund liegt auch hier in der Wirtschaftspolitik des laissez faire.

Sie hatte zur Folge, daB nur der kleinere Teil der jährlichen Investitionen von Brutto 17 bis 19 Milliarden im Jahr seit der Währungsreform einer Steigerung unterlag, weil die Mittel von der öffentlichen Hand gegeben oder wenigstens garantiert werden, während der weitaus größte Teil der Investitionsfinanzierungen aus der sogenannten Selbstfinanzierung erfolgte und sich infolgedessen jeder Lenkung entzog. Die Auswirkungen sind deutlich zu sehen in den luxuriösen Verkaufsstätten, Restaurants, Kinos und Vergnügungsunternehmen, während die Industrieansiedlungen in übervölkerten Flüchtlingsgebieten ebenso wie der sożiale Wohnungsbau weit hinter dem Erträglichen zurückgeblieben sind. (Sehr richtig!)

Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß auch jene Investitionen Arbeit mit sich gebracht und Menschen beschäftigt haben. Aber das ist nicht entscheidend. Bei der geringen Kapitaldecke und der Notwendigkeit, in vorgeschriebener Zeit gewisse Ziele zu erreichen, haben bestimmte Investitionen unbedingten volkswirtschaftlichen Vorrang, weil von ihnen die Lebensfähigkeit unserer Gesamtwirtschaft abhängt. (Sehr richtig!)

Wenn sie unerbleiben mußten, weil das Kapital nicht vorhanden war oder nicht ausreichte, während es zu anderen, nicht so dringlichen Zwecken aus rein privategoistischen Gründen verwendet worden ist, so liegt eine volkswirtschaftliche Fehlinvestition selbst dann vor, wenn die Investition privatwirtschaftlich gesehen rentierlich war.

Im Hinblick auf die entscheidende Wirkung der Verteilung des Sozialprodukts in Konsum- und Investitionsraten und im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Investitionsrate so zu steuern, daß nicht volkswirtschaftlich vordringliche Aufgaben vernachlässigt werden, ist die Aufstellung eines sogenannten Nationalbudgets, d. h. eines volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts, eine entscheidende Forderung in unserem Vorschlag zur Erreichung der Vollbeschäftigung. (Bravorufe.)

Der volkswirtschaftliche Gesamthaushalt hat als Kernpunkte einerseits die Investitionsbilanz und andererseits die Zahlungsbilanz unserer Volkswirtchaft zu enthalten. Auf diese Weise gibt sich die Volkswirtschaft vorausschauend Rechenschaft über den Umfang und die Richtung der Investitionen und ihre Finanzierung, und auf der anderen Seite über die Auswirkungen auf die Beziehungen der deutschen Volkswirtschaft zur Welt.

Unser Vorschlag enthält, ohne daß damit eine Rangordnung verbunden wäre, eine Aufzählung der Wirtschaftszweige, in denen Investitionen vordringlich notwendig sind. Diese Investitionspläne sind von Zeit zu Zeit zu überprüfen und in ihrer Rangordnung nach den jeweils gegebenen Notwendigkeiten auszurichten.

Ich kann es mir ersparen, die zur Zeit vordringlichen Investitionsaufgaben aufzuzählen, und darf Sie bitten, die Einzelheiten in der gedruckten Vorlage nachzulesen. Wenn ich eine Ausnahme mache und die Dringlichkeit des Seeschiffbaus und des Wiederaufbaus unserer See- und Binnenhäfen hervorhebe, so bitte ich das nicht nur als liebenswürdige Geste der Dankbarkeit gegenüber unserer so gastfreundlichen Tagungsstadt aufzufassen, sondern als einen besonderen Akzent, den wir unter all den lebenswichtigen Aufgaben gerade auf dieses Problem zu legen entschlossen sind. (Beifall.)

Die Gestaltung unseres Außenhandels vor allem nach Beendigung der MarshallHılfe ist die Schicksalsfrage unseres Volkes. Wie sollen wir sie lösen, wenn wir fast ausschließlich auf die fremde Schiffahrt angewiesen wären? Die Verbesserung unserer Devisenbilanz um Hunderte von Millionen ist ein Argument, das auch die Besatzungsmächte im Interesse unserer Lebensfähigkeit und Unabhängigkeit von ihrer Hilfe überzeugen müßte. Navigare necesse est, Seefahrt tut not, gilt nicht nur
im ökonomischen Sinne. Für die Geltung eines Volkes, das immer zur See gefahren ist, in der Welt und vor sich selbst ist es unerläßlich, daß es seine Flagge auf den Weltmeeren zeigt. Die Stadt Hamburg ist durch die politischen Ereignisse in Mittelund Osteuropa in eine tragische Situation geraten, die der der Stadt Berlin ähnelt. Die Verbindungen zum Hinterland sind im wesentlichen abgeschnitten. Dem wichtigsten Tor des Kontinents zur Welt droht die Gefahr, daß es verrostet. Wir wollen es selbst unter großen Opfern offenhalten, als Ausdruck unseres unerschütterlichen Glaubens an die Wiedervereinigung ganz Deutschlands und die damit wiederkehrende europäische Bedeutung unserer Hansestadt Hamburg. (Bravorufe - Beifall.)

Bei allen Investitionsplänen sind zwei Grundsätze zu beachten: 1. Ausrichtung nach dem gesamteuropäischen Wirtschaftsprogramm und 2. Priorität aller der Ausfuhrsteigerung dienenden Investitionsvorhaben.

Das Mittel, mit sogenannten Notstandsarbeiten rasche und in die Augen fallende Wirkungen zu erzielen sollte, so verführerisch es ist, nur in unausweichlichen Notfällen angewandt werden; denn es beseitigt die Arbeitslosigkeit nur auf vorübergehende Zeit und entzieht das dafür verwendete Kapital dringenderen Aufgaben.

Der Standortplanung ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Interesse einer gesunden Strukturierung unserer Wirtschaft sollten nicht die Großstädte und Industriezentren mit weiteren Kapazitäten ausgestattet werden, es sei denn, daß technische Erfordernisse oder Fragen der Preisgestaltung dieses unausweichlich machen, sondern es sollten das flache Land und hier vor allem die Flüchtlingsgebiete stärker industrialisiert werden. (Beifall.) Wenn die private Unternehmerschaft hierzu nicht bereit ist, muß an die staatliche Errichtung von Betrieben gedacht werden, die je nach ihrer Eignung als sozialisierte Betriebe oder im Pachtverhältnis auf privater Grundlage geführt werden können.

Eine Investitionslenkung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung setzt eine staatliche Organisation im Regierungsapparat voraus, die das Neben- und Durcheinander, wie wir es bei den Maßnahmen der Bundesregierung erleben mußten, durch Koordinierung und einheitliche Willensbildung ausschließt. Auch darüber enthält unser Vorschlag Einzelheiten, die ich nachzulesen bitte. Wichtig ist vor allem, daB das Zentralnotenbanksystem in Zukunft nicht mehr die Rolle eines von niemandem abhängigen und niemand verantwortlichen Staates im Staat spielen darf, (Beifall) sondern zu einem Instrument der Wirtschaftspolitik werden muß, dem aber zur Sicherung seiner Funktion als Hüterin der Währung besondere Befugnisse eingeräumt werden müssen. Zu diesem Zweck muß das Zentralbanksystem durch ein Bundesnotenbankgesetz neu geordnet werden. Die Kapitalbildung, insbesondere das Kleinsparen, ist durch Anreize, wobei das Zwecksparen eine besondere Rolle spielen kann, zu fördern, und zwar nicht nur, um die Kapitaldecke aliszudehnen, sondern auch, um die auf dem Wege zur Vollbeschäftigung eintretende Konsumsteigerung abzugrenzen. Die Selbstfinanzierung, der die Bundesregierung in der Ånderung des Einkommensteuergesetzes unverständlicherweise einen neuen Auftrieb gegeben hat, muß wegen ihrer Lenkungsfeindlichkeit zugunsten der Investitionsfinanzierungen über private und gemeinnützige Kapitalsammelstellen eingeschränkt werden. Das setzt aber voraus, daß die bisherigen, sehr dürftigen Vorschriften des Kapitallenkungsgesetzes, die sich nur mit den Emissionen beschäftigen, ausgedehnt werden auf die Anlagepolitik der Kredit- und Versicherungsinstitute, für die der volkswirtschaftliche Gesamthaushalt Richtlinien zu geben hat, deren Befolgung durch Ausübung der Aufsicht und Handhabung der Refinanzierung sicherzustellen ist.

Die Steigerung der Beschäftigung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung hat die Tendenz, sich auf die Preise und die Außenhandelsbilanz auszuwirken. Durch die erhöhte Konsumnachfrage erhalten die Preise einen Anreiz zum Aufstieg. Der erhöhte Konsum macht aber andererseits eine erhöhte Einfuhr erforderlich, während die Neigung zur Ausfuhr durch die sich auch preislich verbessernden Absatzmöglichkeiten im Inland abgeschwächt wird.

Diesen Tendenzen muß entgegengearbeitet werden, und auch dafür sind von uns Vorschläge gemacht worden. Die Bekämpfung der Preisauftriebstendenzen kann in dreifacher Weise angesetzt werden, einmal durch Bekämpfung überhöhter Gewinne, zum anderen durch Nachfrageregulierungen und schließlich durch Anreize zum Sparen. Die Tendenz zur Verschlechterung der Außenhandelsbilanz kann abgebogen werden durch besondere Anreize für den Export. Notwendig ist hier aber vor allem eine Revision der Liberalisierungspolitik. Sie setzt vollständige Gegenseitigkeit voraus. Wenn sie aber trotz Gegenseitigkeit zu erheblicher und dauernder Verschlechterung der Devisenlage führt, ist eine Einfuhrregulierung erforderlich.

Ein solches konstruktives Programm ist geeignet, uns dem Ziel der Vollbeschäftigung näherzubringen, wobei wir uns allerdings darüber im klaren sind, daß im Hinblick auf die Fluktuation auf einem freien Arbeitsmarkt und die saisonbedingten Schwankungen unter Vollbeschäftigung nicht verstanden werden kann, daß auch der letzte Arbeiter zu jeder Zeit in Arbeit und Brot steht.

Unsere Vorschläge erfordern eine gewisse Zeit. Die Wirkungen könnten längst sichtbar sein, wenn die bizonale Wirtschaftsverwaltung und nach ihr die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit, aber auch die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft rechtzeitig in den Bereich ihrer Erwägungen gezogen und die notwendigen Maßnahmen eingeleitet hätte.

Am Problem der Arbeitslosigkeit haben wir gesehen, daß nur planende und lenkende Maßnahmen geeignet sind, den kranken Wirtschaftskörper zu heilen. Man soll aber nicht glauben, daB die Planung und Lenkung beiseitegelegt werden können, wenn einmal das Ziel der Vollbeschäftigung annähernd erreicht ist. Nun gilt es, diesen Beschäftigungsgrad aufrechtzuerhalten, und auch dazu ist eine ständige Uberwachung der Wirtschaft auf Grund sorgfältiger und zeitnaher statistischer Erhebungen ebenso erforderlich wie die im voraus anzustellenden Erwägungen über die einzelnen Maßnahmen, die im Falle auftretender Störungen zu ergreifen sind. Unter Planung und Lenkung einer Wirtschaft ist nicht eine Uberbetriebs- und Verteilungsleitung zu verstehen, die den einzelnen Unternehmungen ihre Produktion und den einzelnen Konsumenten ihren Verbrauch vorschreibt. Das unterstellen uns Böswillige, um damit sowohl das Schreckgespenst der Mammutbürokratie wie den Fluch der Zwangswirtschaft verbinden zu können. Planen ist die Voraussetzung rationellen Wirtschaftens von der Hauswirtschaft bis zur Volkswirtschaft. Das freie Spiel der Kräfte kann das Planen nicht ersetzen, weil seine Steuerungsfunktion vor allem in Notzeiten versagt und meist auch verspätet, und zwar durch den Zusammenbruch oder gar die Krise, in Funktion tritt. Das Auf und Ab der volkswirtscháftlichen Wellenbewegung kann und muß abgeflacht werden durch entsprechende Gegenmaßnahmen. Diese Krise trifft ja nicht nur den Unternehmer, sondern in sehr viel härterem Maße den Arbeitnehmer und schließlich das Volk, verkörpert durch den Staat, der mit den öffentlichen Mitteln einspringen muß, um die Krise aufzufangen. Der Staat kann sich aber nicht mit der Rolle des Sanitätsgefreiten begnügen, der zur Hilfe gerufen wird, wenn infolge eines zuanstrengenden Marsches Zusammenbrüche eintreten, sondern er soll die Truppe so führen, daß Zusammenbrüche möglichst vermieden werden. (Beifall.)

Bei den besonderen Aufgaben, die uns durch die Spaltung Deutschlands in zwei Teile entstanden sind, die die strukturellen Veränderungen unserer Wirtschaft, die das Vertriebenenproblem, die europäische Integration und die Marshall-Hilfe und deren Ende uns auferlegen, ist eine Planung die selbstverständliche Voraussetzung, die Aufgaben zu meistern. Das sollten vor allem auch die Heimatvertriebenen selbst, wie auch alle anderen Opfer unserer politischen Lage erkennen. Mit Interessenvertretungen sind die Probleme nicht zu lösen. Alle betroffenen Gruppen müßten ihre Kraft einfließen lassen in den großen Strom, der den Durchbruch durch alle Dämme des Besitzes vollziehen muß zu einer anderen, besseren Gestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, und dieser Strom ist die Sozialdemokratische Partei.

Interessenvertretungen können sich nur so auswirken, daß dem zu schwachen Volkskörper neue Lasten aufgepackt werden. Um sie tragen zu können, wird er
andere, die weniger stark Vertretenen, abwerfen. Die Heimatvertriebenen sind gegenüber den anderen Interessenten nicht die stärkste Gruppe. Die Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die Volkswirtschaft planmäßig so entwickelt wird, daß sie alle Lasten, die getragen werden müssen, nach gerechter Verteilung der Gewichte auch zu tragen imstande ist.

Zur Planung und Lenkung genügt eine kleine Organisation, die etwa das Gremium sein könnte, das wir in unserem Vollbeschäftigungsprogramm vorgeschlagen haben und das sich der Mitarbeit wirksam organisierter statistischer Amter und Konjunkturforschungsinstitute sowie der Wissenschaft und der Praxis zu bedienen hätte. Die Lenkungsmaßnahmen und -methoden müßten jeweils der Situation angepaßt werden. Wenn es bergauf geht, kann man den Zügel ganz locker lassen; man muß sich aber darauf einrichten, ihn sofort stramm anzuziehen und die Bremse in Wirksamkeit zu setzen, wenn der Höhepunkt erreicht ist und es abwärts geht. Die Lenkungsmethoden sollen grundsätzlich die der leichten Hand sein. Zins- und Kreditpolitik, Steuern und Investitionen der öffentlichen Hand, Unterstützung oder Einschränkung der Konkurrenz, Steigerung oder Drosselung des Imports, Maßnahmen zur Lenkung des Arbeitseinsatzes, Spar- und Konsumanreize, das und anderes mehr sind Mittel, die allein oder miteinander in der Lage sind, im Normalfall steuernde Wirkung zu haben. In besonders bedrohlichen Situationen wird man auch vor Maßnahmen des Zwanges nicht zurückschrecken dürfen, wie das ja auch die kapitalistische Wirtschaft in Notzeiten regelmäßig getan hat. Aber das können immer nur vorübergehende Maßnahmen sein. Sie sind in keinem Falle ein wesentlicher Bestandteil dieser Wirtschaftsform.

Die Notwendigkeit einer Planung und Lenkung der Wirtschaft nach dieser Planung zeigt sich auch, und hier besonders deutlich, bei der Landwirtschaft. Wenn der Bauer seinen Anbauplan aufstellt, möchte er mit einiger Sicherheit wissen, daß er den Ertrag absetzen kann, und zwar zu Preisen, bei denen sich seine Arbeit gelohnt hat. In einer freien Wirtschaft ist das unmöglich. Die Pflege unserer Landwirtschaft ist aber bei dem Zwang zur Devisenersparnis und im Hinblick darauf, daß wir unsere Ernährung nicht aus eigener Scholle decken können, eine Voraussetzung unserer Lebensfähigkeit. (Beifall.) Auf die Dauer wird auch kein Pfarrer den Bauer lehren können, daß seine Interessen bei den Vertretern der freien Wirtschaft besser aufgehoben sind als bei uns (Beifall), auch wenn sie sich den Anschein geben, daß sie zum lieben Gott die besseren Verbindungen haben. Der Gott, den Christus gelehrt hat, ist nicht der Schutzpatron der Reichen. (Beifall.)

Eine wirksame Lenkung der Volkswirtschaft setzt aber voraus, daß die Schlüsselpositionen der Wirtschaft aus dem privaten Eigentum herausgenommen und in das Eigentum des Volkes übergeführt werden. (Beifall.) Wer glaubt, Planung und Lenkung würden die Eigentumsforderungen uninteressant machen, vergißt, daß auch für die Wirtschaftsverfassungen das Wort Lassalles gilt: „Verfassungsfragen sind Machtfragen." Die Lenkung einer Wirtschaft, deren Schlüsselpositionen sich in privater Hand befinden, wird, wenn ich mich nach der Entmilitarisierung noch eines militärischen Beispiels bedienen darf, ebenso funktionieren wie die Führung eines Heeres, dessen sämtliche Waffen- und Munitionsbestände sich in privatem Besitz befinden und dort jeweils angefordert werden müssen.

Neben den Gründen einer wirksamen Lenkung sind es auch ökonomische Erwägungen, die unsere Forderung unterstützen. Die Entflechtung wirtschaftlicher Zusammenschlüsse wird dort zur Unvernunft, wo technische, produktions- und betriebspolitische oder kalkulatorische Notwendigkeiten den Zusammenschluß als Voraussetzung einer rationellen und konkurrenzfähigen Wirtschaft fordern. Dekartellisierung ist in solchen Fällen ein Rückschritt in vergangene Zeiten und, da es sich nur um eine Maßnahme in Deutschland handelt, eine Erschwerung, wenn nicht Vernichtung der deutschen Konkurrenzfähigkeit.

Wenn die, Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in privater Hand und die damit verbundenen Gefahren der einzige Grund für die Dekartellisierung ist, so heben wir dieses Argument aus den Angeln mit unserer Forderung: „Heraus aus
der privaten Hand in das Eigentum des Volkes!" (Sehr richtig! Beifall.) Schließlich ist die Uberführung der wirtschaftlichen Machtpositionen in Gemeineigentum eine politische Forderung ersten Ranges. Wir haben es erlebt, wie die Herren von Rhein und Ruhr durch ihre Millionen den bankrotten Nationalsozialismus wieder flott gemacht haben, aus dem einzigen Grunde, damit die Knüppelgarde gegen den Sozialismus in Funktion zu halten.
$\mathrm{Daß}$ ihre Rechnung nicht aufgegangen ist, und sie selbst dabei in einzeInen Exemplaren unter die Räder gekommen sind, dient ihnen leider nicht zur Belehrung, sondern lediglich als Beweismittel, daß sie Verfolgte des Naziregimes waren. Dieselben Leute sind heute wieder am Werk, ihre Hausmacht in Deutschland zu stabilisieren, und sie finden nicht nur in der Bundesregierung Unterstützung, vor allem durch ihre Haltung gegen die Sozialisierung, sondern auch dank ihrer internationalen Verfilzung in den Kreisen der Siegermächte. Geld ist dicker als Blut.

Wir rufen das ganze Volk, vor allem die Arbeiterschaft auf, mit uns dafür zu kämpfen, daß die Restauration der Konzern-Herren der Schwerindustrie vereitelt wird durch die Sozialisierung ihrer Betriebe. Die Sozialisierung soll auch das Verhältnis der arbeitenden Menschen zu ihren Betrieben verändern und sie herausheben aus der Rolle bezahlter Produktionsfaktoren privater Unternehmer in die Funktion des Dienstes für das Volk. (Zurufe: Sehr richtig!)

Die Bestrebungen zum europäischen Zusammenschluß und seine Vorläufer auf wirtschaftlichem Gebiet, wie sie sich vor allem im Vorschlag des französischen Außenministers zeigen, lassen die Uberführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum als ein übernationales Postulat erscheinen. Deñ nur der Zusammenschluß von Betrieben, die im Gemeineigentum der Völker stehen, kann die Gefahr bannen, daß der Europagedanke mißbraucht wird zur Beherrschung der europäischen Wirtschaft durch europäische Kartelle privater Unternehmer. Der Zusammenschluß nationalisierter Betriebe kann der Vorläufer stin für die Internationalisierung der europäischen Schwerindustrie und damit der Grundstein für eine Integration der europäischen Völker.

Úber den Umfang der Sozialisierung ist von seiten der Sozialdemokratischen Partei schon wiederholt das Erforderliche gesagt worden. Zu sozialisieren sind die Schlüsselindustrien der Bergwirtschaft, Eisen und Stahl, die Energiewirtschaft, die Groß-Chemie, in der chemische Grundstoffe erzeugt werden, die Großunternehmen der Bau-Grundstoffe, die Groß-Banken und Groß-Unternehmen der Versicherungswirtschaft, schließlich diejenigen Monopolbetriebe, bei denen die Uberführung in Gemeineigentum der Monopolkontrolle vorzuziehen ist. Nicht in der Sozialisierungssphäre liegen die Betriebe, die außerhalb des Umkreises liegen, so die Unternehmen des Handwerks und des Handels und die kleine und mittlere Industrie.

Sozialisierung ist nicht Bürokratisierung und bedeutet auch nicht Führung der Betriebe durch den Staat. Die im Gemeineigentum stehenden Betriebe werden für das Volk und im Namen des Volkes von Sachverständigen verwaltet. Die Verwaltungsorgane sind aus Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände und des öffentlichen Interesses zu bilden. Die Mitglieder der Verwaltungsorgane haben die Geschäfte unter eigener Verantwortung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Sie haben ihre Aufgaben mit dem Pflichtbewußtsein und der Sorgfalt zu erfüllen, die ihnen ihre Stellung als Leiter eines Unternehmens auferlegt, das dem Wohle des ganzen Volkes dient. Sie werden nicht als Beamte tätig.

Nicht der höchstmögliche Gewinn ist Sinn des Wirtschaftens in den sozialisierten Betrieben, sondern eine möglichst wirtschaftliche Erzeugung von Gütern und deren Absatz mit dem Ziele einer ausreichenden Bedarfsdeckung. An der Sozialisierung soll sich niemand bereichern - es sei denn das ganze Volk.

Die sozialisierten Betriebe haben als gemeinwirtschaftliche Unternehmen dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen. Durch Stärkung des Leistungswillens, vorbildliche soziale Einrichtungen und durch Achtung der Würde des arbeitenden Menschen sollen sie für die gesamte Wirtschaft vorbildlich wirken.

Eine ebenso unabdingbare Forderung wie die der Sozialisierung ist die Forderung auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Volkswirtschaft. (Zurufe: Sehr richtig!) Die Gewerkschaften haben zu dieser Frage Vorschläge ausgearbeitet, die sich die Sozialdemokratische Partei weitgehend zu eigen machen kann. Das Mitwirkungsrecht in der Volkswirtschaft konzentriert sich in dem Vorschlag auf Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates, in dem die paritätische Mitwirkung der Gewerkschaften garantiert sein muß. Dieser Bundeswirtschaftsrat beschränkt sich auf eine beratende Funktion gegenüber der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften auf dem Gebiete der Wirtschaft, jedoch mit der wichtigen Maßgabe, daß die Beratung auf dem Gebiete der Wirtschaft das Monopol des Bundeswirtschaftsrates ist.

Dadurch ist gewährleistet, daß die Stimme der Gewerkschaften in allen wirtschaftspolitischen Fragen zur Geltung kommt und daß es nicht im Belieben des Ressortministers liegt, woher er eine offizielle wirtschaftliche Beratung nehmen will. Ob auch bei den Ländern Wirtschaftsräte zu bilden sind, erscheint zweifelhaft. Da die Wirtschaftspolitik Aufgabe des Bundes und die Länder lediglich ausführende Organe sind, ist es im Interesse einer Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik und zur Vermeidung eines mit der Wirtschaftspolitik nicht zu vereinbarenden Länderpartikularismus zu erwägen, ob nicht der Bundeswirtschaftsrat auch den Ländern als Beratungsorgan zur Verfügung stehen soll.

Auf dem Gebiete der Mitbestimmung im Betrieb hält die Sozialdemokratische Partei daran fest, daß nicht nur in der Personal- und Sozialpolitik die Arbeitnehmer mitzubestimmen haben, sondern daß ihnen auch in Fragen wirtschaftlicher Entscheidungen, soweit sie grundsätzlicher Natur sind, ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden muß. Uber die Gründe zu dieser Stellungnahme habe ich mich schon geäußert. Uber die Einzelheiten wird noch zu sprechen sein. Der Vorschlag der Gewerkschaften, daß in allen Unternehmungsformen, in denen ein Aufsichtsrat besteht oder wirksam eingesetzt werden kann, die Mitbestimmung durch den paritätisch zusammenzusetzenden Aufsichtsrat zu erfolgen hat, erscheint als gute Lösung, weil dadurch gewährleistet ist, daß nur die Grundsatzfragen, aber auch alle Grundsatzfragen, paritätisch entschieden werden. Daß dadurch die Unternehmerinitiative unerträglich eingeschränkt wird, ist unwahrscheinlich, weil ja auch die Vertreter der Arbeitnehmer ein dringendes Interesse an der Prosperität der Betriebe haben.

Man hat nie ein Wort der Bedenken gehört gegen die betriebsfremden Interessenvertreter aus Industrie und Finanzkreisen in Aufsichtsräten, die häufig nicht zur Förderung des Unternehmens, sondern aus Gründen der Restriktion in den Aufsichtsrat entsandt worden sind. Denn die Zusammensetzung der Aufsichtsräte haben schon lange nicht mehr die Generalversammlungen bestimmt, sondern die finanzkapitalistisch orientierten Manager. Aus den gleichen Erwägungen kann der Vorschlag der Gewerkschaften nur gut geheißen werden, daß die Betriebszugehörigkeit nicht die Voraussetzung zur Delegierung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat sein darf. Denn es geht hier nicht um betriebspatriarchalische Einrichtungen und die Förderung des Betriebsegoismus, sondern um die Wahrnehmung der Interessen des gesamten Volkes. (Beifall.) Mit diesen Erläuterungen unserer Forderungen muß ich es bewenden lassen. Sie waren deswegen notwendig, weil wir von unseren Gegnern immer wieder hören, wir hätten kein Programm und sie wüßten eigentlich gar nicht, was wir wollten. Das hindert sie aber nicht, wenn sie in Wahlkämpfen gegen uns antreten, Behauptungen über unser angeblich unbekanntes Wollen aufzustellen, die allerdings mit der Wahrheit nichts zu tun haben, die sie selbst erfunden haben, um sich um so intensiver mit ihnen auseinanderzusetzen. Was wir wollen, haben wir seit dem ersten Parteitag nach dem Zusammenbruch, der im Jahre 1946 in Hannover stattfand, wiederholt und in einer für jedermann zugänglichen Weise gesagt. Unsere Gegner haben sich nur nicht die Mühe genommen, es zur Kenntnis zu nehmen, vielleicht war es ihnen auch zu unbequem, sich mit unserem wirklichen Wollen auseinanderzusetzen. Deswegen sagen wir es
heute noch einmal und für jedermann vernehmlich. Und das Volk soll es wissen, bei wem seine Interessen aufgehoben sind. Nicht bei denen, die von der Freiheit sprechen, aber darunter nur die Freiheit verstehen, sich auf Kosten der großen Massen zu bereichern, die Macht in der Wirtschaft und im Staate auszuüben, über das Schicksal von Millionen zu bestimmen und diesen gelegentlich die Freiheit zu lassen, "unter Brücken zuschlafen". Nicht bei denen, die das Christentum im Munde führen, im Alltag aber sich unchristlich verhalten, den Besitz verteidigen, als sei er von Gott geweiht und ohne zu bedenken, wie er erworben worden ist, die eine Ordnung der menschlichen Gesellschaft, in der das Sittengesetz und die Menschlichkeit herrscht, ablehnen, um ein Prinzip zu verewigen, dessen Funktion auf dem nackten Egoismus beruht.

Nicht bei denen; die als Nachläufer des Nationalsozialismus kein anderes Programm haben, als die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und auch nicht bei denen, die unter dem Vorwand, Deutschland zu einigen, Deutschland und seine Arbeiterschaft in die Sklaverei einer fremden Macht überführen wollen. Die Interessen des deutschen Volkes werden wahrgenommen von der Sozialdemokratischen Partei! (Beifall.)

Allerdings können wir es allein nicht schaffen. Wir sind nicht allein auf der Welt. Um uns herum leben Staaten, deren Wirtschaftspolitik sich auf die unsere auswirkt, und mit denen wir durch kommunizierende Röhren verbunden sind. Die Abschließùng von der Außenwelt und die wirtschaftliche Autarkie können, wie die Lehren der Vergangenheit zeigen, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht lösen. Sie führen zum Absinken des Lebensstandards, zur Verteuerung der Lebenshaltung und in ihren schlimmsten Auswirkungen zum Kriege. Die Integration der nationalstaatlichen Wirtschaften in großen Zusammenschlüssen ist das Problem unserer Zeit; es wird erschwert durch die Verschiedenheit der Wirtschaftsformen in den einzelnen Nationalwirtschaften. Der Zusammenschluß yon Staaten, in denen der Liberalismus die herrschende Wirtschaftsform ist, mit Staaten sozialistischer Wirtschaftsgestaltung führt zu schweren Spannungen. Ein Staat, der sich die Vollbeschäftigung zum Ziele setzt und sie durch Planung und Lenkung seiner Wirtschaft erreicht hat und aufrechterhalten will, gerät in die Gefahr, sein Ziel aufgeben zu müssen, wenn er eine Wirtschaftsunion herstellt mit einem nach liberalistischen Grundsätzen ausgerichteten Staat, dem die Vollbeschäftigung kein Anliegen ist. Unter dieser Problematik leidet Europa, unter ihr leidet auch die sozialistische Internationale.

Einzelne europäische Länder sind auf dem Wege zur Sozialisierung ein gutes Stück vorangeschritten - in andern iṣt nicht einmal ein Anfang dazu gemacht. In dem verständlichen Bestreben, die sozialistischen Fortschritte zu sichern und Gefahren von ihnen abzuwenden, befinden sich die Sozialisten in jenen Ländern oft in der Situation, die nationale Politik vor die Interessen des internationalen Sozialismus zu stellen.

Bei allem Verständnis für die Schwierigkeit solcher Entscheidungen darf aber nie vergessen werden, daß es den Sozialismus in einem Land auf die Dauer nicht gibt, und daß nationale Vorteile, die auf Kosten des Fortschritts des internationalen Sozialismus erkauft werden, auf die Dauer zu teuer bezahlt sind. (Sehr richtig! Beifall.) Deswegen fordern wir die Aktivität des internationalen Sozialismus.

Wir müssen den Europagedanken aus den Händen derer nehmen, die Europa zu einem Geschäft machen wollen. (Sehr richtig! Beifall.) Wir müssen durch gegenseitige Hilfe und durch Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie in den Ländern, in denen die sozialistische Entwicklung zurückgeblieben ist, dahin kommen, daß Europa sozialistisch wird. Nur dann kann eine internationale Planung das Ziel des Marshall-Plans einer europäischen Wirtschaftseinheit erreichen, nur dann können heraufziehende Weltkrisen gebannt und die Spekulationen Sowjetrußlands vereitelt werden; nur dann kann die, Menschheit der Verwirklichung des Zieles entgegensehen, in Freiheit die Existenz für alle zu sichern und Gerechtigkeit als oberstes Prinzip auch im Wirtschaftsleben gelten zu lassen.

Dann erst wird es wahr, was unsere Väter erträumten: „Die Internationale wird die Menschheit sein!!!". (Großer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Bevor wir jetzt in die Aussprache eintreten, will ich zunächst den Dank, den Sie durch Ihren demonstrativen Beifall dem Genossen Veit bezeugt haben, unterstreichen.

Ich möchte Ihnen dann noch ein paar kleine technische Dinge bekanntgeben.
Die morgige Sitzung des Wohnungspolitischen Ausschusses, die hier im Café des Gewerkschaftshauses stattfindet, ist, wie ich schon angekündigt hatte, frei für alle Delegierten und Gäste. Nur das Parteibuch ist nötig als Ausweis. Ich möchte jetzt einmal wegen der Vorbereitungen bitten, daß diejenigen Genossen und Genossinnen, die beabsichtigen, an dieser Konferenz teilzunehmen, die Hand aufheben.

Zirka 50 Genossinnen und Genossen also. Und von den Gästen? . . . Also etwa 60 bis 80 Personen, schätze ich. Schönen Dank. Das war jetzt also für das Büro.

Dann ist für heute abend 20 Uhr im unteren Restaurant - damit die Genossen und Genossinnen sich darauf vorbereiten können - die verlegte Zusammenkunft des Kulturpolitischen Ausschusses vorgesehen.

Nun treten wir in die Aussprache ein. Als erster hat das Wort der Genosse Preller, der ja mit zusätzlicher Redezeit bedacht worden ist. Nach ihm folgt der Genosse Richard Reitzner, München.

Ludwig Preller Kiel: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn ich hier im Auftrage des sozialpolitischen Ausschusses einige Ausführungen und Ergänzungen mache, so glaube ich, müssen wir voranstellen, daß heute ganz neue Schichten in soziale und wirtschaftliche Not geraten sind. Dazu kommen noch diese unerträglichen Fehlentwicklungen, auf die der Genosse Veit hingewiesen hat. Die Sozialdemokratie muß deshalb auch aus sozialpolitischen Erwägungen wirtschaftspolitische Forderungen aufstellen.

Das Schwergewicht der sozialen Not - darauf hat der Genosse Veit bereits hingewiesen - liegt dort, wo eine Häufung von Menschen ohne Beschäftigung vorliegt. Drei Viertel aller Ostvertriebenen leben in den drei Flüchtlingsländern SchleswigHolstein, Niedersachsen, Bayern. Aber auch zwei Drittel aller Arbeitslosen sind in den gleichen Ländern zu finden, und aus diesem Grunde ist die gerechte Bevölkerungsverteilung das $A$ und $O$ der Vollbeschäftigung und der Existenzsicherung. Diese Flüchtlingsverteilung - darauf hat der Genosse Veit ebenfalls hingewiesen - muß ergänzt werden durch die Investitionsverteilung. Die Dinge liegen so, daß, nachdem Bund und Länder die Notwendigkeit dieser Bevölkerungsverteilung heute erkannt haben, wir nun in die zweite Phaseder Flüchtlingspolitik eintreten, und diese zweite Phase besteht darin, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese gerechte Bevölkerungsverteilung geschaffen werden. Daß dazu Kapitalansammlung und Kapitallenkung erforderlich sind, ist selbstverständlich, aber ich betone, diese Kapitallenkung ist nicht nur für die Flüchtlingsländer șelbst erforderlich, sondeł̣n im gleichen Maße für die Aufnahmeländer, weil sonst die Flüchtlingsverteilung nicht vor sich gehen kann.

Ich darf ein Beispiel am Land Schleswig-Holstein geben. Wenn. wir die gleiche Investitionsrate, die im Bunde vorgesehen ist, mit 16 Prozent auf dieses nördlichste Land anwenden, müßten wir 462 Millionen DM Investitionsrate haben. Die Berechnungen ergeben aber, daß selbst bei günstigstem Stand noch ein Viertel dieser Investitionsrate in diesem Flüchtlingsland fehlt.

Wir können ohne eine gesteuerte Investitionslenkung dieser Probleme nicht Herr werden. Das ist die eigentliche Begründung für den volkswirtschaftlichen Gesamthaushalt, für das Nationalbudget, das wir in Deutschland ebenso brauchen, wie es nicht nur in sozialistischen Ländern, in Schweden und England, heute besteht, sonderh auch in den privatwirtschaftlichen Vereinigten Staaten von Amerika. Und ich darf betonen als Mitglied des Kapitalverkehrsausschusses, wie dringend erforderlich es ist, daß die Kompetenzen dieses Ausschusses erweitert werden in einem echten Kapitallenkungsgesetz.

Zu der Arbeitslosigkeit, die heute das Grundproblem der Sozialpolitik darstellt, gehört, das wollen wir nicht zu erwähnen vergessen, die Not der Jugendlichen, die heute aus der Schule kommen und als Schulentlassene bereits vor einem aussichtslosen Wege stehen. Genossinnen und Genossen! Wenn wir daran denken, daß unsere Facharbeiterschaft überaltert ist, daß wir in den nächsten zehñ Jahren neue Fachkräfte benötigen, dann ist es unverständlich, wenn sich heute noch gewisse Kreise in Handwerk und Industrie dagegen sträuben, daß Lehrwerkstätten errichtet werden. In diesen Lehrwerkstätten, die auch in den Flüchtlingsländern auf Bundeskosten errichtet werden sollten, könnten wir die erforderlichen Fachkräfte der nächsten Jahre heute schon heranziehen. Soweit aber, wie das leider in einigen Ländern der Fall ist, diese Schulentlassenen nicht sofort in Lehre, Arbeit und Brot gebracht werden können, dürfen wir nicht zurückschrecken vor Sondermaßnahmen sozialpädagogischer Art, wie wir sie, das ist gestern erwähnt worden, in dem Jugendaufbauwerk in Schleswig-Holstein errichtet haben. Worum es hier geht, ist die Frage, ob wir warten sollen, bis sich reaktionäre Kräfte dieser Jugendlichen annehmen (Beifall), und deshalb ist die Diskussion über Arbeitsdienst hier nicht am Platze, sondern wir müssen als Sozialdemokraten voranschreiten in der Erfassung und Betreuung dieser jugendichen Menschen: (Beifall.)

Genossinnen und Genossen. Jede Wirtschaftspolitik muß sich bewußt sein, daß unser soziales Gepäck heute außerordentlich stark angewachsen ist. Die soziale Not als die Kriegsfolge hat nach den Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin nicht weniger als $\mathbf{1 2 , 5}$ Millionen Menschen in Deutschland zu Sozialversorgten werden lassen; Sozialversorgte, deren Bezüge zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig sind. Diesen 12,5 Millionen stehen 13,5 Millionen Beschäftigte gegenüber, und das heißt nichts anderes, als daß durchschnittlich jeder Beschäftigte außer seiner eigenen Familie einen nicht Arbeitsfähigen oder Arbeitslosen und dessen Familie miternähren muß. Insbesondere die Zahl der Rentner und Unterstützten ist so stark gestiegen, daß, während 1933 jeder achte ein Rentner oder Unterstützter war, heute fast jeder vierte Einkommensbezieher in Deutschland ein Rentner oder Unterstützter ist. Deshalb sind die Kosten selbstverständlich sehr stark angewachsen. Außerhalb der Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung hat der öffentliche Haushalt 1950 ohne den Lastenausgleich 30 Prozent auszugeben für diese sozialen Fragen, 30 Prozent gegenüber 18,15 Prozent 1936.

Die bürgerlichen Kreise wenden nun gern ein, daß die Sozialpolitik sich zurückhalten müsse, um die Kostén nicht weiter steigen zu lassen. Hier muß und wird die Sozialdemokratie zum Angriff vorgehen. Ein kleiner Arbeitskreis des sozialpolitischen'Ausschusses hat kürzlich eine Zusammenstellung aller Sozialleistungen vorgenommen. Dort wurde festgestellt, daß in der Sozialversicherung, Arbeitslosenhilfe, Versorgung, Fürsorge, Soforthilfe nicht weniger als 18 verschiedene Sozialleistungen vorhanden sind, mit 9 verschiedenen Trägern, 6 verschiedenen Finanzquellen und sehr verschiedenen Leistungsprinzipien. Hier ist eine radikale Zusammenfassung und rationale Neugestaltung notwendig, die ein modernes, besseres und billigeres System der Sozialversorgung schafft, eine Sozialversorgung, die selbstverständlich auf der Selbstverwaltung aufbauen muß. Modern heißt hier, auch veraltete Grundsätze beseitigen. Im Rahmen dieses neuen Versorgungswerkes brauchen wir die Reform der Sozialversicherung. Dabei weisen wir vom sozialpolitischen Ausschuß darauf hin, daß leider nicht mehr Deutschland die modernste Sozialversorgung hat, sondern daß die modernste Sozialversorgung im Ausland zu finden ist. Aber in Kreisen des Bundesarbeitsministeriums hält man heute auch noch an der sogenannten klassischen Sozialversorgung fest, die nun viermal finanziell zusammengebrochen ist und die auf den kapitalistischen Grundsätzen der Privatversicherung aufbaut, die angewandt werden sollen für Menschen, die auf Grund gesellschaftlicher Arbeit krank geworden sind, Unfälle erlitten haben oder invalide geworden sind.

Hier muß insbesondere der Gesundheitspolitiker noch darauf hinweisen, daß gerade, wenn wir auf die Vollbeschäftigung zustreben, wir daran denken müssen,
daß unsere deutschen Arbeitnehmer durch den Krieg und die Nachkriegszeit körperlich ausgepumpt sind und daß wir ihre körperliche Kraft und Widerstandsfähigkeit erst für die Anforderungen einer Vollbeschäftigung wieder instandsetzen müssen.

Solange die Sozialversorgung nicht neu gestaltet ist, werden die Sozialleistungen den Volkshaushalt hoch beanspruchen, die Leistungen an den einzelnen aber verhältnismäßig gering sein. Ein jedes Wirtschaftsprogramm muß sich deshalb mit diesem sozialen Gepäck beschäftigen, aber auch mit der ung.enügenden Kaufkraft auf Grund der zu tief liegenden Reallöhne. Die Erhardsche Preispolitik hat sich weder um die große Zahl der Sozialversorgten noch um die Reallöhne gekümmert, die Folge ist dieser Tiefstand bei den Unterstützungen und bei den Löhnen.

Das Gewicht des von dem Genossen Veit vorgetragenen Vorschlages liegt deshalb mit Recht bei der starken Einwirkung auf der Preisgestaltung. Sieht die Bundesregierung diesem von ihr selbst geschaffenen Problem nicht endlich klar in die Augen, so wird eine Erhöhung der Unterstützungen und Renten nicht vermeidbar sein. Das gleiche gilt für die niedrigen Löhne, zumindest der Ungelernten und der Frauen, die heute neben den Löhnen leider noch Fürsorgemaßnahmen erforderlich machen. Wer arbeitet, soll von seinem Lohn auch leben können. (Beifall.)

Die Einschränkung der Handels- und Gewinnspannen ist daher dringend geboten, um eine Steigerung der Realeinkommen zu ermöglichen. Hierzu eine Feststellung. Das Einkommen der 14 Millionen Unselbständigen beträgt 29 Milliarden DM. Aber diesen 29 Milliarden DM für 14 Millionen Unselbständige stehen gegenüber 20 bis 27 Milliarden, die an 2,8 Millionen Selbständige gehen. Von sechs Schaffenden in Deutschland bezieht also einer als Selbständiger im Durchschnitt 7000 DM im Jahr, aber fünf als Unselbständige im Durchschnitt nur 2000 DM.

Höhere Realeinkommen als die Konsequenz unserer wirtschaftspolitischen Forderungen können selbstverständlich nur getragen werden durch eine rationelle Arbeit im Betrieb und durch eine rationelle Wirtschaftsgestaltung. Die verstärkte Anwendung des Leistungslohnes - darüber sind sich auch die Gewerkschaften einig - wird die nicht zu vermeidende Folge sein.

Ein Leistungslohn wird aber sozial nur tragbar, wenn die Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wie sie jetzt aufgestellt worden sind, auch erfüllt werden. (Bravo, Beifall.) Und die erste dieser Forderungen ist die nach der staatlichen Kinderbeihilfe. (Starker Beifall.)

Sehen wir uns nun das Einkommensteuergesetz an. Ein Arbeitnehmer oder eine Frau, die arbeitet und die ein niederes Einkommen von 131, - DM im Monat hat, bekommt für sämtliche Kinder von der Steuer 75 Pfennig im Monat. Ein Arbeiter mit 173,- DM Lohn bekommt für sämtliche Kinder immerhin schon 4,15 DM im Monat. (Zuruf aus dem Saal: Hört! Hört!) Aber ein Mann, der 1416,- DM bezieht, also rund 1500 , - DM im Monat, der bekommt für jedes Kind 30, - DM, das heißt für fünf Kinder 150,- DM Steuerermäßigung, während der Arbeiter mit 75 Pfennig bis 4,15 DM nach Hause gehen muß. Hier ist ein Grundproblem der Lohngestaltung angesprochen und deshalb werden die Kinderbeihilfen von der Fraktion im Bundesrat für alle Arbeitenden - und nicht nur für die Sozialversicherten gefordert, aber unter Fortfall dieser ungerechten Einkommensteuerverteilung.

Dann, Genossinnen und Genossen, können wir nämlich auch diese unerträglichen Uberschneidungen zwischen den Unterstützungen und den niedrigsten Löhnen beseitigen, die ein Ubel allererster Art für die gesamte Lohnpolitik sind. Dann auch können wir feststellen, wofür denn dieser Leistungslohn gelten soll. (Glocke des Vorsitzenden.) Er soll gelten für die Kleinfamilie, damit die Arbeiterfrau nicht zur Arbeit gezwungen ist.

Neben der Mitwirkung an der Wirtschaftspolitik muß der Sozialpolitiker auch das von den Nazis zerschlagene Arbeitsrecht nach modernen Grundsätzen wiederherstellen und verbessern. Genossinnen und Genossen! Es ist unertäglich, daß heute als deutsches Gesetz im Bundesgebiet nur ein einziges Gesetz arbeitsrechtlicher Art besteht. nämlich das Tarifvertragsgesetz. Wir benötigen das Kündigungs-
schutzgesetz, wir benötigen die Festlegung eines Obersten Arbeits- und Sozialgerichtes und wir benötigen nach 30 Jahren Vorarbeit endlich ein Berufsausbildungsgesetz' (Beifall), und nicht zum letzten die Selbstverwaltung in der Arbeitsvermittlung und in der Sozialversicherung. Warum gehen dann alle diese sozialpolitischen Bemühungen nicht vorwärts? Weil das Eintreten der Sozialpolitiker für díe Folgen des Krieges Kreise des Kapitals stört! Sozialpolitik wird deshalb mehr versteckt als offen angegriffen und verzögert. Es wird, wie es Herr Schäffer, der Bundesfinanzminister, getan hat, behauptet, daß der wirtschaftliche Aufbau die einzige Grundlage jeder Sozialpolitik sei. Das ist ein sehr gefährlicher falscher Zungenschlag. Das ist die völlige Verkennung der Tatsache, daß keinerlei Leistungssteigerung möglich ist, wenn sich die Sozialpolitik nicht für die Erhaltung und die Steigerung der Leistungsfähigkeit einsetzt.

Gerade in unserer verarmten Wirtschaft ist Sozialpolitik doppelt und dreifach notwendig. Aber wenn selbst diese arbeitsrechtlichen Regelungen jetzt noch verzögert werden, so deshalb, weil die Logik des Arbeitsrechts und die Logik der kollektivrechtlichen Gestaltung der Sozialpolitik auf eine Änderung der gesamten Wirtschaftsverfassung hinstrebt. Wenn wir Tarifverträge, wenn wir paritätische Selbstverwaltung in der Bundesanstalt und Selbstverwaltung in der Sozialversicherung haben wollen, so verlangen alle diese demokratischen Prinzipien der Sozialpolitik eine Ergänzung durch die demokratische Mitbestimmung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens.

Wenn Kapital und Arbeit zusammenwirken sollen, ist Wirtschaftsdemokratie die unausweichliche Konsequenz. Deshalb stößt die moderne, d. h. die sozialistische Sozialpolitik unserer Fraktion gegen die Grenzen der kapitalistischen Wirtschaft.

Wenn wir die Gewerkschaften dabei ansprechen, so werden sie sich bewußt sein, daß die sozialpolitische Selbstverwaltung und die wirtschaftspolitische Mitbestimmung immer unter dem Zeichen der jeweiligen Konjunktur stehen. Diese beiden Dinge, sozialpolitische Selbstverwaltung und wirtschaftspolitische Mitbestimmung, schließen deshalb den politischen Kampf nicht aus, sondern sie setzen ihn voraus. Vollbeschäftigung ist daher nicht nur ein soziales und wirtschaftliches, sondern es ist ein eminent politisches Ziel. Es geht um die Verbesserung des Lebensstandards jener 90 Prozent unserer Bevölkerung, die heute noch mit höchstens 200,- DM im Monat auskommen sollen.

Alle Deutschen sollen sich deshalb bewußt werden, daß die Arbeit der sozialdemokratischen Sozialpolitik für die Verbesserungen des tiefen Lebensstandards im Kampf gegen den Totalitarismus das einzige Unterpfand ist für die Erhaltung der persönlichen und politischen Freiheit des deutschen Menschen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich erteile jetzt dem Genossen Richard Reitzner das Wort. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich jetzt mit der Redezeit sehr kostbar umgehen werde; denn es sind noch einige Professoren mehr gemeldet.

Richardreitzner, München: Genosse Veit hat die schweren Gefahren aufgezeigt, die uns erwachsen, wenn die jetzige Wirtschaftspolitik der Regierung Adenauer weiter fortgeführt wird. Ich möchte hier, ohne etwas aus dem Zusammenhang zu reißen und ohne den Versuch zu unternehmen, etwas isoliert zu betrachten, einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Problematik des Heimatver-triebenen-Problems sagen und gleichzeitig hoffen, daß diese grundsätzlichen Bemerkungen vom Parteitag geteilt werden und dann vielleicht transformiert werden können in die Reihen der Heimatvertriebenen. Dabei soll nichts überdimensioniert oder überdramatisiert werden. Das Problem ist gewaltig genug, und man kann die Bedeutung und Tragik dieses Problems auch verdolmetschen, wenn man es nicht mit seelischem Marschgepäck belastet.
a : Aber, werte Genossen; Sie werden mit keinem Heimatvertriebenen diskutieren können, ohne die Beobachtung zư machen, daß seine Gegenwart gleichzeitig auch seine Vergangenheit ist. Das ist die psychologische Eigenart, der wir gegenüberstehen und die Erkenntnis, wie stark das Schicksal der Vergangenheit, die Bindung an die Heimat hier das Bewußtsein dieser Massen beeinflussen. Daher, glaube ich,
steht vor uns die Frage, die wir beantworten müssen, gleichzeitig rechtlich und politisch und auch ökonomisch - die Frage nämlich: welchen Platz werden die Heimatvertriebenen in der Neuordnung Europas einnehmen?

Das Grundübel unserer Zeit ist, daß das wirtschaftliche, industrielle und agrarische Potential in den Vertriebenenländern verringert wurde, und daß es eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, wenn wir sagen: Die Scholle, die verwahrlost ist, auf der heute Disteln wachsen, wartet auf den Bauern, damit er zurückkehrt, und die zerstörte Arbeitsstätte wartet auf den Arbeiter. Die schnellste und praktischste und einfachste Lösung des Heimatvertriebenenproblems wäre die Rückkehr der Arbeiter und der Bauern an ihre Arbeitsstätte (Beifall) im Interesse der wirtschaftlichen Neuordnuing Europas.

Wir wissen aber, daß es gefährlich wäre, hier den Heimatvertriebenen zu sagen: Nun setzt euch auf eure gepackten Koffer und wartet! Nein, ich glaube, solange die Gesamtlösung Europas nicht sichtbar ist, und solange diese von uns erstrebte Neuordnung nicht möglich ist, können wir es uns nicht so leicht machen, uns hinzustellen und die Vision einer erstrebenswerten Zukunft in uns einzusaugen, sondern wir müssen uns natürlich auf den Boden der Tatsachen stellen, wir müssen den Heimatvertriebenen sagen und uns selbst begreiflich machen, daß wir nur eine Politik, wirtschaftlich und sozial, machen können, eine Politik nämlich, als ob es keine Rückkehr in die geraubte Heimat gäbe. (Sehr richtig!) Das, glaube ich, ist der Ausgangspunkt unserer grundsätzlichen Haltung.

Nun, vorgestern hat ein sonst verehrungswürdiger Anwalt der Heimatvertriebenen hier mit seinem Scheinwerfer die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag abgeleuchtet und sein Mißvergnügen ausgesprochen über den Mangel an Erfolgen im Sektor der Heimatvertriebenen.

Liebe Genossen, wer von uns erwartete denn schon wirklich, daß aus dieser Regierung, mit dieser Steuer- und Wirtschaftspolitik etwas Substantielles für die Schwächsten des Volkes herausschauen wird (Zuruf: Sehr richtig!) bei dieser Art, die Dinge zu behandeln?

Und, Genosse Lüdemann, natürlich, Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen sind überbelastet; Entlastung ist notwendig, sie ist eine Lebensnotwendigkeit für diese Länder. Aber die innere Umsiedlung der Fimatvertriebenen nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen ist eine Aufgabe, die einer gesamtdeutschen Planungsaufgabe wert wäre. Aber können wir gleichzeitig von dieser Regierung, die nichts plant, sondern nur improvisiert, eine Planung in der Richtung erwarten?

Ich möchte es so sagen: Natürlich, lieber Genosse Lüdemann, wir kennen schon den Länder-Egoismùs ein bißchen, wie er sich uns darbietet. Und wir wissen auch in allèr Offenheit festzustellen, daß gewisse Teile unserer Bewegung noch stationär beispielsweise eingestellt sind auf die Bedürfnisse, sagen wir der klassischen sozialdemokratischen Sozialpolitik in der Vergangenheit, und daß es nicht einfach ist, sich mit den neuen, gewaltigen Problemen, die über Nacht kamen, auseinanderzusetzen und mit ihnen fertig zu werden. Aber ich glaube, wenn wir feststellen müssen, daß so wenig Substantielles sich gezeigt hat, dann liegt die Verantwortung bei der Regierung!

Unsere Fraktion hatte klare Vorstellungen über die ökonomischen Notwendigkeiten und klare Vorstellungen über den wirtschaftlichen Einbau der Heimatvertriebenen. Die Fraktion hat mit Initiativanträgen aufgewartet, geschehen ist nichts; oder nur sehr, sehr wenig. Es ist auch kein Wunder, wenn beispielsweise kein Geld da ist. Unser Finanzminister reist ja jeden Sonntag von Industrie- zu Industriekammer oder von Handels- zu Handelskammer und ermuntert die „armen" Leute; nicht zu zahlen, weil sie arm wie die Kirchenmäuse sind. Er ist in Wahrheit der Vertreter der Interessen der Besitzenden. Wir haben erreicht, daß ein Ministerium für Heimatvertriebenenangelegenheiten errichtet wurde. Ich möchte Herrn Luka* schek hier sehr nobel behandeln und nicht an seiner Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zweifeln; aber er hat sich in die Rolle eines Bettelmusikanten drängen lassen, und das ist die Situation, in der er sich befindet. Dabei ist die Unterstützung der
heimatvertriebenen Abgeordneten aus den Koalitionsparteien oft eine problematische Angelegenheit; denn ein Jagdhund, den man zur Jagd tragen muß, ist eben kein Jagdhund, und ein heimatvertriebener Abgeordneter der Koalition kann nicht immer die Interessen der Heimatvertriebenen bis zur letzten Konsequenz vertreten. (Beifall.)

Es ist daher eine politische Aufgabe von unerhörter Wichtigkeit, den Heimatvertriebenen klarzumachen, wo ihre Interessen vertreten und wo sie sabotiert werden. Ich möchte jetzt sagen und hoffe damit die Ubereinstimmung des Parteitages zu gewinnen: vor uns liegen zwei große Dinge. Das Heimatvertriebenenproblem ist eine Sache der Gesamthaftung der ganzen deutschen Nation für den Hitlerismus und für den verlorenen Krieg, und aus dieser Gesamthaftung heraus erwachsen eben die materiellen Verpflichtungen. Der Parteitag, glaube ich, stimmt mit mir überein, wenn ich ausspreche, es geht uns nicht nur um die theoretische Anerkennung der Not der Heimatvertriebenen und um ihre rechtliche Gleichstellung, sondern auch um die materielle Gleichstellung und um die Durchsetzung der sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Und zweitens: Die internationale Mitverantwortung, die wir nicht wegdiskutieren wollen, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Signatarmächte den PotsdamVertrag unterschrieben haben. Der neue Auswanderungsplan, Genossen, muß von uns studiert und gekannt werden, und wir müssen darauf eine positive Antwort haben. Natürlich sind wir den Amerikanern dankbar für jede Hilfe und Initiative, aber ich glaube nicht, daß die Auswanderung von einer Million überhaupt eine realisierbare Angelegenheit ist. Was die Heimatvertriebenen brauchen, ist rasche, unmittelbare Hilfe und nicht eine Planung auf zwanzig Jahre, abgesehen davon, daß eine Auswanderung aus uns die besten, intelligentesten, geschicktesten, arbeitsfähigsten Leute herausrekrutiert, der arbeitsunfähige Teil bleibt im Armenhaus Deutschland zurück. (Beifall.) Wenn die amerikanische Politik bereit ist zu helfen, dann sind wir dafür dankbar; aber wir sagen: Helft am richtigen Ort und helft rasch mit euren Mitteln zur Wiedereingliederung der Heimatvėrtriebenen in Westdeutschland.

Und jetzt wirklich zum Schluß, lieber Vorsitzender: wir alle wissen, daß die politische Dynamik in den Heimatvertriebenen unerhört stark ist, aber daß die politische Strategie der Heimatvertriebenen kläglich ist. Sie läuft auf die Isolierung hinaus, ist oft nur eine bloße Interessenvertretung, durch sogenannte überparteiliche Verbände geführt, von Berufsflüchtlingen und politischen Rechtsanwälten. (Starker Beifall.)

Nun möchte ich sagen: Es ist unsere Aufgabe, nicht nur mit dem erhobenen Zeigefinger des Oberlehrers zwischen die Reihen der Heimatvertriebenen zu gehen. Es ist natürlich unsere Aufgabe, Leistungen zu zeigen. Unsere Aufgabe ist es, den Heimatvertriebenen begreiflich zu machen, daß die Durchsetzung ihrer Forderungen außenpolitisch, nämlich die Wiedergutmachung des Heimatraubes und innenpolitisch der Aufbau und die Eingliederung nur möglich ist, wenn sie ihre Kraft mit der Kraft der Sozialdemokratie kombinieren zu der Kraft, die imstande sein wird, die Adenauer-Regierung zu überstehen. Das ist die politische Strategie, und das, glaube ich, müssen wir den Heimatvertriebenen sagen, nicht aus einem Selbstzweck heraus, nicht weil wir hier vor dem Parteitag stehen, sondern weil diese Strategie die einzig mögliche im Interesse der Heimatvertriebenen ist. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat jetzt der Professor Karl Schiller. Ihm folgt noch ein Professor, Fritz Baade. Ich möchte diese beiden Genossen bitten, das gute Beispiel zu übernehmen, das Wichtige vorher oder vorn zu sagen, damit man nicht mit seiner Zeit zu kurz kommt.

Karl Schiller, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, das Referat des Genossen Veit und die Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses haben eine Legende zerstört, nämlich die Legende, daß die deutschen Sozialdemokraten zwar ein allgemeines Wirtschaftsprogramm hätten, aber kein konkretes Rezept. Ich glaube, daß wir in unserer Arbeit so weit gekommen sind, daß wir jetzt
konkret und im Detail unsere Rezepte zur Wirtschaftspolitik, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen können. Wir wissen, daß eine große internationale Auseinandersetzung stattfindet um die Wirtschaftspolitik und um das zentrale Thema Vollbeschäftigung, und wir wissen, daß wir in dieser großen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung, die nicht nur eine akademische, sondern gleichzeitig eine praktisch-politische ist, eine sozialdemokratische Position haben und haben müssen und wir wissen, daß wir diese Position ausbauen müssen. Wir können uns nicht damit begnügen, festzustellen, daß wir schon vor dem Tage X, vor der Geldreform, die Devise aufgestellt haben, „Vollbeschäftigung nach der Währungsreform als höchste Aufgabe", sondern wir müssen konkret und praktisch sagen, was wir wollen, und das ist in den Unterlagen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und in dem Referat des Genossen Veit klar zum Ausdruck gekommen. Wir haben von der Hamburger Landesorganisation versucht, diesen Weg der Konkretisierung noch stärker zu betonen und zu unterstreichen, indem wir ein Aktionsprogramm als Materialanhang zu dem Exposé des Wirtschaftspolitischen Ausschusses unterbreitet haben.

Wir freuen uns, daß der Parteivorstand in seinem Antrag Nr. 72 empfiehlt, diese Materialunterlage den Richtlinien beizulegen, die Genosse Veit vorgetragen hat. Ein konkretes Arbeitsprogramm beginnt immer mit der Analyse der heutigen Situation. Diese ist heute gegeben worden. Vielleicht darf ich noch zwei Gesichtspunkte hervorheben, die entscheidend für den Ablauf sind. Wir stellen die ungeheure Verschleppung und Verzögerung des sogenannten ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms fest - eine Feststellung und eine Kritik, die heute weit hineinreicht auch in die Kreise der Industrie und der Industriellen. Wir müssen feststellen - die Zahl ist erst vor kurzem genannt worden -, daß von dem ganzen Programm bisher keine 10 Prozent der Mittel realisiert und ausgegeben worden sind. Nach unserer Meinung liegt diese Verzögerung und Verschleppung in erster Linie daran, daß die ganze Konzeption eines separaten Arbeitsbeschaffungsprogramms, das neben die allgemeine Wirtschaftspolitik gestellt würde, falsch war, daß man das Grundübel der Arbeitslosigkeit nicht beheben kann, indem man die Wirtschaft so weiterlaufen läßt wie bisher und als Korrektiv ein besonderes Teilprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit daneben stellt. Wir sind der Meinung, daß die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik unter den zentralen Gesichtspunkt der Erreichung der Vollbeschäftigung gestellt werden muß - keine Vollmaßnahmen, sondern eine Zentralmaßnahme unter zentralem Gesichtspunkt, der alle Einzelmaßnahmen untergeordnet sind. Daraus muß sich ergeben, was konkret geplant wird.

Deshalb gliedert sich unsere Vollbeschäftigungspolitik klar in zwei Teile: ein Sofortprogramm und ein langfristiges Programm. Das Sofortprogramm hat die Aufgabe - und Genosse Veit deutete es an -, die leeren Produktionskapazitäten durch Arbeitskräfte auszufüllen. Dafür sind die Mittel der Geldpolitik notwendig. Aber viel größer ist noch die Aufgabe des langfristigen Kredites durch Neuinvestitionen, in wenigen Jahren zusätzliche Arbeitsplätze für mehr als zwei Millionen Arbeitskräfte zu schaffen. Ein solches Programm bedeutet, klar und deutlich ausgesprochen, daß wir in Deutschland bei einem Bevölkerungszuwachs von über 20 Prozent in einen sekundären Proze $ß$ der Industrialisierung hineingehen müssen. Dies neue und nachzuholende Industrialisierung muß von dem Geist des freiheitlichen Sozialismus gestaltet werden. Die neue Industrialisierung Westdeutschlands ist die wirtschaftspolitische Aufgabe eines langfristigen Programms, sozusagen die zentrale Aufgabe überhaupt in unserer praktischen sozialistischen Politik.

Zu den beiden Abteilungen unseres Programms ein Wort. Zur ersten möchte ich klar und deutlich aussprechen, daß aus einer jetzigen geldpolitischen Aktivierung keine Gefahren auftreten können. Aber wir sind nicht Inflationisten, wie es uns so oft unterstellt wird. Wir sind auch nicht Vertreter einer Inflation mit gestoppten Preisen. Unsere Aufgabe geht dahin, daß das Güterangebot im gleichen Schritt mobilisiert wird wie die Eingliederung von Arbeitskräften durch die Kreditschaffung. Ich möchte dabei eine Grenze unserer Vollbeschäftigungspolitik andeuten, nämlich
die politische. Unsere Vollbeschäftigungspolitik wird in einem Zustand, wo die Stahlquote unter alliierter Kontrolle schon erreicht ist, wo der Schiffbau noch unter Restriktionen steht, wo andere Zweige noch unter Verbot stehen, sehr bald eine Grenze erreichen. Insofern ist die Vorbedingung einer wirklichen Soforthilfe auf diesem Gebiet eine allgemeine politische Realisierung der Gleichberechtigung, der politischen Befreiung und der Befreiung von wirtschaftlichen Restriktionen. Ohne diese Befreiung können wir kein sozialdemokratisches Programm der Vollbeschäftigung durchführen.

Ein Wort zu den organisatorischen Maßnahmen. Die in unseren Unterlagen dargelegten Institutionen bedeuten, daß nur diese Institutionen eingerichtet werden, keine Zwangswirtschaft, keine Detailregulierung. Das heißt also Lenkung der Kapitalbildung und Lenkung der Investitionen durch Kapitalverkehrsausschuß und durch Investitionsausschuß.

Dabei legen wir Wert auf die Aktivierung des Leistungswettbewerbes, gerade auf den Verbrauchsgütermärkten. Ich möchte hier ganz deutlich aussprechen, daß, glaube ich, niemand an einem scharfen Wettbewerb der Unternehmer auf den Verbrauchsgütermärkten ein größeres Interesses hat als der deutsche Arbeiter als Konsument. Wir sind aus diesem Grunde für Schutz und Förderung des Leistungswettbewerbs und für Zerschlagung aller Preis- und Marktverträge.

Zum langfristigen Programm möchte ich ganz kurz betonen, daß das Mittel der Geldschöpfung, das wir unter gewissen Bedingungen mit in den Mittelpunkt des Sofort-Programms gestellt haben, im langfristigen Programm insoweit eine geringere Rolle spielt, als durch eine planvolle, bewußte Politik der Förderung der Kapitalbildung auch die individuelle, private Kapitalbildung im langfristigen Programm in den Vordergrund treten kann.

Aber nicht nur das! Das langfristige Programm einer (Glocke des Präsidenten) Industrialisierung ist nicht allein möglich, indem Kredite an die Wirtschaft gegeben werden, sondern ist nur möglich, indem staatliche, gemeinwirtschaftliche Investitionen vorangehen. So große Projekte wie die Tennessee Valley Administration, das die Amerikaner in ihrem System durchgeführt haben, sollten eigentlich in Westdeutschland auch möglich sein und sollten hier nicht von liberaler Seite als ein Rückfall in überholte zwangswirtschaftliche oder planungswirtschaftliche Methoden angeprangert werden.

Und ich möchte ganz allgemein sagen: es wird uns vorgeworfen, wir berücksichtigen in unserer Planung nur die Vernunft, nur das Rationale, wir stellten Zahlen fest und Produktionsprogramme. Die andere Seite dagegen berücksichtige үiel mehr die ungeheuren schöpferischen Kräfte, die befreit seien und mobilisiert seien, gelöst seien durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, durch die Dekontrollierung. Und wir geben zu, daß durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft gewisse Kräfte mobilisiert worden sind. Aber wir weisen darauf hin, daß noch Millionen Kräfte, Energien, irrationale Kräfte nicht mobilisiert sind, sondern ruhen, und zwar ruhen in Gestalt der zwei Millionen Arbeitslosen.

Und unsere Aufgabe ist es, neben der Befreiung, die nach der Währungsreform nötig war, von allen Zwangsmaßnahmen, die der Genosse Veit mit Recht gekennzeichnet hat, ebenfalls die noch schlummernden Kräfte der zwei Millionen zu mobilisieren.

Und ich glaube, daß an irrationalen Energien, an Leistungsfähigkeit und schöpferischer Potenz hier mindestens noch ebensoviel ruht und mobilisiert werden kann als in den Kräften, die bisher entfacht worden sind. (Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Genosse Fritz Baade, Kiel. Ihm folgt Rudolf Wissell, Berlin.

Fritz Baade, Kiel: Genossinnen und Genossen! Ich möchte gleich an das anknüpfen, was der Genosse Schiller gesagt hat. Denn darin liegt eigentlich die Lösung des ungeheuren Problems, dem wir gegenüberstehen. Die Mobilisierung der ruhenden Leistungsreserven der-deutschen Wirtschaft ist das einzige Mittel, mit dem wir die größte wirtschaftliche Aufgabe lösen können, vor der wir jemals ge-
standen haben. Diese Aufgabe besteht darin, ein an und für sich fast hoffnungslos lebensunfähiges Gebiet, ein künstlich lebensunfähig gemachtes Gebiet wie dieses verstümmelte Westdeutschland lebensfähig zu machen und ihm Vollbeschäftigung zu geben.

Vollbeschäftigung und Herstellung der Lebensfähigkeit dieses Gebietes sind nicht zwei Dinge, die nebeneinanderlaufen, sondern Vollbeschäftigung ist das einzige Mittel, um überhaupt dieses Gebiet lebensfähig zu machen. Gerade eben; als ich noch unten im Saal saß, sagte mir ein Genosse: „Die beiden großen Probleme sind doch die: Wo bekommen wir das Geld für die Investitionen her?, und das andere Problem: Wie können wir so viel exportieren, um das alles bezahlen zu können, was wir importieren müssen?" Diese Problemstellung trifft den Kern der Sache.

Die Lösung des Problems liegt in der Mobilisierung der ruhenden Leistungskraft des deutschen Volkes. Der wichtigste Aktivposten ist dabei die Existenz von zwei Millionen sichtbaren Arbeitslosen und die Existenz von nochmals zwei bis drei Millionen Menschen, die im Laufe der nächsten Jahre in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können. Wenn wir die Dinge so ansehen, dann wird das Bleigewicht der Arbeitslosen geradezu die Haupteinsatzreserve der deutschen Wirtschaft. Wir müssen ungeheuerlich investieren in Deutschland. Wir müssen nach der Berechnung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute 80 Milliarden DM investieren, um die nötigen Arbeitsplätze und Wohnungen für den Zustand der Vollbeschäftigung in Deutschland zu schaffen. Und die Quehle dieser Investitionen ist die Mobilisierung der brachliegenden Arbeitskraft.

Es müssen Arbeitsplätze für vier Millionen Menschen geschaffen werden. Die Kapitalisten erörtern die Frage, woher das Geld kommen soll. Der planwirtschaftlich Geschulte weiß, daß es sich nicht um das Geld handelt, sondern um die nationale Leistungskraft. Die wichtigste Reserve an nationaler Leistungskraft aber ist die brachliegende Arbeitskraft der. Arbeitslosen, die so gern arbeiten wollen. Die Arbeitslosen müssen wir mobilisieren, um die Arbeitsstätten zu bauen, in denen sie oder ihre Kollegen später produktive Arbeit schaffen können. Das ist Schaffung von Investitionskapital im Sinne des Planwirtschaftlers. Und damit löst sich Problem Nr. 1.

Die Leistungskraft der Arbeitslosen müssen wir weiterhin auch mobilisieren, um Problem Nr. 2 zu lösen, nämlich die ungeheure Menge von Exportprodukten zu schaffen, die wir verkaufen müssen, um das zu bezahlen, was wir importieren müssen.

Erlauben Sie mir, eine einzige Zahl zu nennen: Wir haben jetzt einen Export etwa in der Größenordnung von fünf Milliarden DM. Wir haben einen Import etwa in der Größenordnung von zehn Milliarden DM. Und wir würden für eine vollbeschäftigte deutsche Wirtschaft mit voll entfaltetem Konsum der Menschen, die heute nicht arbeiten und daher nicht voll konsumieren, die aber arbeiten wollen und dann voll konsumieren müssen, einen Import etwa in der Größenordnung von fünfzehn Milliarden DM brauchen. Wir werden in wenigen Jahren von diesen fünfzehn Milliarden unseres Importbedarfs nichts mehr geschenkt bekommen, sondern wir, werden sie voll laufend aufbringen müssen aus dem Exporterlös, d. h. wir müssen in sehr absehbarer Zeit zusätzliche zehn Milliarden DM als Exportprodukte produzieren, um den Zustand der Lebensfähigkeit, d.h. der Unabhängigkeit von weiteren Geschenken der Amerikaner erreichen zu können. Das wäre niemals möglich, wenn wir diese zehn Milliarden zusätzlicher Exportprodukte aus dem ausgepowerten Körper der deutschen Wirtschaft und aus dem um soundso viel niedrigeren Verbrauch herausquetschen müßten. Das ist nur möglich, wenn wir sie zusätzlich produzieren, indem wir den Menschen das geben, wonach sie sich sehnen; die Möglichkeit, nutzbringende Arbeit zu leisten.

Das aber, Genossen, ist die größte Aufgabe, die überhaupt jemals in der $\mathrm{Ge}-\mathrm{-}$ schichte von einem Volk zu lösen gewesen ist. Die deutsche Wirtschaft ist in einem Maße verstümmelt, wie wohl in der Geschichte noch niemals eine Wirtschaft ver-
stümmelt gewesen ist. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist - und darin stimmen wir alle überein --, ist von der kapitalistischen Wirtschaft unter keinen Umständen zu lösen.

Genosse Schumacher hat uns neulich davor gewarnt, allzu viele Parallelen mit der Zeit der Weimarer Republik zu ziehen. Aber eine Parallele möchte ich doch ziehen. Das Versagen der Brüningpolitik gegenüber den Problemen der sechs Millionen Arbeitslosen im Jahre 1932 gehört ideengeschichtlich in die gleiche Kategorie der Erhardpolitik gegenüber den Problemen der heutigen Massenarbeitslosigkeit.

Damals, Genossinnen und Genossen, ging ein tiefer Pessimismus durch das ganze deutsche Volk gegenüber dieser Aufgabe. Und es ist leider nicht zu leugnen, daß dieser Pessimismus auch bis tief in unsere eigenen Reihen hineinging. Nur eine kleine Minderheit von sozialistischen Denkern wagte es, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu entwerfen, das mit dem Mittel großzügiger Kreditschöpfung arbeiten wollte. Und es war damals eine weitverbreitete Meinung, daß man eine hemmungslose Inflation heraufbeschwören könnte, wenn man das täte.

Hitler und Schacht hatten diese Bedenken nicht. Hitler ist damals vor das Volk getreten, strotzend von Überheblichkeit, mit dem Versprechen, er hätte das Zaubermittel, die Geheimwaffe und die Patentmedizin gefunden, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Und nachher erwies sich diese Patentmedizin als die traurige $\mathrm{Pa}-$ role: Kanonen statt Butter! Und die Leistungskraft der Arbeitslosen wurde für die Produktion von Rüstungen mißbraucht.

Aber eins haben wir aus dieser Zeit gelernt: Wenn brachliegende Leistungskraft in einer Volkswirtschaft vorhanden ist und wenn wir den Mut und den Verstand haben, die Mobilisierung dieser brachliegenden Leistungskraft planmäßig zu lenken - dann brauchen wir uns Arbeitslosigkeit einfach nicht mehr gefallen zu lassen. (Beifall.)

Wir haben gelernt gegenüber der Zeit von damals, und wir müssen diese Lehre beherzigen: wir müssen das, was die Nazis damals mit einer gewaltigen Arbeitsbeschaffung ins unreine gemacht haben, ins reine schreiben mit einer Arbeitsbeschaffung nicht zu zerstörerischen Zwecken, sondern zum Aufbau der produktıven Substanz des deutschen Volkes (Beifall.) Gegenüber dieser Aufgabe, Genossinnen und Genossen, ist unser geistiges Rüstzeug unendlich viel größer und stärker, als es 1932 war.

Ich gehörte damals mit Wladimir Woytinsky und Fritz Tarnow zu den Verfassern des Arbeitsbeschaffungsplanes der Gewerkschaften, des sogenannten W.T.B. (Woytinsky-Tarnow-Baade)-Planes. Ich habe eine Ahnung davon, wie bescheiden unser damaliges geistiges Rüstzeug gewesen ist. Ich habe aber auch eine Ahnung davon, wie glänzend unser geistiges Rüstzeug gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft und der Planwirtschaft, insbesondere _der planwirtschaftlichen Vollbeschäftigung, inzwischen geworden ist.

Die beiden Entwürfe, die hier dem Parteitag vorliegen - der Entwurf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, an dem hauptsächlich der Genosse Veit mitgearbeitet hat, und der Entwurf, der von unseren Hamburger Freunden gekommen ist - sind beides außerordentlich wertvolle Erkenntnisgrundlagen für jede reale planwirtschaftliche Arbeitsbeschaffung. Ich habe selber in den letzten Monaten stark an einem driften Dokument mitgearbeitet. Ich habe eine Arbeitsgemeinschaft von vier großen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten über das Thema „Vollbeschäftigung und Lebensfähigkeit" leiten können, an der 30 Nationalökonomen, nicht alles Sozialdemokraten, aber alles gutgeschulte Wissenschaftler, teilgenommen haben. Und diese Arbeit ist in den großen Grundzügen genau zu dem gleichen Ergebnis gekommen wie der Entwurf unseres Wirtschaftspolitischen Ausschusses und der Entwurf unserer Hamburger Freunde. Und dieses Ergebnis heißt:

Nur durch Mobilisierung der brachliegenden Leistungskraft, nur durch Vollbeschäftigung können wir dieses Westdeutschland einigermaßen lebensfähig machen. Bei dieser Aufgabe müssen Elemente der freien Wirtschaft mit Elementen der Ordnung sinnvoll kombiniert werden. Wir brauchen uns endgültig nicht mehr ge-
fallen zu lassen, die Vorschläge, die wir für den planmäßigen Aufbau der Wirtschaft vorbringen, als Zwangswirtschaft brandmarken zu lassen. Das hat mit Zwangswirtschaft nicht das geringste zu tun.

Wenn, wie ich eben sagte, der deutsche Export um einen Jahreswert von zehn Milliarden DM gesteigert werden muß und wenn diese zehn Milliarden DM zusätzliche Produktion nicht nur zusätzlich produziert, sondern auch verkauft werden sollen, so brauchen wir die Eigeninitiative jedes. Ingenieurs, jedes Technikers, jedes Fabrikdirektors und jedes Exportkaufmanns in Deutschland, und wir denken nicht daran, diese Eigeninitiative zu beseitigen. Aber wenn diese Eigeninitiative sich sinnvoll zum Nutzen des Volkes entfalten soll, so muß sie hineingestellt werden in einen großen Rahmen der Wirtschaftsplanung und der Wirtschaftslenkung. Dei einzelne Kaufmann ist ja doch nur ein hilfloser Kompanieführer in dieser großen Mobilisierungsaufgabe, vor der wir stehen. Der Generalstab für die Uberwindung der Arbeitslosigkeit, der Generalstab für die Herstellung der Lebensfähigkeit des verstümmelten Deutschlands muß in der Zentrale sitzen, und er kann nicht ein Generalstab von Kaufleuten, er muß ein Generalstab von Wirtschaftsplanern und Staatsmännern sein. (Zurufe: Sehr richtig! Bravo!)

Damit, Genossinnen und Genossen, eröffnet sich ein Ausblick - erlauben Sie mir, darüber noch eine Minute zu sprechen - auf eine ganz große Perspektive. Wir müssen gleichzeitig Vollbeschäftigung und Lebensfähigkeit für Deutschland schaffen. Wir müssen gleichzeitig aber noch ein großes Stück der Aufgabe bewältigen, die die Aufgabe unseres Jahrhunderts und unserer Generation und der nächsten Generation ist, nämlich in unserer Wirtschaft Freiheit und Ordnung zum richtigen Zusammenklang zu bringen. Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren, und daß man mit einem totalitären System Vierjahrespläne und Fünfjahrespläne durchführen kann, wissen wir nun alle. Aber das ist nicht die Aufgabe, vor der unsere Generation und die nächste Generation steht.

Die Aufgabe ist, Freiheit und Ordnung zum Zusammenklang zu bringen. Und wenn die Leute uns fragen, ob wir ein Wundermittel haben, mit den brennenden Nöten der Zeit fertig zu werden und dabei noch diese Aufgabe zu lösen, so können wir mit gutem Gewissen sagen: wir haben dieses Mittel. Und wenn die Menschen uns fragen: wie heißt dieses Mittel? Nun, es trägt den Namen, der in aller Herzen brennt und von dem wir wollen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes sich zu ihm bekennt. Es heißt: soziale Demokratie! (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Nun hat das Wort Rudolf Wissell. (Beifall.)
Rudolf Wissell: Berlin: Genossinnen und Genossen, ich danke Ihnen für dieses Zeichen der Wiedersehensfreude, das Sie mir eben abgegeben haben.

Vielleicht ist es auch der letzte Abschied, den Sie von mir nehmen können. Wenn man schon im zweiten Jahr des neunten Jahrzehntes steht, muß man schon damit rechnen, daß die Zukunft schnell den nimmt, der heute noch lebt. Genossen, gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg: wenn ich zu den Parteitagen gehe, handelt es sich ja immer um Städte, die ich genau kenne, und dann frage ich mich immer, wie viele der alten Genossen findest du noch. Dann finde ich die alten Straßen noch, die alten Häuser, die alten Freunde, doch - die sind zum größten Teil nicht mehr. Also mit solchen Gefühlen gehe ich zum Parteitag.

Aber ich will das Sentimentale beiseitelassen. Ich habe hier schon einmal - es sind jetzt über 30 Jahre her - in diesem Saale über dieselbe Frage gesprochen, die ich auch heute wieder erörtern will, über die Wirtschaftspolitik. Vielleicht ist unter Ihnen noch einer der alten Hamburger, die damals im Februar 1920 mich gehört haben, als ich damals über die Planwirtschaft sprach. (Zustimmung.) Damals habe ich hier in Hamburg wie überall in den anderen Städten, wo ich gesprochen habe, für diesen von mir vertretenen Gedanken Zustimmung, restlose Zustimmung gefunden, und ich habe für ihn gekämpft, bis dann schließlich in Kassel -- ich kann es Euch wohl sagen - die Parteibürokratie fertig brachte, daß keiner, der meinen Standpunkt einnahm, mehr zu Worte kam. (Hört! Hört!)

Genossen, ich habe eine Kritik zu üben nicht an dem, was der Genosse Veit gesagt hat. Inhaltlich kann man ihm vollständig zustimmen bis vielleicht auf einzelne Sätze. Er sagte, auf den alten Gleisen dürfen wir nicht weiterfahren lassen und er meinte dann, eine Formulierung des Alten sei Rückschritt. Ich weiß nicht, ob ich ihn genau verstanden habe. Ich saß im Schatten seiner Rede und habe nicht alles so deutlich gehört. Ich bin gerade der Meinung, die Formulierung dessen, was uns not tut und mit dem wir Eindruck erwirken auch bei unseren Anhängern und bei anderen, eine klare, deutliche Formulierung einer Wirtschaftspolitik tut not. Genossen, hier ist gestern und heute von Sozialisierung der Schlüsselindustrien gesprochen worden. Die Gewerkschaften wollen die Grundindustrien sozialisieren.

Alles schön und gut; aber was soll dann geschehen mit den Zweigen der Wirtschaft, in denen eine Sozialisierung noch nicht möglich ist? Sollen denn in diesen Zweigen etwa Erwerbstrieb, Gewinnstreben auf Kosten der anderen weitergehen, so wie es bisher gewesen ist?. Es muß der Wille zur Gemeinwirtschaft klar zum Ausdruck gebracht werden in diesem Programm. Auch der Genosse Veit hat von Gemeinwirtschaft gesprochen und meine anderen beiden Vorredner auch. Genossen, die Wirtschaftserkenntnis ist in unserer Partei heute zweifellos viel größer. Drei Professoren vor mir und ein Doktor haben ja schon gesprochen und ich weiß nicht, wie viele noch folgen werden. Ohne Zweifel beherrschen sie die Theorie dert Nationalökonomie viel viel besser, als ich und die Mehrzahl von Ihnen sie etwa beherrschen. Aber, Genossen, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese guten, lieben, vielfach neu zu uns gekommenen Parteigenossen die praktische, das Gemüt und die Einsicht der Arbeiter ansprechende Wirtschaftspolitik doch manchmal etwas zurücktreten lassen hinter ihrer rein theoretischen Nationalökonomie. (Sehr gut, Beifall.)

Genossen, ich bin überzeugt, wir können heute die Wirtschaft in ihren wesentlichen Zweigen zusammenschließen, um in "ihr Gemeinschaft zu treiben, auch da, wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist. Nehmen wir an, wir bekommen einen Bundeswirtschaftsrat; die Vorredner sind schon darauf eingegangen. Er soll Richtlinien, Ratschläge geben. Ohne sein Zutun soll nichts geschehen. Ja, werden diese Richtlinien denn nun auch von den nicht unter einer gemeinwirtschaftlichen Bindung Stehenden immer befolgt? Die: Gewerkschaften wollen das Mitbestimmungsrecht. Gut. Aber Mitbestimmung im einzelnen Betrieb erstreckt sich doch nur auf die betriebsmäßigen Erfordernisse des einzelnen Betriebes, nicht darauf, ob in diesem Bétrieb nun auch wirklich gemeinwirtschaftliche Arbeit geleistet wird, eine Arbeit, die den Interessen der Gesamtheit und nicht nur dem einzeInen Betrieb dient. Sie können aber in einer gemeinwirtschaftlich zusammengeschlossenen Wirtschaft gemeinsam mit den Unternehmern sehr wohl auch Einfluß in diesen Zweigen haben.

Genossen, es ist hier viel von Investitionen gesprochen worden. Wie werden denn die Investitionen schließlich verteilt? Von oben auf die wichtigsten Wirtschaftszweige? Gut, alles gut. Und wie verteilen sie sich im unteren Sektor? Wahrscheinlich in dem Sektor so und in dem Sektor so und in dem anderen noch anders, und das Ergebnis wird zweifellos so sein, daß die Fehlinvestitionen genau so zu verzeicinen sein werden, wie sie heute bei der Regelung, wie wir sie in Bonn haben, auch geschehen.
. . . war das schon das Schlußzeichen? (Vorsitzender: nein!) Ich halte mich persönlich an die 10 Minuten, was die Vorredner nicht getan haben. Ich habe soviel Parteidisziplin. (Beifall.) Also, die Fehlinvestition hat sehr häufg die Folge, daß durch die größere Kapazität der einzelnen Betriebe hinterher Arbeiter entlassen werden. Aber diese Arbeiter müssen von dem Sozialprodukt, an dem sie haben nicht mitarbeiten können, auch wieder ernährt werden. Dann entsteht der Zustand, von dem Genosse Preller gesagt, hat, daß heute schon jeder Familienvater einen Rentenempfänger zu ernähren hat.

Die Gemeinwirtschaft soll keine Zwangswirtschaft sein. Sie soll Selbstverwaltung der Wirtschaft sein, die wir nur erreichen können, wenn gesetzlich die ge-
meinwirtschaftliche Produktion festgestellt ist. Ehe wir nicht zu einem solchen Programm kommen, können wir auch das unseren Leuten im Lande nicht klar machen, was schließlich das Endziel ist. Ich meine nicht das Endziel, von dem Genosse Ignatz Auer vor 51 Jahren sagte: Wir sollten nicht marschieren mit dem an der roten Fahne baumelnden Endziel. Aber wie ist das Endziel formuliert? Fragen Sie die Durchschnittsarbeiter, ob sie Sie verstehen. Sie verstehen Sie nicht. Wir müssen bessere und klarere Formulierungen finden. Wir müssen'vor allem dazu kommen, ein Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten, das wirklich als gemeinwirtschaftliche Grundlage für die ganze deutsche Wirtschaft gelten müßte. Auf dem Parteitag in Düsseldorf ist der Partei die Aufgabe gestellt worden, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen und zu veröffentlichen. Es ist in diesen anderthalb Jahren noch nicht möglich gewesen. Ich glaube, es ist dringend nötig, daß wir es bald bekommen für eine Wirtschaftsführung, die unter der Selbstverwaltung von Unternehmern und Arbeitern steht. Dazu werden wir auch die Kräfte in unserem Vaterlande finden. Nach der alttestamentarischen Sage hătte ja der Herrgott Sodom und Gomorrha nicht vernichtet; wenn er 50 Gerechte gefunden hätte. Aber er ging hinunter und war mit fünf zufrieden, wenn nur diese dagewesen wären. Wenn wir in unserer Wirtschaft die Leute, die diese gemeinwirtschaftliche Arbeit wollen und diesen Geist nicht finden, dann wird es uns ergehen wie Sodom und Gomorrha. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat jetzt Klabunde, Hamburg. Dann folgt Kleemann, Bremen.

Erich Klabunde, Hamburg: Nachdem der Genosse Veit die Arbeit des Unterausschusses für sein Programm so freundlich erwähnt hat, eines Unterausschusses, dem ich die Ehre hatte vorzustehen, glaube ich, auch einige wichtige Hinweise darauf geben zu sollen, wie dieses Programm, bevor wir es der Partei vorgelegt haben, schon nach außen gewirkt hat.

Ich glaube, viele haben übersehen oder jedenfalls noch nicht wahrgenommen, daß eine wirtschaftspolitische Zeitschrift, wie "Der deutsche Volkswirt", in diesem Programm tatsächlich politisches Sprengpulver in konzentriertester Form begriffen hat. Denn .„Der deutsche Volkswirt" hat die Gefahr einer echten Vollbeschäftigungspropaganda, die genügend fundiert ist, in einem Leitartikel herausgestellt.

Und ich glaube, aus dieser ersten frühen Reaktion von bürgerlicher Seite sollte man folgern, daß. es notwendig ist, diese Vollbeschäftigungspropaganda an den Anfang zu stellen.

Was heute als notwendig empfunden wird, ist nicht so sehr - so sehr wir alle seine Bedeutung anerkennen - die Frage des gesamten wirtschaftspolitischen Problems, sondern was als dringend empfunden wird und was von der bürgerlichen Seite als gefährlich empfunden wird, ist die Vollbeschäftigungspropaganda, die von uns zu kommen droht, wenn wir tatsächlich von dem Willen erfüllt wären, dieses Wort in den Vordergrund zu stellen.

Denn wir wissen, daß die Vollbeschäftigung bei zwei Millionen Arbeitslosen, bei weiteren Millionen, die von der Arbeitslosigkeit bedroht sind, eine stärkere Wirkung, einen unmittelbaren Appell an ihre eigene Situation bedeutet, als wenn wir nur allgemein von einem Vollbeschäftigungsprogramm sprechen.

Und deshalb erscheint es mir notwendig, daß wir diese Seite betonen - nicht etwa, daß ich dem verehrten Genossen Dr. Wissell widersprechen möchte, man soll ja auch diese Seite erwähnen. (Heiterkeit und Beifall des Hauses.)

Ich möchte sagen, wir haben aus der Gesamtheit unserer politischen Argumente dasjenige in den Vordergrund zu stellen, das heute die stärkste Wichtigkeit hat, und bei dem wir von dem Willen beseelt sind, unter allen Umständen und mit ganzer Kraft für die Realisierung zu sorgen.

Und das ist insbesondere wichtig, nachdem die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, ihre Arbeitsbeschaffungspolitik, nicht nur zahlenmäßig gescheitert ist,
sondern die Argumentation der Bundesregierung gezeigt hat, daß sie selbst nicht in der Lage ist, die Probleme auch nur geistig richtig zu sehen.

Erinnern Sie sich an den Bundesarbeitsminister Storch, der. erklärt hat, demnächst würde die Arbeitslosigkeit auf 800000 gesunken sein. (Zwischenruf: Hört! Hört! usw.)

Wenn er dies öffentlich erklärte, wie auch ein Zwischenruf sagte, so spricht das nicht für'seine wirtschaftspolitische Kenntnis.

Ich möchte weiter betonen, daß die Regierung den großen Fehler gemacht hat, das Problem nicht im Augenblick ihres Entstehens zu erkennen. Und wir dürfen ebenso sagen, daß die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen zwei Jahre hinter sich gelassen haben.

Das Problem der Schaffung neuer Arbeitsplätze - das ist mit Nachdruck und mit großer Wichtigkeit betont worden - lag ja im Augenblick der Währungsreform auf der Hand.

Was ist in den zwei Jahren geschehen? Nichts! Dieses Versäumnis kann nicht von einem Tag zum anderen, von einer Woche zur anderen, nachgeholt werden, das ist versäumte Zeit auf Kosten des deutschen Volkes.

Und wir müssen dies herausstellen, daß -. hätte man das Beschäftigungsprogramm schon damals angepackt - wir weiter wären, selbst auf der Basis eines Bekenntnisses zum Liberalismus, das wir nicht beeinflußt haben, vorausgesetzt, daß die Regierenden damals die Situation erkannt hätten.

Sie werden sagen, daß sie erst seit dem 1. September 1949 bestehen. Genossen, das stimmt ja nicht. Dieselben Machthaber waren am Tage der Währungsreform an der Macht und existieren seitdem ununterbrochen und haben seitdem ununterbrochen die Möglichkeit gehabt, zu handeln, und haben absichtlich nicht handeln wollen, weil sie in dem naiven Glauben, es ginge ohne Handeln und die Dinge würden sich von selbst einfädeln, die größte wirtschaftspolitische Katastrophe erlebt hatten.

Es gibt kluge Leute, die schreiben, man braucht keine Vollbeschäftigung. Wir sollten die höchste Beschäftigung mit der höchsten Leistung haben.

Nun, Genossinnen und Genossen! Das ist ein Spiel mit Worten, denn niemand von uns will ja die Arbeitslosen damit beschäftigen, daß sie Löcher graben, sondern jeder von uns will die Arbeitslosen mit produktivster Arbeit beschäftigen, jeder will die höchste Leistung der deutschen Wirtschaft.

Aber das geht nicht ohne die Vollbeschäftigung.
Selbst wenn die Vollbeschäftigung schon voll erfolgen würde, würde es, das ist in dieser Debatte klar geworden, sicher etwa drei Jahre dauern, ehe die Arbeitslosen, wenigstens die vorletzten Arbeitslosen, von der Straße verschwunden wären. Und gerade diese große Schwierigkeit zeigt auch die Notwendigkeit eines unerhört harten Einsatzes.

Es kommt gar nicht-darauf an, daß jetzt 300000 Arbeitslose fort sind - es kommt darauf an, daß wir einen Plan aufstellen, der im Zeitraum von etwa drei Jahren die Möglichkeit erfaßt, neben der einen Million, die man vielleicht auf vorhandenen Arbeitsplätzen unterbringen kann, zwei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, damit die neuen Arbeitsplätze mit den vorhandenen Arbeitslosen und mit den Arbeitslosen, die im nächsten Jahr wieder hinzukommen, besetzt werden können.

Das muß aber jeder unserer Funktionäre draußen sagen können, damit schließlich auch nicht nur unsere Mitglieder, nicht nur die Mitglieder der Gewerkschaften diese Notwendigkeit voll begriffen haben, sondern das gesamte deutsche Volk.

Wir müssen auch darüber sprechen, daß eine Lösung des Flüchtlingsproblems zu differenziert im einzelnen ist, und das ist in der Debatte schon erwähnt worden, - eine Lösung des Flüchtlingsproblems ist nur im Rahmen der Vollbeschäftigung möglich. Wir können nicht das Flüchtlingsproblem bei einer gleichbleibenden Zahl von Arbeitslosen lösen. Das muß doch jeder einsehen - eine Wahrheit, die so einfach ist, daß sie mit Nachdruck ausgesprochen gehört. Und wir wollen auch noch
etwas anderes sagen, nachdem die Bundesregierung jetzt die Länder beschuldigt hat, sie würden ihr - der Bundesregierung - Programm nicht durchführen.

Genossinnen und Genossen! Die Arbeitslosigkeit wäre um mehrere Hunderttausende größer, wenn die Länder nicht in größter Anstrengung, unter unerhörten Vorgriffen auf die künftige Entwicklung der Finanzen, der Bundesregierung geholfen hätten (Zuruf: Sehr richtig!) -, und zwar gerade auch die sozialdemokratisch geleiteten Länder. (Beifall.)

Genossen, man muß ja sagen, daß Adenauer nur mit 1,7 Millionen offiziellen Arbeitslosen existiert.

Das bedeutet, daß er auf den Krücken der sozialdemokratischen Länderpolitik existiert, und daß er ohne diese Krücken eine Arbeitslosigkeit von weit mehr als zwei Millionen hätte! (Zuruf: Sehr richtig!) Jeder einzelne wird aus seinem Lande nachweisen können, was die Regierung dafür getan hat.

Und nun noch etwas anderes: Wir dürfen uns allerdings keinem verkehrten und statistischen Optimismus hingeben, wie es die Bundesregierung getan hat.

Denken Sie bitte daran, daß dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm eine Summe von 3,4 Milliarden Mark erfordern soll. Davon waren die ersten zwei Milliarden, die angeblich dem Wohnungsbau dienen sollten, nur dafür vorhanden, daß sie die Beschäftigung auf dem alten Stand halten. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm bedeutet aber, daß über den vorhandenen Beschäftigungsstand hinaus Arbeitsplätze besetzt werden.

Das hat ja die Regierung nicht kalkuliert. Sie hat für den Wohnungsbau gegenüber dem Vorjahr - ich nenne das eine Beispiel nur - zusätzlich 500 bis 700 Millionen zur Verfügung, nicht einen Pfennig mehr. Und die ganze Summe von 3,4 Milliarden reduziert sich auf gut eine Milliarde. Davon sind die Mittel nicht einmal, wie Schiller ausgeführt hat, bisher verwandt worden.

Die Kenner der internen Vorgänge, auch im Regierungsiager, wissen, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm gescheitert ist.

Und was ist geschehen? Die Regierung hat auch hier nicht die Initiative ergriffen. Die Regierung hat, als bekannt wurde, daß ein sozialdemokratisches Programm in Erscheinung begriffen war, acht Tage später ausgeführt, sie werde ein zweites Arbeitsbeschaffungsprogramm bringen. Wir haben allen Anlaß, die Frage zu stellen: Wäre diese Nachricht damals herausgekommen, wenn das sozialdemokratische Programm nicht aufgestellt worden wäre? Nun, ich glaube, es wird wenige geben, die die Frage bejahen, vor allem wenige in diesem Hause, aber auch sehr wenige außerhalb dieses Hauses.

Wir brauchen ein wirtschaftspolitisches Programm. Darin hat Wissell recht. Wir brauchen auch eine Aufklärung der Bevölkerung. Aber die Aufklärung der Bevölkerung - da möchte ich ihm widersprechen - kann nicht darin bestehen, daB wir die wirtschaftlich tatsächlich schwierigen Tatbestände so darstellen, daß uns die Einfachheit unserer Darstellung als wissenschaftlich unvollständig nachgewiesen werden kann. Insofern möchte ich nämlich als einer, der weder Professor noch Doktor ist, betonen: ich bin den Professoren in der Partei sehr dankbar, daß sie uns das Material geliefert haben in dieser Kommission, mit dem wir ein Programm aufstellen konnten, das jeder fachliche Kritiker akzeptieren muß.

Was wir brauchen, ist ein Erläuterungswerk für dieses Programm, das jede Frage so beantwortet, daß der Arbeiter es auch versteht. Aber, Genossinnen und Genossen, die ersten großen sozialistischen Publikationen, vom kommunistischen Manifest bis hin zum „Kapital", waren auch nicht auf das erste Mal hin von der Bevölkerung voll zu verstehen, und die Arbeiterschaft hat hart gerungen, sie zu verstehen. Wollen wir der Arbeiterschaft heute weniger zumuten als damals?

Wir sollten an sie appellieren, mit aller Schärfe und Kraft des Geistes dafür. einzutreten, daß diese Kenntnisse und Erkenntnisse Allgemeingut werden, damit sie wirklich vertreten werden können. (Großer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Als nächster hat das Wort der Genosse Wilhelm Kleemann, Bremen. Thm folgt der Genosse Johann Maag, Würzburg.

Wilhelm Kleemann, Bremen: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Euch den Inhalt eines Bremer Antrages dringlichst ans Herz legen: Aufhebung der Beschränkungen für die deutsche Schiffbauindustrie. Die Unterlagen für diesen Antrag kennt Ihr, ich brauche deshalb, auf Einzelheiten nicht einzugehen.

Das Petersberger Abkommen, das ja angeblich einer der größten Erfolge Adenauers sein soll, hat der deutschen Schiffbauindustrie gefährliche Bindungen auferlegt. Man könnte noch dafür Verständnis haben, wenn diese Beschränkungen lediglich für den ureigensten deutschen Schiffsbau gelten sollten, wenn man die Hintergründe dafür kennt. Aber auch hier zeigt sich schon ein sehr scharfer Kontrast zwischen Theorie und Praxis.

Wir lesen von der freundlichen Atmosphäre in London, wir lesen die freundlichen Reden, die im Auslande an reisende Ministerpräsidenten und Minister gehalten werden. Aber die Taten, beziehungsweise Nicht-Taten in der Heimat sehen doch ganz wesentlich anders aus.

Es ist so, daß es uns Deutschen beinahe zur zweiten Natur geworden ist, immer in Hoffnung zu leben, und, Genossinnen und Genossen, ein solcher Zustand muß ja auch einmal vorübergehen. Wofür ich nicht das leiseste Verständnis aufbringen kann, ist, daß diese Beschränkungen auch für den sogenannten Schiffsexport, das heißt für die Schiffe, die auf deutschen Werften für das Ausland gebaut werden, gelten soll, - angeblich auch aus Gründen der Sicherheit, weil es Deutschland leicht. wäre, die von ihm für das Ausland gebauten Schiffe zurückzuholen und später doch für etwaige kriegerische Interessen auszuwerten.

Genossinnen und Genossen! Es ist eine ganz feststehende Tatsache, und es ist eine alliierte Feststellung, daß uns durch die Beschränkungen, die dem deutschen Schiffbau auferlegt worden sind, Auslandsaufträge im Werte von 40 Millionen Dollar verloren gegangen sind. Was hätten wir für diese Summe an Verbrauchsgütern aus den Dollar-Ländern beziehen können, und wie hätten wir mit diesen Mitteln die deutsche Produktion ankurbeln können, um auf einem durchaus praktischen Wege zur Vollbeschäftigung Tausende und aber Tausende auf ihren Arbeitsplatz zurückzuführen! Hamburg und Bremen sind die Zentren der deutschen Schiffbauindustrie für die deutsche Bundesrepublik.

Aber dieser Antrag betrifft nicht nur die hamburgischen und bremischen Interessen, sondern liegt auch durchaus im Interesse der gesamten Wirtschaft.

Wenn ich zwei Bremer Beispiele kurz anführen darf, so will ich Ihnen mitteilen, daß die Kapazität der bremischen Werftindustrie kaum zu 50 Prozent ausgenutzt ist. Bestände durch Aufhebung dieser Beschränkungen die Möglichkeit, diese Kapazität auszunutzen, so hätten nicht nur die Werften den unmittelbaren Vorteil davon, sondern auch die gewaltigen Zubringerbetriebe in den Hafenstädten und im ganzen Gebiet der Bundesrepublik würden einen gewaltigen Aufschwung nehmen, und wir könnten auf diesem praktischen Wege wieder Tausende und aber Tausende von Arbeitsplätzen beschaffen.

Im Jahre 1928 waren z. B. in der bremischen Schiffbauindustrie 20000 Menschen beschäftigt. Ich will gar nicht von dem Jahre 1939 reden, da waren es 26500 . Aber es wird Sie immerhin interessieren, daß diese Zahl von 20000 heute im Jahre 1950 auf 9000 herabgegangen ist, ohne die Aktiengesellschaft "Weser", eine der größten Werften an der Unterweser, die in den Jahren durchschnittlich immer 5000 bis 6000 Menschen beschäftigte und heute nicht einmal 2000 Arbeiter zählt.

Genossinnen und Genossen! Ich weiß sehr wohl, Ministerpräsidenten, Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen befassen sich schon mit dieser eminent wichtigen Frage. Erfreulich, wenn sie es mit der nötigen Energie tun, erfreulich, wenn sie es mit den nötigen Erfolgen tun, ich muß allerdings sagen, daß selbst in den Zeitungen großaufgemachte Interviews uns nicht zum praktischen Ziele über diese theoretischen Forderungen führen. Mir liegt daran, Genossinnen und Ge-
nossen, auch auf diesem Parteitag der SPD festzustellen, daß sich unsere Partei des Heeres der erwerbslosen Werftarbeiter annimmt. Es besteht da eine außerordentlich große Gefahr, nämlich, daß uns durch Abwanderung so notwendige Fachkräfte verloren gehen, die, wenn es nachher endlich so weit ist, nicht mehr da sind. Mir liegt auch daran, auf diesem Parteitag festzustellen, daß unsere Partei mit allen Mitteln unmittelbar und mittelbar gewillt ist; diese tödlichen, unsinnigen Bindungen, die der deutschen Werftindustrie auferlegt worden sind, zu beseitigen, und ich bitte Euch, diese Feststellungen zu treffen durch einmütige Annahme des Bremer Antrages. (Beifall:)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Maag, Würzburg. Johann Maag, Würzburg: Zwei Dinge waren es am 14. August, die uns besonders in Bayern schwer zu schaffen machten, und zwar einmal die konfessionelle Frage und zweitens die Wirtschaftsfrage. Ich kann feststellen. daß wir oft im Wahlkampf erlebten, daß jeder von unseren Referenten seine eigene Sozialisierung machte, und daß hier die große gemeinsame Linie fehlte. Auch heute - ich gebe $z u$, daß einem Parteitag ein wirtschaftliches Programm vorgelegt werden muß, das ist richtig -, müssen wir gerade aus den Betrieben die konkreten Forderungen herausstellen, und zwar, wie unser Genosse aus Bayern sagte, wenn es uns nicht gelingt, in der Frage der Mitbestimmung betrieblich und überbetrieblich, in der Frage eines vernünftigen Betriebsrätegesetzes die Stellung der Arbeiter in den Betrieben zu schaffen, die notwendig ist, um diese geplanten Ziele zu erreichen, und vor allem auch in den Betrieben durch die Gewerkschaften und durch die Partei die Arbeiter heranzubilden, die in der Lage sind, damit etwas anzufangen, dann können wir noch sehr viele Parteitage erleben, wo wir sehr viel schöne geistige Programme zur Sozialisierung hören, aber keinen Schritt weiterkommen. Das ist meiner Meinung nach das erste Ziel.

Ich will noch kurz den heutigen Parteitag dazu benutzen, wie es die Kürze der Zeit erfordert, auf ein Problem hinzuweisen: Vollbeschäftigung. Dabei glaube ich auch ein Gebiet nennen zu müssen, das heute wenig gestreift ist, das Gebiet der Landwirtschaft. Ich glaube, wir legen zu wenig Wert darauf, und ich weiß, daß meine eigenen Genossen aus der Fraktion in Bayern mir immer wieder sagen: Was willst du mit deiner Landwirtschaftspolitik? Du gewinnst letzten Endes keinen Bauern damit. Genossen, das ist ein falsche Problemstellung. Es kommt nicht darauf an, daß wir eine Stimme mehr oder weniger gewinnen, sondern uns darüber klar werden, wie wir die deutsche Volkswirtschaft gestalten wollen, und hier ist die deutsche Landwirtschaft ein wichtiges Glied.

Wir sind uns darüber klar, ich weiß, daß uns oft gesagt wird, für diese Bauern, die uns vor dem 20. Juni so im Stich gelassen haben, haben wir nicht so viel übrig. Wir wissen aber, daß das Problem angegriffen werden muß aus drei Hauptpunkten heraus. Einmal ist der Bauer immerhin mit 25- bis 30prozentigem Anteil im Volk ein äußerst wichtiger Konsument. Wir haben in Bayern eine Statistik errechnet; wonach 580 DM pro Hektar ausgegeben werden, und es ist nicht ganz gleich, ob wir sie vermehren können oder vermindern. Zweitens, das Los von Hunderttausenden Landarbeitern hängt von der Entwicklung in der Landwirtschaft ab, und das kann uns ebenfalls nicht gleichgültig sein. Die Landflucht, die viel beklagt wird, kann man nicht durch Gesetz regeln, sondern kann sie nur ändern durch vernünftige Landwirtschaftspolitik, die ja in unserem Programm zum Teil angezeigt ist. Die dritte Frage ist das Problem der Ernährung. Ich habe einmal im bayrischen Landtag gesagt: „Mir kommt es vor bei der Ernährung wie einem Vogel, der in seinem Käfig sitzt und jeden Tag ernährt wird, aber mit Angst darauf wartet, bis der Tag kommt, wo Frauchen nicht mehr kommt und ihm Nahrung gibt. Und dieser Tag kommt 1952, wenn die Marshall-Hilfe aufhört, Wir haben als Sozialisten ein Interesse daran, wie das Volk dann ernährt werden soll. Wir haben ein Interesse daran, Ackerbau und Viehzucht vorwärtszutreiben. Kein Stand ist unzufriedener in Deutschland über die sogenannte Erhardsche Liberalisierungspolitik als der.
deutsche Bauernstand, denn er hat die Liberalisierung am schlimmsten büßen müssen. Es ist unsere Aufgabe, den Klein- und Mittelbauern das klarzumachen. Es war erstaunlich, daß unsere Fraktion in Schweden erklärte, wir sind im schwedischen Kleinstaat die zweitstärkste Bauernvertretungspartei. Das war für mich ein Beweis, was für uns noch zu tun ist. Ich weiß, daß bei uns die Dinge nicht so liegen wie in Schweden, wo keine Konfessionsstreitigkeiten sind, wo dunkle Mächte nicht versuchen, eine Mauer zwischen Arbeitern und Bauern zu errichten. Ich fürchte nur, daß manchmal Genossinnen und Genossen von uns einen kleinen Baustein zu dieser Mauer zwischen Bauern und Arbeiter beitragen, und meine Meinung ist, reißen wir diese Mauer nieder, denn ohne vollbeschäftigte und kaufkräftige Arbeiterschaft gibt es in Deutschland keine gesunde Landwirtschaft, aber auch ohne leistungsfähige und kaufkräftige Landwirtschaft keine vollbeschäftigte und gesunde Arbeiterschaft. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmañn: Es spricht die Genossin Selbert, Kassel.
Elisabeth Selbert, Kassel: Genossinnen und Genossen! So sehr es mich auch reizen würde, zu der Frage des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter zu sprechen, nachdem wir in Hessen das Betriebsrätegesetz mit diesem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht bereits geschaffen haben, so muß ich mich doch leider bescheiden.

Ich spreche zu dem Antrag Nr. 58, zu einem Thema, das mir gerade bei der Dis.kussion, die heute in der Weltöffentlichkeit darüber erfolgt, ebenso wichtig er* scheint. Dazu eine Feststellung: Seit dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes hat die Diskussion um den Gleichheitsartikel in der Frage der Rechtsstellung der Frau mehr und mehr gezeigt, wo die ehrlichen Verfechter der Frauenrechte sitzen, und ganz eklatant hat sich ergeben, daß die bürgerlichen Parteien mit ihrer Fabu-. liererei über organische und mechanische Gleichberechtigung ausweichen und im Ernst gar nicht daran denken, die versprochene Gleichstellung der Frau in der Gesetzgebung zu verwirklichen. Man geht sogar so weit, von einem Verstoß gegen die göttliche Regelung zu sprechen. Es ist wieder einmal das große Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, die Durchsetzung des Artikels 3 in Angriff genommen zu haben. Adenauer denkt nicht daran und hätte nicht daran gedacht, die GesetzesInitiative $z u$ ergreifen, wie es erforderlich wäre, und wie sie ihm obliegt, um die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze, vor allem auch des Bürgerlichen Gesetzbuches, zum Artikel 3 des Grundgesetzes herzustellen.

Wir haben auch bei der Diskussion über das Beamtengesetz das wahre Gesicht der Regierung und der bürgerlichen Vertreter gesehen, auch ihrer weiblichen Ab geordneten. Die Aktivität zur Durchführung des Artikels 3 des Grundgesetzes liegt ausschließlich bei der Sozialdemokratie. Ich will Ihnen bei dieser Gelegenheit eine interessante Beobachtung nicht vorenthalten, die mir gerade in den letzten Tagen immer wieder aufstößt. Wissenschaft und Publizistik wetteifern in Veröffentlichungen über die Durchführung des Artikels 3 im Sinne der Reform des Famjlienrechtes. Mir ist zwar die hohe juristische Kunst der Subsumtion von Tatbeständen und der Auslegung von Paragraphen bestens geläufig, aber ich hätte es in Bonn vor einem Jahr nicht für möglich gehalten, was die Wissenschaft alles in den Artikel 3 hineingeheimnissen und, um zu Antithesen zu kommen, auch herauszaubern kann. Ich habe gestern beispielsweise wieder zwei Veröffentlichungen von Universitätsprofessoren bekommen, von denen es eine fertigbringt, aus Artikel 3 sogar das patriarchalische Prinzip zu rechtfertigen.

Der Streit der Gelehrten geht unter anderem auch um die Frage der normativen Wirkung des Artikels 3, über den es m. E. gar nichts zu streiten gibt. Da nach Artikel 1 des Grundgesetzes die Grundrechte im Gegensatz mehr nur zur Weimarer Verfassung nicht Programm und Deklamation sind, sondern seit dem 24. Mai 1949, dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes unmittelbar geltendes Recht, müssen sie also bei jedem neuen Gesetz angewandt werden. Alte Gesetze müssen dem Artikel 3 angepaßt werden. Das gilt auch für den Rechtssatz: Gleicher Lohn bei
gleicher Arbeit. Dieser Satz ist zwar nicht ausdrücklich im Grundgesetz vermerkt. Er ist aber seinerzeit auf meine Anregung hin ausdrücklich zu Protokoll genommen worden, daß den Gleichheitssatz des Artikels 3: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt", auch diesen Satz: "Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit", mit umfaßt. Der Satz hat also gleichfalls normative Wirkung. Die Frage der Gleichstellung der erwerbstätigen Frau bewegt z. Z. die Weltöffentlichkeit. Wie aktuell sie ist, beweist allein die Tatsache, daß sich laut Pressemeldungen das internationale Arbeitsamt in Genf am 9. Juni in einer internationalen Tagung mit diesem Problem befaßt.

Im Rahmen der Erörterungen interessiert ferner, daß jetzt, nachdem die Diskussion ausgelöst ist, seit einigen Wochen die gesamten Unternehmerverbände auf: den Plan treten und mit allen Mitteln versuchen, die Angleichung der Frauenlöhne zu vereiteln. Sie behaupten kühn, das sei eine fälschliche Auslegung des Bonner Grundgesetzes. Der Artikel 3 wolle nicht, daß die Gleichberechtigung der Frau direkte Auswirkungen auch auf Tarifordnungen und Tarifverträge haben. Dieser Artikel 3 bindet nach Ansicht der Arbeitgeber lediglich den Staat, Männer und Frauen in der Gesetzgebung gleich zu behandeln. Auf privatrechtliche Beziehungen der Staatsbürger untereinander fände er keine Anwendung. Woher diese Kunde, ist die Frage? Und was hätte denn die ausdrückliche Protokollierung des Rechtssatzes: „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit" wohl überhaupt für einen Sinn gehabt? Dieser Rechtssatz sollte unter die Terminologie des Artikels 3 fallen, das war die Absicht des Gesetzgebers.

Interessant ist dann die andere Diskussion, die gleichzeitig mit ausgelöst worden ist: Daß es nicht möglich sei, diese Forderung in der Praxis zu verwirklichen. Man behauptet, daß bei einer Angleichung der Frauenlöhne nicht nur die Arbeitsbedingungen verschlechtert würden - zum Beispiel beim Haushaltstag -, sondern daß sich auch erhebliche Verschlechterungen in der Kostenstruktur der deutschen Wirtschaft ergeben würden. Man spricht sogar von der Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Genossinnen und Genossen! Ich frage Sie: Wann haben die Unternehmer diesen Gesichtspunkt nicht geltend gemacht, wenn die Arbeiter höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen verlangt haben? (Zurufe: Sehr richtig. Beifall.)

Sie alle als alte Gewerkschaftler wissen, daß, solange es Lohnkämpfe gegeben hat und gibt, es auch Unternehmer-Syndizi gibt, die mit dem Rechenstift in der Hand jeweils den Arbeitern und den Gewerkschaften klarzumachen versuchen, daß die Konkurrenzfähigkeit des betreffenden Wirtschaftszweiges leide, ja, daß sein Ruin vor der Tür stehe, wenn man die jeweiligen Lohnforderungen erfülle. In Wirklichkeit geht es ihnen allein um den Unternehmergewinn der gefährdet sein könnte, wenn die Frau nicht mehr als Lohndrückerin ausgebeutet werden kann. (Lang anhaltender Beifall.)

Falls es im übrigen, Genossinnen und Genossen, um ein offenes Wort zu sagen, auch in unseren Reihen noch Leute geben sollte, auf die eine solche Argumentation abfärben sollte - die Fama erzählt, daB es einige gebe - dann empfehle ich Ihnen die Lektüre des vorzüglichen Artikels unseres Genossen Jupp Kappius in dem Märzheft der „Jungen Sozialisten", in dem er darauf hinweist, daß der Sozialdemokrat ja eigentlich anders denken sollte. Seine hervorragenden Ausführungen über Entlassungen von Frauen, insbesondere über das sogenannte Doppelverdienertum, sind es wirklich wert, gelesen zu werden. (Glocke des Vorsitzenden.)

Genossinnen und Genossen! Zwei Sätze noch. Das Recht auf gleichen Lohn ist ja nichts Neues und Besonderes, in der ganzen Welt kennt man es. Die Vereinten Nationen haben diese Forderung in ihrer Charta. In Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: „Jeder ohne Unterschied hat Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit." In 12 Staaten der USA gelten die equal pay laws, die Vorschriften über gleiche Bezahlung. In Zukunft darf es das auch bei uns in Deutschland nicht mehr geben, daß Frauen schlechter entlohnt werden als der männliche Arbeitskamerad. Mit Bedauern habe ich in der letzten Zeit mehr und
mehr beobachten können, daß Industriegewerkschaften anscheinend den Artikel 3 des Bonner Grundgesetzes nach der Seite hin noch gar nicht kennen (Zurufe aus dem Saal: Hört! Hört!), und zwar trotz der lohnpolitischen Richtlinien des Gewerkschaftsbundes. Genossinnen, die erwerbstätige Frau ist aus dem heutigen Wirtschaftsleben und dem der Zukunft nicht mehr hinwegzudenken. Wir brauchen auch die Mitarbeit der Frau, ihren gesunden Sinn für Reales, um uns ihre Erfahrung bei der Neuordnung der Wirtschaft zunutze zu machen.

So wie es wahre Demokratie nicht ohne Gleichberechtigung aller Staatsbürger gibt, so ist die von uns angestrebte und als notwendig anerkannte Demokratisierung der Wirtschaft nicht möglich, ohne Durchführung der Gleichberechtigung der Frau auch im Erwerbsleben. Wir brauchen das gesamte Arbeitsvolk für diese große Aufgabe und dazu gehört auch die Frau. Das sollten wir als Sozialdemokraten seit August Bebel längst erkannt haben und dessen sollten wir uns gerade in unserer Zeit bewußt sein. (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat Walter Damm, Pinneberg. Ihm folgt Gustav Klingelhö́fer, Berlin.

Walter Damm, Pinneberg: Genossinnen und Genossen! Bei der Erörterung aller Zeitprobleme ist es möglich und notwendig, das Vertriebenenproblem anzusprechen. Bei der Erörterung von Wirtschaftsproblemen ist es ebenso unbedingt notwendig, dieses Problem der Vertriebenen besonders anzusprechen. Das Vertriebenenproblem ist kein in sich abgeschlossenes Problem, und es kann auch nicht für sich allein gelöst werden. Die Bundesregierung, sagt Genosse Veit, hätte kein Wirtschaftsprogramm, und ich sage, die Bundesregierung hat auch kein Programm zur Uberwindung des Vertriebenenproblems. Ob das gewollt ist oder ob das Unfähigkeit ist - der Grund mag dahingestellt sein. Jedenfalls steht fest, daß das Instrument, das sich die Bundesregierung zur Uberwindung des Flüchtlingsproblems gebildet hat, dafür unfähig und untauglich ist.

Unterstellen wir, daß der Bundesflüchtlingsminister den besten Willen hat, so ist er doch immer nur der Flüchtling unter den Kabinettsmitgliedern, ganz gleich, ob es sich um wirtschaftliche Wiedereingliederung handelt, um den Wohnungsbau, um die Soforthilfe und um die Arbeitsbeschaffung. Er ist in jedem Falle immer nur der Bittgänger bei seinen Kollegen aus dem Bundeskabinett. Der Bundesflüchtlingsminister ist verantwortlich, er hat aber keinerlei Zuständigkeiten. Und diese Tatsache zeigt sich gerade in der Flüchtlingspolitik. Wir haben es bei der Arbeitsbeschaffung gesehen und bei der Verteilung der Wohnungsbaumittel. Bei allen Maßnahmen, die die Bundesregierung tun wollte, hatte der Bundesflüchtlingsminister wohl seine Wünsche vorgetragen, aber diese Wünsche zeitigten keine Auswirkung in den unteren Verwaltungsbezirken und in den unteren Verwaltungsstellen. Nur für eins ist er zuständig, nämlich für die Umsiedlung. Aber die ganze Zuständigkeit für diese Umsiedlung beschränkt sich darauf, daß er darüber wachen soll, daß die Rechtsverordnung durchgeführt wird.

Wenn man weiß, daß der Bundesflüchtlingsminister die Umsiedlung mit sittlicher Verpflichtung und moralischem Bewußtsein durchführen wollte, die er hofft, in den Ländern antreffen zu können, so ist daran zu sehen, mit welchen weichen und untauglichen Mitteln die Umsiedlung durchgeführt wird und werden sollte. Es ehrt den Herrn Bundesmitgliedsminister, daß er mit solchen Mitteln arbeiten will. Aber diese Werte stehen bei unserer Bundesregierung nicht sehr hoch im Kurs. Deswegen hat er auch keine Erfolge bei der Durchführung der.Rechtsverordnung, die auf Druck der Bundesratsmitglieder und des Bundestages nun erlassen worden ist.

Die Umsiedlung ist nicht das Ziel einer Flüchtlingspolitik, sondern sie ist nur eine technische Voraussetzung zur 'Seßhaftmachung der Flüchtlinge. Wir haben im Süden Deutschlands genügend Wohnungen und wenig Arbeitsplätze. Wir haben im Westen genügend Arbeitsplätze und wenig Wohnungen, und wir haben im Norden Deutschlands weder Arbeitsplätze noch Wohnungen, dafür aber eine ungeheure Anzahl von : notleidenden Menschen, die hier zusammengepfercht sind. Alle Maß-
nahmen, die bisher von den Ländern durchgeführt worden sind, haben nichts: genützt; weil es keine gemeinsamen Handlungen auf den Gebieten des Flüchtlingswesens gibt. Ein Land versucht es mit den Mitteln der Wohlfahrt, ein anderes Land versucht es mit dem Instrument des Innen- oder des Arbeitsministeriums.

Jedenfalls wird in jedem Land eine andere Flüchtlingspolitik gemacht, nur nicht die, die zum Erfolge führen kann. Die wirtschaftliche Eingliederung hat bisher: keine großen Erfolge gezeigt. Ein Fünftel der Bundesbevölkerung sind Heimatvertriebene, und eine wirtschaftliche Eingliederung ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Ich kann mir nicht vorstellen, Genossinnen und Genossen, daß man z. B. eine Lohnbewegung mit Erfolg durchführen kann, ich kann mir nicht vorstellen, daß jede wirtschaftliche Maßnahme, die von den Gewerkschaften durchgeführt werden soll, durchgeführt werden kann ohne Regelung des Bevölkerungsausgleiches. Und deswegen richte ich auch den Appell an die Gewerkschaften, sich dieser Sache besser anzunehmen, und zwar in allen Ländern gleichmäßig. Die Gewerkschaften haben in der letzten Zeit versucht, sich einzuschalten in die Flüchtlingspolitik, sich einzuschalten in den Wohnungsbau, und diese kleinen Versuche müssen für die: nächsten Jahre verstärkt werden.

Der Bundesflüchtlingsminister hat Vorschläge gemacht, nachdem ihm die Vorschläge der Länder gemacht worden sind, über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, und es sind auch 300 Millionen DM für Flüchtlingsländer zur Verfügung gestellt. worden. Das heißt: durch Beschluß - sie sind noch nicht da. Wir wissen, daß wir in Deutschland allein das Flüchtlingsproblem nicht lösen können, daß wir dazu die Hilfe des Auslandes brauchen. Aber, Genossinnen und Genossen, wer sich auf dem Gebiet des Flüchtlingswesens beschäftigt, wer mit Wohlfahrt und wer mit Kriegsversehrten zu tun hat, gewöhnt sich jede Illusion ab. Die Hilfe des Auslandes war bisher caritativer Natur. Die Periode der caritativen Maßnahmen ist vorbei. Sie waren notwendige Ergänzungen, sie sind aber nicht das Mittel, um ein Flüchtlingsproblem lösen zu können.

Man hat uns darauf verwiesen, daß ja über den Europa-Rat eine Möglichkeit wäre, das Flüchtlingsproblem international zur Sprache zu bringen. Auch da haben wir keine Illusionen, denn schon einmal hat sich der Völkerbund mit der Lösung eines Flüchtlingsproblems beschäftigt, und zwar nach dem ersten Weltkriege. Auch damals ist an der türkisch-griechischen Grenze eine Umsiedlung gelungen - aber nicht eine Seßhaftmachung. Und das dortige Flüchtlingsgebiet aus den Jahren nach 1918 ist heute das Rekrutierungsgebiet der Partisanen. Damals handelte es sich um 700000 Flüchtlinge; in Westdeutschland handelt es sich um acht Millionen. Man hat uns einen anderen Vorschlag gemacht, und dieser Vorschlag klingt nach Entschuldigung. Man ist der Ansicht, das Problem könne gelöst werden mit dem Mittel der Auswanderung, und die abenteuerlichsten Vorstellungen sind vorhanden, zum Teil an ausländischen Stellen, zum Teil aber auch bei deutschen Organisationen, die den Anspruch erheben, ernstgenommen zu werden. Vor kurzem erklärte ein ausländischer Vertreter, er hätte Meinungen gehört in Deutschland, die zwischen einer halben Million und sieben Millionen für die Auswanderung gehen.

Genossinnen und Genossen! Die Auswanderung ist kein Mittel zur Lösung des. Flüchtlingsproblems, sondern ist lediglich die Forderung der Wanderung von Heimatlosen. (Sehr richtig! Beifall.) Wir lehnen deshalb auch das Mittel der Auswanderung ab. Auswanderung hat es immer in einem bestimmten Maße gegeben, mag es das auch in Zukunft geben; aber dieses Mittel zur Lösung eines Flüchtlingsproblems. anzuwenden, glaube ich, wäre falsch. Der Marshall-Plan ist ebenfalls ein Mittel, um zu helfen. Er könnte ein Mittel sein, aber rach den Bestimmungen der deutschen Bundesregierung ist es völlig unmöglich, einen Kredit zu nehmen bei den Sicherungsvorschriften und bei den Zinsvorschriften, die von jedem Flüchtling verlangt werden. Auch die Mittel für den Wohnungsbau sind in den Zinsen zu hoch und sind auch in ihren Sicherheitsanlagen einfach kein Mittel, um dieses Problem lösen zu können. Die deutsche Bundesregierung wird sich auf diesem Gebiet zu anderen Beschlüssen bequemen müssen. Die Lösung des Flüchtlingsproblems verlangt
eine Veränderung der Gesellschaftsordnung. Ohne diese Änderung der Gesellschaftsordnung ist es nicht möglich. Wenn den Flüchtlingen der soziale Abstieg erst klar wird, bzw. die soziale Deklassierung, in der sie heute leben, die ihnen aber noch nicht bekannt ist, stehen wir vor politischen Auseinandersetzungen, auf die sich die Partei vorbereiten muß. Jede Tätigkeit einer Regierung, einer Gesetzgebung muß ausgerichtet sein auf die Lösung dieses Problems, sei es in der Bodenreform, sei es in der Schulreform, sei es in der Kreditreform, in der Regelung der Einkommensverhältnisse und der Frage der Steuern. Das gilt für alle Regierungen, das gilt für alle gesetzgebenden Körperschaften, und das gilt auch für alle Verwaltungen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Es spricht jetzt der Genosse Klingelhöfer, Berlin, und danach der Genosse Erik Nölting.

Gustav Klingelhöfer, Berlin: Genossinnen und Genossen! So spät am Vormittag und so kurz vor dem Mittagessen wird man nur noch wenig Gedanken und Anregungen äußern können, so sehr es mir auch am Herzen läge, wenn einmal Gelegenheit gegeben wäre, vor diesem Forum der Wächter Berlins, das hier versammelt ist, über die Berliner Frage in extenso zu sprechen.

Genossinnen und Genossen! Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei wird immer zwei große Ziele zum Gegenstand haben: die Wohlfahrt für alle nach innen und den Frieden der Völker nach außen. Wir wissen, welche Mittel wir ansetzen wollen, um diese Ziele zu sichern. Wir wissen, daß Vollbeschäftigung, Sozialisierung, Mitbestimmung die Voraussetzungen sind, und mein Freund Wissel wird firtr nicht verübeln, wenn ich sage, wenn wir die drei zusammennehmen, ist es mehr als nur Sozialisierung, und daraus wird auch Gemeinwirtschaft. Wir wissen aber auch, Adenauer und Erhardt schaffen die Voraussetzungen für die Wohlfahrt nach innen und den Frieden nach außen nicht, und darum werden wir sie stürzen. Die Aufgabe, daran zu arbeiten, ist die Aufgabe dieses Parteitages. (Beifall.) Aber wir haben die Macht noch nicht, und darum bedaure ich, daß im Referat sowohl als auch in der Diskussion zwei Dinge noch nicht angesprochen worden sind, von denen ich sage, daß, wenn sie nicht von uns geschafft werden, die Demokratie heute und morgen in Deutschland bedroht bleibt, auf das schwerste bedroht bleibt, und das ist die Zügelung der Kartelle, zu denen unsere Verbände sich heute wieder entwickeln, und das ist die Schaffung einer Wirtschaftsorganisation, die gewährleistet, daß wirtschaftliche Macht mit Verbänden nicht verbunden werden kann.

Es handelt sich darum, das ist die erste Anregung, die ich aussprechen darf, die Demokratie, das heißt die soziale Demokratie, die nach innen Wohlfahrt und nach außen den Frieden unter den Völkern will, auch gesichert werden muß durch Wirtschaftsgesetze, durch organisatorische Gesetze, und das wird die Aufgabe sein, die sehr bald von uns zu lösen sein wird; eine Tagesaufgabe wird es sein. Jetzt haben wir den zehnten Kartellgesetzentwurf in Bonn unter der Maschine, wann werden wir den fünfzehnten haben? Hier sind Tagesaufgaben gestellt, und es.darf nicht dahin kommen, daß in der Zusammenfügung der Kammern und Verbände neue Kartelle entstehen, wie es jetzt droht. Man soll beachten, daß der Geschäftsführer des Industrie- und Handelstages; Frenzel, zugleich auch heute der Geschäftsführer des Gemeinschaftsverbandes aller Spitzenverbände ist, die sich in Deutschland schon wieder gebildet haben. Ein Zweites. Eine große dauernde Arbeitslosigkeit ist immer ein Beweis dafür, daß in der Struktur schwere Schäden eingetreten sind und in der Politik schwere Fehler gemacht worden sind. Ich danke dem Genossen Veit, daß er in einem Katalog die sehr schweren Fehler, die von der Adenauer- und ErhardRegierung gemacht worden sind, aufgezeigt hat, wo die Wunden sind. Aber, was hilft uns vorwärts? Genosse Bade hat darauf hingewiesen. Es sind die Leistungsreserven zu mobilisieren. In der Tat, das' entscheidende Problem. Man kann es auch anders ausdrücken. Wir brauchen mehr Absatz nach innen, mehr Absatz nach außen, und wir brauchen Ersparnisse in der Einfuhr. Darum bin ich der Meinung, daß wir in dem ausgezeichneten Programm, das vom Parteivorstand vorgelegt worden ist und das - ich kann es aussprechen - nach meiner Uberzeugung in noch
hervorragenderer Weise ergänzt worden ist durch die Ausarbeitung der Hamburger, ausgezeichnete Grundlagen haben, aber in diesem Programm ist die kasuistische Aufstellung der Reihenfolge, in dex nun die Investitionen gelenkt werden sollen, nach meinem Dafürhalten falsch. Es muß in der Tat an erster Stelle - und da gebe ich unseren Landwirtschaftsgenossen recht - die Möglichkeit der Ersparnis von Einfuhren stehen, das heißt, die nachdrücklichste Entwicklung der Leistungsfähigkeit und die Mobilisierung der Leistungsreserven in unserer Landwirtschaft. Das sage ich als Vertreter von Berlin, dem, weiß Gott, die Landwirtschaft nicht als erstes am Herzen liegt, und danach muß der Export kommen. Danach muß, das ist in dem Programm ebenfalls ausgezeichnet dargelegt, die Mobilisierung der Reserven für die vorhandene Kapazität und die Schaffung neuer Kapazitäten kommen. Genossinnen, und Genossen, laßt mich ein Wort noch zu einem Berliner Antrag sagen. Ich halte es für notwendig; daß wir morgen, wenn wir an die Macht kommen, das Regierungsprogramm durchführen, das wir heute bereits propagiert haben. Es muß das Regierungsprogramm fertig sein. Für dieses Regierungsprogramm ist das, was auf diesem Parteitag im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes behandelt wird, sehr wichtig.

Mein Vorschlag geht dahin: Wir dürfen uns die Arbeit nicht sauer werden lassen, um diese Frage, die im Vordergrund steht, besonders zu behandeln, damit. wir zur Konkretisierung eines Programms kommen, das das Regierungsprogramm von morgen sein wird und das wir nicht am Vorabend unseres Machtantritts veröffentlichen können, sondern für das wir bis dahin die Masse gewinnen. Das zweite ist, daß wir ein Kartellgesetz in allerkürzester Frist als eigenes Initiativgesetz. herausbringen müssen, ebenso ein Gesetz über die Wirtschaftsorganisation.

Laßt mich von Berlin ein Wort sagen, bevor die Glocke ertönt. Ich kann nicht sagen, daß wir etwa Heimatvertriebene wären, aber es freut mich, wie stark die Frage der Heimatvertriebenen im Mittelpunkt der Diskussion gestanden hat. Ich kann vielleicht sagen, daß wir, politisch gesehen, zumindest Heimatsuchende sind. Denn wir haben bis heute noch kein Statut, von dem wir sagen können: wir sind Deutsche oder wir sind ein deutsches Land. Laßt es Euch zu Herzen gehen. Ich weiß, Ihr steht hinter uns wie ein Mann. Aber wir müssen das Grundgesetz auch für Berlin haben. Wir müssen 12. Land des Bundes werden und die Hohen Kommissare veranlassen, die Suspendierung des Artikels 23 des Bonner Grundgesetzes aufzuheben. Das verlangen wir. Wir verlangen nur den gleichen Start und die gleiche Lebensberechtigung; wie Ihr sie für ganz Deutschland wollt. Etwa 85 Prozent unserer gesamten Industrie gingen zum Teufel, wurden von den Sowjets demontiert und abtransportiert, auch wenn die Sowjets selbst nur 17 Prozent davon, wie wir nachträglich festgestellt haben, in Aktion gesetzt haben. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist für Berlin geradezu entscheidend. Man muß einen solchen Raub durch die Schaffung von Arbeitsplätzen wieder gut machen.

Ich habe eine Bitte an Euch. Wenn Ihr hier in Westdeutschland die Elektroindustrie und den Maschinenbau wieder aufbaut, dann denkt daran, daß früher in Berlin 50 Prozent der deutschen Elektroindustrie konzentriert waren. Wenn Ihr 150 Prozent dieser Industrie gegenüber 1936 wieder aufgebaut habt, dann laßt uns den Teil, der in Deutschland noch aufgebaut werden soll, sonst bringen wir 65000 unserer geschulten Leute überhaupt nicht mehr unter.

Ein letztes Wort, weil die Glocke schon ertönt. Für unsere Arbeit soll gelten: Berlin ist ein Teil von Deutschland und Deutschland ist nicht möglich ohne Berlin. Ich darf noch eins sagen, weil es notwendig ist: Unsere Sorgen und unsere Herzen haben wir Euch allen, haben wir Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, dem Parteivorstand, der Bundestagsfraktion und den Genossen des Berlin-Ausschusses, seitdem der Bundestag existiert und seit 1945 vom ersten Tage unseres Kampfes an in die Hände gelegt. Wir vertrauen auf Euch, auf Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer und auf die Fraktion, die uns keinen Augenblick verlassen haben, die für Berlin die einzigen Vorkämpfer in Westdeutschland sind und die unser Vertrauen heute und in aller Zukunft unverbrüchlich besitzen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Erik Nölting, Düsseldorf, ihm folgt der Genosse Kalbitzer, Hamburg. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir möglichst heute um 14 Uhr die Tagung beenden wollen, da um 16 Uhr die Dampferfahrt beginnt.

Erik Nölting, Düsseldorf: Liebe Parteifreunde! Damit der verehrte Genosse Wissell nicht wieder einen Schreck bekommt - hier spricht kein neu Hinzugekommener, der heute erst „Grüß Gott!" bei euch sagt, sondern ein Mann, der wenn er gleich den Titel Professor trägt - längst zum alten Landsknecht der Politik geworden ist.

Und nun, Genossen, schnell zur Sache. Als Vertreter des Ruhrgebietes danke ich es dem Genossen Veit, daß er den beiden Grundforderungen, die dieses Kernund Herzstück der deutschen Industrie und Wirtschaft zu erheben hat, in seinem großangelegten Referat so breiten Raum gab, Forderungen, die erstens die Sozialisierung und zweitens das Mitbestimmungsrecht betreffen. Schon gestern hat Genosse Henßler sich zu diesen beiden Grundforderungen bekannt. Aber ich glaube, auch der derzeitige Wirtschaftsminister dieses Gebietes sollte da nicht schweigen.

Sozialisierung und Mitbestimmung sind keine Tagesneuigkeiten und Tagesparolen, sondern es sind beides alte Forderungen, die sich in unserem Bewußtsein geklärt und die durch die Geschehnisse der letzten Zeit eine besondere Bedeutung und Aktualitätskraft erfahren haben.

Damals, in der Zeit der größten Kohlennot, kam ein amerikanischer Journalist zu mir und sagte: Wenn wir nun noch mehr Care-Pakete ins Ruhrgebiet hineinschleusen, werden sich dann nicht die Bergleute die leidige Forderung nach Sozialisierung abgewöhnen? (Unterbrechung durch Heiterkeit im Hause.)

Ich habe diesem amerikanischen Journalisten lachend geantwortet: Ganz im Gegenteil, verehrter Mister soundso! Kaum, daß wir die Nase aus dem schlimmsten Dreck heraushaben, werden unsere alten Forderungen neue Leuchtkraft gewinnen.

Heute, Genossen, ist diese Stunde gekommen, und die Sozialdemokratische Partei macht sich zum Bannerträger dieser Forderung. (Beifall.)

Beide Forderungen hängen im übrigen eng zusammen, die eine ist nicht ohne die andere denkbar. Wir wollen weder die großkapitalistischen Dschungel, noch wollen wir die bolschewistische Zwangskaserne. Wir wollen keinen Staatskollektivismus, der die sozialistische Zielsetzung verfehlt. Aber wir wissen auch; Das Mitbestimmungsrecht bleibt blutleere Utopie, wenn wir nicht in den Schlüssel- und Grundstoffindustrien die alte Eigentumsregelung aufheben.

Die Neunmalklugen versichern uns zwar, Eigentumsfragen ständen doch bei der Sozialisierung nur im Vorfeld, sie seien bloß Randprobleme. - Ich sage: Nein. Denn wir verspüren es im Ruhrgebiet alle Tage: die alten Eigentumsträger werden wieder virulent, ihre Schrecksekunde ist vorbei, der Lähmungsschock überwunden: Private Eigentumsmacht ist auf die Dauer gar nicht fernzuhalten aus der Produktionsordnung.

Bei der letzten Hauptversammlung der Vereinigten Stahlwerke im September des Jahres 1949 waren 460 Millionen Grundkapital angemeldet. Eine solche Potenz ist hinausgewachsen über private Eigentumsdimensionen. Das hat auf die Dauer ein Schwergewicht, das auch zum Zuge kommt, wenn man es unverändert bestehen läßt. Aber selbst, wenn dem nicht so wäre, Genossen: ebensowenig wie wir den auf Eigentumsmacht fußenden Privatkapitalisten wollen, wollen wir die andere Modetype liberaler Bourgeois-Okonomik: den auf Beziehungen fußenden, gewichts- und verantwortungslosen Manager, in den man ja heute weitgehend verliebt ist.

Wir fordern die Sozialisierung aus dreifachem Grunde. Wir fordern sie aus politischer Erwägung, weil wirtschaftliche Machtballungen in der Vergangenheit dazu benutzt worden sind und in Zukunft dazu benutzt werden könnten, die Demokratie zu unterminieren und auseinanderzusprengen.

Diese Demokratie soll aber nicht wieder sturmreifes Gelände für irgendwelche ${ }^{\text {• }}$ kapitalistischen Schnapphähne mit machtpolitischem Ehrgeiz und privatwirtschaftlicher Gier sein. Sie sollen unser Volk nicht abermals ins Unglück führen. Wir
weisen jeden Führungsanspruch der Herrschaften zurück, die seiner Zeit den braunen Laden finanziert und die braune Hölle auf uns losgelassen haben, und die heute hinter der Tarnwand europäischer Kartellverständigung aufs neue die wirtschaftliche Macht an sich reißen möchten. (Beifall.)

Wir fordern die Sozialisierung aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalität, weil die Sozialisierung eine solche Zusammenfassung der Grundstoffund Schlüsselindustrien ermöglicht, die der technischen und wirtschaftlichen Ent-wicklung dient und doch keine Gefahr für den Frieden bedeutet.

Wenn uns Alliierte immer wieder mißtrauisch entgegenhalten: Ihr dürft keine größeren Unternehmungskomplexe schaffen, dann antworten wir ihnen: Wir Sozialisten haben ein gutes Rezept, um jede Kriegsgefahr zu bannen und zu gewährleisten, daß nicht wieder ein neues Waffenarsenal aufgebaut wird: Gebt diese Betriebe in die Hände des Volkes und bringt die schaffenden Menschen in Kon-troll- und Führungsfunktionen, so erwächst keine Gefahr für den Frieden mehr. (Beifall.)

Wir treten gewiß nicht wahllos für irgendwelche Mammutkonzerne ein, die: Profitgier zusammenraubte ohne einheitliche Produktionsidee.

Aber wir wissen auch: Moderne Technik ist nun einmal großräumig und großdimensional. Man kann einen Hochofen, aber nicht ein Hochöfchen bauen. Es gibt. eine Form von Dekartellierung, die praktisch nur eine versteckte Form von De-montage bedeutet, weil man uns dadurch auf den Weltmärkten wettbewerbsunfähig machen will. (Beifall.)

Die Leute geben vor, sie wollten dem Kapitalismus die Giftzähne ausbrechen, während sie in Wirklichkeit nur unsere Sozialisierung zahnlos machen wollen. (Sehr gut!)

Wo Konzernreife gegeben ist, ist Sozialisierungsreife gegeben. (Sehr richtig!)
Wir fordern drittens Sozialisierung aus sozialem Grunde, weil wir in den sozialisierten Betrieben den Menschen von monopolkapitalistischen Fesseln befreien und sein persönliches Verhältnis zum Betriebe von Grund auf ändern können, damit er zur politischen Freiheit auch die wirtschaftliche Emanzipation hinzuerhält. Denn der politische Freibürgerbrief wird rasch zu einer vergilbenden Urkunde, wenn der Mensch nicht auch den wirtschaftlichen Freibürgerbrief ausgestellt erhält..

Der arbeitende Mensch will sein Menschentum nicht mehr in der Garderobe abgeben, wenn er die Arbeitsstätte betritt.

- Gebt dem arbeitenden Menschen seine Arbeitswürde, und ihr schafft die besten Arbeitsimpulse!

Genossen! Diese beiden Forderungen, Sozialisierung und Mitbestimmungsrecht, wollen wir in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen, den wir in NordrheinWestfalen am 18. Juni zu einem glückhaften Abschluß zu führen hoffen und dem eine überlokale Bedeutung zukommt. Wir möchten, daß es ein Wahlkampf würde mit politischer und sozialer Zielsetzung und nicht wieder ein Kreuzzug - (Sehr gut!) -, ein Wahlkampf ohne Hirtenbriefe der Bischöfe und ohne pastorale Ermahnungen - (starkes Beifallklatschen) -, ein Wahlkampf, bei dem Wahlurne und Beichtstuhl, Kanzel und Wahlkatheder nicht abermals miteinander verwechselt. werden. (Zuruf: Sehr gut! - Beifall.)

Wir verbarrikadieren mit sozialdemokratischen Wahlzetteln niemandem den Weg zum Himmel - aber wir glauben nicht, daß der Weg zum Himmel, den wir jedem wünschen, durch die Parteilokale der CDU f̦ührt. (Zuruf: Sehr gut! - Beifall.)

Und. der Herr Bundeskanzler Adenauer hat so viele Amter auf seine Schultern gesammelt, daß er nicht auch noch das Amt des Himmelpförtners Petrus zu übernehmen braucht - (sehr starker Beifall, viel Gelächter, vieles Stampfen mit den Füßen) - , der die Himmelsschlüssel verwaltet.

Am 14. August vorigen Jahres ist ein Scheingefecht geführt worden, hat man unter falschem Alarm gekämpft. Aber wir werden alles daransetzen, daß der Gegner diesmal nicht wieder ausbrechen kann, weder in einen Kampf gegen die Zwangswirtschaft, die ja längst eine leere Attrappe geworden war, so daß sie.jeder

Beliebige aus dem Schaufenster herausnehmen konnte - weshalb ich Herrn Professor Erhard neulich in Bonn sagte: Sie haben ja nur einen Lindwurm erlegt, der an Altersschwäche längst gestorben war! (Herzliches Gelächter im ganzen Saal. Beifall.)

Aber, Genossen, auch nicht in einen Kampf für die von keiner Seite bedrohte Religion. Der chaotische Wirtschafts-Wirrwarr, die unsystematische Rat- und Ideenlosigkeit, die Arbeitslosennot, die sich verbindet mit Flüchtlings-, Heimkehrer- und Ausgebombten-Not, die Steuer-Ungerechtigkeit, das uneingelöste Sozialisierungsversprechen, das brennende Problem der Mitbestimmung - um diese Fragen werden wir die Diskussion konzentrieren und dem Gegner kein Ausweichen gestatten und ihn müde hetzen, bis er in die Knie geht. (Beifall, Präsidentenglocke.)

Wir hoffen, werte Genossen, daß wir diesmal in Düsseldorf den politischen Erdrutsch hërbeiführen können, der vielleicht zu einem Bonner Fernbeben führt, das einige Sessel umwirft. (Viel Lachen, Stampfen mit den Füßen, sehr starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Spars, Hessen.

Ernst Spars, Kassel (spricht von seinem Platz im Saal aus): Genossinnen und Genossen! Ich bin der Ansicht, daß das Referat des Genossen Veit zur Genüge diskutiert worden ist. Es hat ja auch bei allen Zustimmung gefunden, so daß ich bitte, die Diskussion abzubrechen, um dem Genossen Veit auch noch genügend Zeit zu einem ausreichenden Schlußwort zu lassen. (Bravorufe.)

Vorsitzender Meitmann: Wir kommen zur Abstimmung über diesen Ge schäftsordungsantrag. Will noch jemand dagegen sprechen?
(Zurufe, wie groß die Liste der noch gemeldeten Diskussionsredner sei und wer sich noch zum Diskussionsthema gemeldet habe.)

Die Rednerliste besteht noch aus: Kalbitzer, Niesswandt, Sommerfeld und Weis. (Zurufe: Verzichten!)

Wer dafür ist, daß Schluß der Debatte gemacht wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. - (Gegenprobe: Wenige Handaufhebungen.)

Gegen wenige Stimmen so beschlossen. - Dann erteile ich dem Genossen Veit das Schlußwort.

Hermann Veit, Stuttgart (Schlußwort): Genossinnen und Genossen! Der Verlauf der Diskussion gestattet es mir, mich in meinem Schlußwort sehr kurz zu fassen. Es hat sich gezeigt, daß die Grundsätze, die der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei erarbeitet und Ihnen als einen Vorschlag für eine wirtschaftspolitische Programmgestaltung der Partei vorgelegt hat, beinahe unwidersprochen die Zustimmung des Parteitages gefunden haben, und dafür bin ich dem Parteitag dankbar. Das einmütige Bekenntnis zur.Vollbeschäftigung, zur Planung und Lenkung, zur Sozialisierung und zum Mitbestimmungsrecht wird dem Kampf der Partei, den sie in der nächsten Zeit zu führen hat, die Grundlage geben, die wir brauchen. Denn die Wirtschaftspolitik ist das Kernstück unserer Partei und auf die wirtschaftspolitischen Lösungen der Nöte unserer Zeit wartet das Volk.

Die Sozialpolitik ist ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik, und je besser die Wirtschaftspolitik ist, desto mehr können sich die Sozialminister zurückziehen, weil die sozialen Aufgaben von der Wirtschaftspolitik selbst gelöst werden müssen. Aber womit wir zu rechnen haben bei dieser Bundesregierung, das ergibt sich aus der heutigen Presse, in der mit großen Uberschriften veröffentlicht wird, daß der Lastenausgleich durch eine fünfzigprozentige Vermögensabgabe erfolgt. (Hört, hört!) Hier wird wieder dem Volk Sand in die Augen gestreut (Sehr richtig!), denn es handelt sich gar nicht um eine Vermögensabgabe, - sondern man verhindert und vermeidet die Vermögensabgabe, indem man, auf 25 Jahre verteilt, eine zweiprozentige Besteuerung des Vermögens durch

So ist immer wieder klar zu erkennen, daß man den Besitz schont und durch unwahre Darstellungen dem Volke glauben machen will, daß man eine soziale und sozial verantwortliche Wirtschaftspolitik führt.

Es sind einige Wort der Kritik laut geworden, die sich vor allem darauf erstreckt haben, daß dieses Programm, das wir Ihnen vorgelegt haben, nicht konkret genug und klar genug sei für den einfachen Mann am Schraubstock und an der Maschine. Aber, Genossinnen und Genossen, wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, so einfach $z u$ werden, daß wir Banalitäten sagen, mit denen wir nirgends antreten können und keine Erfolge damit erkämpfen werden (Zustimmung), sondern wir müssen unsere Darstellung so substantiieren, daß die Genossen, die damit vor das Volk treten und für unsere Idee werben, auch standhalten können, wenn sie sich mit den politischen Gegnern auseinandersetzen.

Ich glaube, was ich Ihnen vorgetragen habe, indem ich unsere Hauptforderungen, ihre Begründungen und die Wege zu ihrer Verwirklichung geschildert habe, gibt jedem Funktionär die Grundlage, für unsere Ziele einzutreten. Unsere Vorschläge zeigen auch die Richtung zur Vertiefung und weiteren Konkretisierung.

Ich habe mich sehr gefreut über die Ausführungen unseres verehrten Freundes, Genossen Wissell, der allerdings vermißt hat, daß nichts über das Schicksal der Betriebe, die nicht sozialisiert werden, und deren gemeinwirtschaftliche Führung gesagt worden ist.

Ich glaube, ich habe doch etwas gesagt. Ich habe nämlich gesagt, daß wir die Planung und Lenkung unserer Wirtschaft, nicht nur um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, sondern es zu stabilisieren und auf die Dauer aufrechterhalten, als das Kernstück unserer Wirtschaftspolitik ansehen, und in diesem Punkte bin ich offenbar anderer Auffassung als der Genosse Wissell. Ich bin nicht der Meinung, daß wir die Planung und Lenkung Zuammenschlüssen von Betriebsgruppen überlassen können, auch dann nicht, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesen Arbeitsgruppen paritätisch zusammengefügt werden. Das wäre keine Lenkung im volkswirtschaftlichen Sinne, sondern das wären staatlich gebildete Kartelle, die eine sehr eigensüchtige Politik führen könnten. (Sehr gut!) Und ich glaube, Genosse Wissell sollte sich mit unseren Gedanken vertraut machen, daß wir die gemeinnützige Ausrichtung auch der anderen Betriebe, eben durch die Methode der Planung und Lenkung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, sicherstellen können. Der Genosse Klingelhöfer hat die Reihenfolge in unserem Programm beanstandet und hat gemeint, man müsse die Landwirtschaft an die erste Stelle stellen. Nun, wir haben über die Reihenfolge überhaupt nichts Grundsätzliches gesagt, und die Landwirtschaft kann nur wieder zum Zuge kommen, wenn wir die Vollbeschäftigung erreichen, und wir wollen sie erreichen auf den beiden Wegen, die wir nebeneinander und nicht hintereinander gehen, nämlich der Ausnutzung aller Kapazitäten, die-vorhanden sind, und Neuschaffung von Kapazitäten durch Investitionen.

Genossinnen und Genossen! Es nützt nichts, daß wir uns über das Grundsätzliche einig sind. Es ist notwendig, daß wir unser Wollen in die Tat umsetzen, und dazu müssen wir jetzt mit unserem Material hinaustreten an das Volk und es darüber aufklären, was es zu erwarten hat, wenn es weiterhin dieser Bundesregierung und den hinter ihr stehenden Parteien die Stimme gibt, und was es zu erwarten hätte, wenn es einmal sein Schicksal in die Hände der wahren Interessenvertreter des deutschen Volkes legen würde. Wir wollen und dürfen nicht warten. Wir haben manchmal in den Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, vielleicht aus zu großem Verantwortungsbewußtsein uns dadurch abhalten lassen, zu konkreten Vorschlägen und Taten überzugehen. Verantwortung ist eine schöne Sache, aber denken Sie daran, wie unsere Gegner mutig voranschreiten und rücksichtslos über die. Interessen des Volkes hinweggehen, wenn es ihnen angezeigt erscheint, solche Schritte zu tun. Wenn ein Krieg finanziert werden mußte, hat man nicht gefragt, ob das irgendwie inflationistisch wirkt. Da sind Hunderte von Milliarden flüssig gemacht worden, und alle haben dazu beigetragen. (Beifall.) Deshalb sollten wir uns nicht allzu sehr in Bedenken ergehen, wenn jetzt der Frieden organisiert werden soll. Verantwortung und sorgsames Abwägen - ja!, aber ich erinnere an ein Wort des Philosophen Lichtenberg: „Es ist eine gute Sache, wenn man den Entschluß faßt, eine Nacht darüber zu schlafen, ehe man sich endgültig
entschließt. Man muß sich nur davor hüten, dáß man mit der Bettlade gefangengenommen wird." Wir wollen unsere Entschlüsse nicht allzu lange zurückstellen und so rasch wie möglich in die Tat umsetzen, und die Tat kann nur darin bestehen, daß wir entweder mit dem Volk hinter uns unseren Willen der Bundesregierung aufzwingen oder die Bundesregierung aus dem Sattel heben. (Beifall.) Dazu ist aber - ich möchte das noch einmal sagen - die internationale Hilfe nötig, und die internationale Solidarität muß sich bewähren. Welche große Sache für die Sozialdemokratie und für unseren Erfolg im Ringen um das deutsche Volk wäre es gewesen, wenn die internationalen Sozialisten uns die nötige Hilfsstellung gegeben hätten, um die Demontagen in Deutschland abzustoppen! (Beifall.) Dem Sicherheitsgedanken wäre dadurch mehr gedient worden, wenn die Sozialdemokratie in Deutschland erstarkt wäre, als .wenn noch so viele Betriebe demontiert worden wären. Welche große Hilfe kann uns zuteil werden, wenn die internationalen Sozialisten das Flüchtlingsproblem aufgreifen und mit uns zusammen zu lösen versuchen! (Beifall.)

Ich möchte Ihnen keine Utopien oder Übertreibungen sagen, aber ich möchte aussprechen, daß, wenn die COMISCO dieser Tage zusammentritt, daß dann an der Ganderobe ein Schild angebracht werden möge, mit der Aufschrift: Die Nationalität ist an der Garderobe abzugeben! Eintritt nur für Sozialisten! (Stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Dieser , Parteitag und diese Eindrücke sollen uns neuen Auftrieb geben, unsere Arbeit zu tun, unsere Probleme anzufassen und sie im Interesse des Volkes einer raschen Lösung zuzuführen. Die "Gralshüter" des Marxismus im Osten haben den Satz von Karl Marx widerlegt, daß die Proletarier nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten. Sie haben etwas Großes zu verlieren (Sehr gut!) --, ihre Freiheit. Aber der Satz gilt heute noch und leuchtet in uns bei allen unseren Aufgaben voran: Wir haben eine Welt zu gewinnen, die Welt der Freiheit, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Wir sind bis auf die Beschlußfassung über die Anträge mit diesem Tagesordnungspunkt fertig.

Ich habe soeben die Mitteilung bekommen, daß ein Großbetrieb aus der Ostzone, dessen Namen ich aus natürlichen Gründen nicht nennen will, uns ein herzliches Glückwunschtelegramm zum Gelingen unseres Parteitages gesandt hat. (Stürmischer Beifall.) - Ferner ist folgendes Telegramm eingegangen:
„Der heute in Hamburg tagende Vorstand des Landesverbandes Nordmark unsere Arbeiter-Wanderer- und -Reiseorganisation - unterbreitet dem Parteitag brüderliche Grüße und wünscht guten Verlauf und vollen Erfolg. Touristenverein Die Naturfreunde." (Beifall.)
Dann möchte ich bekanntmachen, daß nach Schluß der heutigen Vormittagssitzung etwa 15 Minuten lang hier im Raum nebenan der Hamburger Film läuft: "Hamburg glaubt an seine Zukunft", mit dem wir einen wesentlichen Teil unserer Wahlpropaganda zur Bürgerschaft bestritten haben.

Heute nachmittag ist die Dampferfahrt. Die Autobusse werden ab 15.30 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus bereitstehen. Den Dampfer können nur diejenigen betreten, die die blaue Ausweiskarte vorzeigen.

Wer noch nicht in ihrem Besitz ist, kann sie sich beim Präsidium geben lassen. Der Dampfer heißt „Jan Molsen" und liegt bei Brücke 1 St. Pauli Landungsbrücken. Parkplätze für PKWs unmittelbar vor den Landungsbrücken. Wir können noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wann die Rückkehr erfolgt und heute abend die $\mathrm{Zu}-$ sammenkunft des Kulturpolitischen Ausschusses stattfindet.

Der Leiter unseres Ordnungsdienstes bittet in einem Schreiben an das Präsidium diejenigen Genossen, die nicht an der Dampferfahrt teilnehmen wollen, ihre Ausweiskarte beim Präsidium zugunsten der Teilnehmer am Ordnungsdienst abgeben zu wollen.

Genossen, die Abstimmung wird keine lange Zeit in Anspruch nehmen. Ich rechne hierbei auf die Disziplin des Parteitages.

Ich rufe zunächst den Antrag des Parteivorstandes Nr. 72 auf. Er liegt Ihnen gedruckt vor. Darf ich zur Abstimmung schreiten? (Kein Widerspruch.)

Wer diesem Antrag Nr. 72 des Parteivorstandes seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist beschlossen. - Oder wünschen Sie Gegenprobe? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit wären die Richtlinien des Genossen Veit in Verbindung mit den Hamburger Vorschlägen erledigt.

Genossen! Wir kommen dann zu den Anträgen, die wir uns für diesen Punkt noch aufgespart haben. Zunächst der Antrag Nr. 30 von Lübeck. Ich glaube, es wird etwas dauern, bis Sie sich den Antrag herausgesucht haben. Jedenfalls gibt es auch einige Genossen, die ihn gelesen haben. (Heiterkeit.)

Darf ich zur Abstimmung schreiten? - Wer dem Antrag 30 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. Das ist beschlosssen.

Wir kommen zum Antrag 47, auch aus Lübeck. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 42, von Bremen. Ist der Antrag zur Hand? - Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 43, auch aus Bremen. Die Annahme dieses Antrages wird empfohlen. Wer den Antrag annehmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen, die von den Frauen gestellt sind, aber unter Parteivorstand und Parteiausschuß figurieren, zu den Anträgen 58 und 59.

Ich rufe dabei zunächst Antrag 58 auf. Wer dem Antrag 58 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Ich rufe Antrag 59 auf: Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich, eine Hand zu erheben. - Das ist beschlossen.

Dann wären, soweit ich es übersehen kann, alle Anträge, die zu diesem Punkte noch der Erledigung harrten, vom Parteitag auch erledigt. Oder meldet sich irgendein Kreis oder irgendein Bezirk, der glaubt, daß noch etwas nicht beachtet worden ist?

Genossen! Dann habe ich hier eine Entschließung, die uns von den „Falken" überreicht worden ist. Ich glaube, ich darf Ihnen die Entschließung vorlesen und Sie dann bitten, sie in genügender Weise zu beachten. Es heißt da:
${ }^{\text {,Die SPD lehnt jede Form der Neueinführung eines Ärbeitsdienstes ab. Sie }}$ wehrt sich gegen die vermittels eines Arbeitsdienstes versuchte Kasernierung und Uniformierung junger Menschen und duldet auch nicht die Schaffung einer Streikbrechergarde aus billigen, untertarifmäßig bezahlten Arbeitskräfien.

Die dringend erforderliche Bekämpfung der großen Jugendarbeitslosigkeit im Bundesgebiet und in Berlin muß und kann auch auf anderem Wege erfolgen. Sie muß in engerem Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftssituation gesehen werden, die nur durch eine sozialistische Wirtschaftspolitik im Sinne der Vollbeschäftigung und der Planung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung überwunden und verbessert werden kann.

Für die Behebung der besonderen Berufsnot der. Jugendlichen und die Sicherstellung eines geeigneten Facharbeiternachwuchses fordert die SPD:

1. Schaffung neuer Lehrstellen im Handel durch eine Berufsausbildungsabgabe der Unternehmer, die keine Lehrlinge aufnehmen, durch Verwendung von ERP-Mitteln für die Berufsausbildung;
2. die Einrichtung kommunaler Lehrwerkstätten mit möglichst weitgehender Selbtstverwaltung unter Anlehnung des Prinzips der Eigenbetriebe der Gemeinden usw.;
3. die Einrichtung von Jugendaufbauwerken unter Beachtung der Grundsätze weitgehender Selbstverwaltung unter Beteiligung der Jugend, Freiwilligkeit des Eintritts und des Ausscheidens der Teilnehmer, angemessene, ausreichende Bezahlung der Teilnehmer, Bevorzugung der Teilnehmer bei Einstellung in Lehrverhältnisse, Anrechnung einer gewissen Teilnahmezeit auf ein späteres oder unterbrochenes LĚhrverhältnis;
4. der Ausbau bzw. die Aufrechterhaltung sämtlicher gesetzlich verankerter arbeitsrechtlicher Maßnahmen zum besonderen Schutze der Jugendlichen, Urlaub, ... Verbot der vorzeitigen Auflösung von Lehrverhältnissen."

Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen die Entschließung verlesen. Sie werden zugeben müssen, daB es nicht möglich ist, sie hier ohne weiteres anzunehmen. Ich wollte Ihnen nur den Geist dieser Entschließung durch die Verlesung darstellen, und ich glaube, es ist am besten, daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand überweisen, der dann das Gute, was in dieser Entschließung steht, schon nutzbringend für die Partei verwerten wird.

Ist das die Meinung des Parteitages: Uberweisung dieser Entschließung an den Parteivorstand? (Zurufe: Jawohll) Der Parteitag ist einverstanden.

Ein Redner, der während der Verlesung des Antrages durch den Vorsitzenden sich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet hatte:

Genossinnen und Genossen! Ich bin mit der Behandlung dieses Antrages, so wie ihn Adolf Schönfelder hier vorgenommen hat, nicht einverstanden. Aus zwei Gründen. Einmal: das Problem, das in der Resolution der Falken angesprochen worden 1st, ist zu kompliziert, zu sehwerwiegend und zu wichtig, als daß wir es so abtun könnten. Zum anderen glaube ich, daß der Parteitag Gelegenheit haben muß, darüber zu reden, und daß es nicht genügt, einen solchen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Ich bin deshalb der Meinung, daß man im Zusammenhang mit der Diskussion über das Referat von Carlo Schmid morgen auch über diesen Antrag sprechen sollte, der ja das große Problem der Jugendnot behandelt. (Zuruf: Sehr gut! Beifall.) Und das gehört ja schließlich dorthin.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich bin auch mit dieser Erledigung einverstanden. Mein Vorschlag beruht auf einer Rücksprache mit dem Referenten sowohl als auch mit den Mitgliedern des Parteivorstandes. Und ich konnte während meiner Rede niemand das Wort zur Geschäftsordnung geben. Aber es ist ja auch nichts damit verloren, wenn wir uns jetzi anders besinnen und die Sache morgen noch einmal wieder zur Debatte stellen. Ich würde dann aber empfehlen - um was der Parteivorstand gebeten hat -, dies als Drucksache vertẹilen zu lassen.

Dann wäre auch diese Frage wieder zur Zufriedenheit erledigt. Wenn niemand mehr vor dem Mittagessen das Wort wünscht, dann kann ich die Sitzung schließen. Und recht viel Vergnügen auf dem Dampfer!

Ich bemerke allerdings: er hat ein Dach! Also auch der Regen wird uns nichts tun. Wir werden innerhalb des Schiffes ja vielleicht auch einige Feuchtigkeit haben. Der Dampfer fährt pünktlich 16 Uhr.

Vorsitzender Meitmann: Ich bitte noch einmal, an die Schiffskarten zu denken für die Schiffsfahrt.

Schluß der Sitzung gegen 13.45 Uhr.

